uz
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

unsere zeit

6. März 2015 · Nr. 10 · 47. Jahrgang
PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · 2,80 €

„Pegada, Pegida, Endgame“

Thüringen hat eine rührige rechtspopulistische bis neofaschistische Szene. Aber Linke und Demokraten wehren sich.

Seite 5

Wachablösung bei Chávez

„Wenn dieser Protest friedlich gewesen wäre, würde mein Freund noch leben.“ Die Opposition versucht den bolivarischen Prozess zu stoppen.

Seite 6

Thema der Woche

Frauentag 2015

Zwischen der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen und der Weltfrauenkonferenz in Peking liegen 85 Jahre, aber auch die Pekinger Konferenz liegt nun schon zwanzig Jahre zurück. Brigitte Triems, Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes, zieht Bilanz.
Dass die Losung „Brot und Bildung und Freiheit“, skandiert von Studierenden am Athener Polytechnikum im November 1973, immer noch aktuell ist, stellt Eva Petermann fest. Außerdem: Wie es zur Entscheidung für den 8. März kam.

Seite 10

Jetzt wird gestreikt

Tarifrunde im öffentlichen Dienst (Land): Angriff auf die Altersversorgung

Foto: verdi/facebook

Streikende vor dem Essener Universitätsklinikum

Vor zwei Wochen klang noch alles nach Verhandlungsroutine. Als „sachorientierten Einstieg in die Tarifverhandlungen“ bezeichnete die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die erste Runde für die 800 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (ohne Hessen). Auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zeigte sich verhandlungsbereit und traf erste Warnstreikvorbereitungen eher vorsichtig und orientierte auf regionale und zentrale Aktionen außerhalb der Arbeitszeit. Damit ist nun vorläufig Schluss.

ver.di und GEW fordern eine Erhöhung der Entgelte um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro im Monat. Weitere Forderungen sind die verbindliche Übernahme der Auszubildenden, eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung und mehr Urlaub. Tarifvertraglich sollen sachgrundlose Befristungen ausgeschlossen werden. Doch die ersten beiden Verhandlungsrunden haben gezeigt, dass Verbesserungen ohne Kampf nicht zu haben sind. Der zweite Verhandlungstermin in der Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder ist am 26. und 27. Februar ohne Ergebnis geblieben. GEW-Verhandlungsführer Andreas Gehrke sprach von einer „Provokation“ der Arbeitgeber, die versuchten, den „angestellten Lehrkräften einen Tarifvertrag zu diktieren“. Auch ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske war sichtlich unzufrieden: „Die Arbeitgeber haben kein Lohnangebot vorgelegt und verlangen stattdessen Einschnitte bei der betrieblichen Altersvorsorge“. Angesichts des relativ hohen Anteils weiblicher Beschäftigter unter den Landesbeschäftigten – laut Beamtenbund sind es unter den Angestellten rund 61 Prozent, ver.di spricht von 56 Prozent (inklusive Beamtinnen) – wäre dies ein echter Rückschritt in Sachen Gleichstellung, denn der Abstand zwischen Männern und Frauen bei der Rentenhöhe und der Anteil von Altersarmut bedrohter Frauen ist gerade in Deutschland gravierend.

Dass so ein Angriff auf die Altersvorsorge um den 8. März herum auf den Tisch gelegt wird, ist als Aufforderung zum aktiven Eingreifen in die Tarifrunde an all jene zu verstehen, die für Gleichberechtigung kämpfen. Die Möglichkeiten dazu sind gegeben: Die dritte Verhandlungsrunde findet am 16. und 17. März statt, bis dahin sind Warnstreiks angesagt.

Erste Warnstreiks und „Rote Teppich“-Aktionen haben bereits stattgefunden, weitere sollen in der nächsten Woche folgen. Vor allem ver.di setzt dabei auf öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie auch schon bei den Beschäftigten der Kommunen. Dabei stehen unter anderem die Kolleginnen und Kollegen der Universitätskliniken im Rampenlicht. Erstens ist der Widerspruch zwischen dem, was geleistet wird, und dem, was gezahlt wird, besonders hoch. Zweitens sind die Beschäftigten im Gesundheitsbereich besonders betroffen von der Debatte um das sogenannte „Tarifeinheitsgesetz“ und den CSU-Vorstoß für ein „modernes Streikrecht“. Hierbei handelt es sich um Versuche, das Streikrecht einzuschränken, sowohl in produktionsrelevanten Bereichen wie auch in der Daseinsvorsorge (siehe Beitrag von Volker Metzroth auf Seite 3).

Sich hier nicht darauf zu verlassen, dass die deutsche Gerichtsbarkeit beide Vorhaben für grundgesetzwidrig erklärt, entspricht dem Wesen des Streikrechts. Es lebt und steht nur bei aktiver Ausübung.

Lars Mörking

Gleichberechtigt?

Heute sind Frauen doch gleichberechtigt. Nur Einparken, das können sie einfach nicht. Aber mit Kindern, in der Familie, da sind sie den Männern weit überlegen. Ganz weit, weshalb sie auch besser gleich die ganze Hausarbeit übernehmen – so lauten die gängigen Klischees, die ihr Haltbarkeitsdatum zwar lange überschritten haben, die aber leider immer noch nicht fachgerecht entsorgt wurden.
Wie gleichberechtigt Frauen in unserer Gesellschaft wirklich sind, sieht man immer noch am besten an der Bezahlung. In Deutschland verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer – für die gleiche Arbeit. Gleichzeitig sind viel mehr Frauen als Männer in Niedriglohnjobs oder in Teilzeit. Da ist es kein Wunder, dass reaktionäre Rollenbilder bei uns wieder an Bedeutung gewinnen.

Sie…
… wollen sich nicht auf eine Rolle als Hausfrau oder Sexobjekt reduzieren lassen?
… wollen genauso viel verdienen wie die männlichen Kollegen?
… finden, dass Kindererziehung auch eine gesellschaftliche Aufgabe ist?

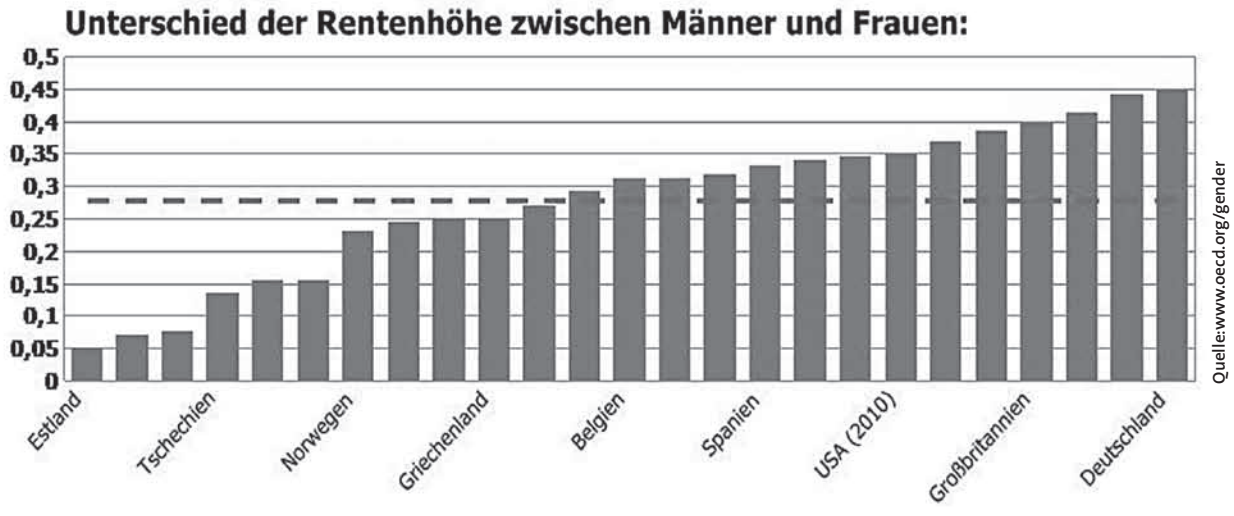
Wir wünschen Ihnen kämpferischen Mut zum Internationalen Frauentag!

Die Redaktion

Trauriger Europarekord zum Frauentag

Deutsche Frauen bekommen 45 Prozent weniger Rente als Männer

Frauen verdienen weniger als Männer – und das nicht nur seit gestern. Im europäischen Durchschnitt liegen die Löhne um 15 Prozent auseinander. Das hat die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in ihrer neuesten Studie wieder einmal bestätigt.
Die neuen Daten zeigen aber auch, dass diese Ungerechtigkeit nicht nur lohnabhängige Frauen betrifft. Auch selbstständige Frauen verdienen signifikant weniger als Männer. Liegt der OECD-Durchschnitt bei einer Lücke von 35 Prozent, so ist die Diskrepanz in Deutschland noch größer: 40 Prozent!
Auch die skandalöse Tatsache, dass Frauen beträchtlich niedrigere Renten beziehen als Männer, wurde durch die aktuelle Studie bekräftigt. Im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder und der USA liegen sie um 28 Prozent niedriger.
Deutschland hat die rote Laterne: Der Unterschied der Rentenhöhe zwischen Männer und Frauen ist hierzulande am höchsten: geschlagene 45 Prozent!
Das bestätigen auch Zahlen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI): „Die durchschnittliche Rentenzahlung bei Renten wegen Alters lag 2012 bei Frauen mit ca. 550 Euro nur etwas mehr als halb so hoch wie die der Männer“, wird im Gender-Daten-Portal des WSI nüchtern festgestellt.



Diese Diskrepanz lässt sich nicht mehr allein durch Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, vermehrte Teilzeitarbeit erklären. Jedoch lassen sich die Zahlen der OECD ergänzen durch Feststellungen wie: Frauen – vor allem alleinerziehende – sind überdurchschnittlich im ALG-II-Bezug, Teilzeit ist vor allem Frauensache, der Lohnabstand zu Männern beträgt etwa 20 Prozent usw.
Selbst in der Bildung, wo sich die Lücke am ehesten zu schließen scheint, bleibt der Geschlechterunterschied. In den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) wird er besonders deutlich. Während in Mexiko Frauen mit 35 Prozent in diesen zukunftsträchtigen Feldern vertreten sind, sind es in Deutschland gerade 15 Prozent.
Das OECD-Genderportal ergänzt diese klassischen Indikatoren mit neuen Erkenntnissen, darunter Zahlen zum Internetverhalten von Frauen, zur Freiwilligenarbeit oder zu den Unterschieden im Finanzwissen bei Jungen und Mädchen.

Georges Hallermayer

Linktipp: www.oecd.org/gender; www.boeckler.de/wsi_38 957.htm

Termine zum Frauentag

Essen: „Bombenstimmung“
Der DKP-Frauenarbeitskreis Essen bringt eine Anti-Kriegs-Revue auf die Bühne, die nicht ernst ist, aber ernst zu nehmen, und bei der einem das Lachen im Halse stecken bleibt. Entlarvende Blicke auf Merkel & Co machen deutlich, wer vom Krieg profitiert und wer die Leid tragenden sind. Veranstaltung der DKP Essen. Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Sonntag, 8. März, 12.00 Uhr. Eintritt 5,00 Euro, erm. 3,00 Euro.

Berlin: „Anti-Kriegs-Revue“
Veranstaltung der DKP Berlin mit der Revue des DKP-Frauenarbeitskreises Essen. Habbema Bühne der Peter-Hacks-Gesellschaft, Mülhauser Straße 6 (Hofgebäude/Ecke Prenzlauer Allee), Freitag, 14. März,15.00 Uhr.

Leipziger Buchmesse
Leipzig liest
12.–15. März 2015

Die UZ ist auf der Leipziger Buchmesse
Halle 5, Stand C403

Gastkolumne von Florian Hainrich

Der Abschluss und die Jugend

850 000 Metaller waren im Warnstreik und haben den Metallkapitalisten in Erinnerung gerufen, wie schnell ihre Profite platzen könnten. Jetzt stehen die Abschlüsse – es geht an die Auswertung. Und die fällt bei den meisten Metallern positiv aus.
Roman Zitzelsberger, IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer in Baden-Württemberg, sagte: „Wir sind mit der festen Überzeugung angetreten, ein belastbares Ergebnis für alle drei Forderungen der IG Metall zu finden – das ist mit dem heutigen Abschluss gelungen."

Wie sieht dieses belastbare Ergebnis denn nun genau aus?

Zum Entgelt:

3,4 Prozent nach drei Nullmonaten, die mit einer Einmalzahlung von 150 Euro bzw. 55 für Azubis „ausgeglichen" werden, sind sicher keine riesige Umverteilung, kommen aber bei den meisten Kollegen gut an und sind tatsächlich ein Mehr im Portmonee.

Bei der Altersteilzeit ist vor allem der Angriff von Gesamtmetall abgewehrt und die Quote von 4 Prozent verteidigt worden. Dies ist wichtig und richtig, eine verbesserte Altersteilzeit bedeutet dies aber nicht. Das ist auch für die Jugend relevant, denn umso mehr und früher ältere Kollegen in Altersteilzeit gehen, desto besser ist dies für die Frage der Übernahme.

Bei der dritten Forderung, der Bildungsteilzeit, gibt es eine Besonderheit. In diesem Feld wurde Baden-Württemberg nicht Pilotbezirk, weil sich die „Arbeitgeber" weigerten, diese zu übertragen. Stattdessen wird in den meisten Bezirken der NRW-Abschluss zur Bildungsteilzeit übernommen. Dieser beinhaltet allerdings keinen individuellen Anspruch auf unbezahlte Freistellung. Diesen gibt es nur in Baden-Württemberg, allerdings existierte er dort auch bereits vor der Tarifrunde. Der Anspruch auf Geld für Bildung ist faktisch nirgends umgesetzt worden. Lediglich wenn die Altersteilzeitquote nicht ausgeschöpft wird, ist es möglich, Geld für Bildungszeit einzusetzen. Dies wird in den allermeisten Betrieben allein auf Grund der Altersstruktur eine absolute Ausnahme bleiben.

Unterm Strich sind hier also keine großen Verbesserungen erreicht worden und vieles, was im Tarifvertrag festgeschrieben wurde, findet man bereits im Betriebsverfassungsgesetz.

Unter der Jugend gibt es durchaus Stimmen, die dieses Ergebnis nicht akzeptieren wollen. Insgesamt gibt und gab es aber keine Bereitschaft, wegen der Bildungsteilzeit in den Erzwingungsstreik zu gehen.

Die Antwort auf die Frage, warum das so ist, findet man im Entstehungsprozess der Forderung. Sie kam eben nicht aus den Betrieben, sondern sollte eine der IGM-Kampagne „Revolution Bildung" entsprechende tarifliche Forderung sein. Diese war und ist allerdings bei den meisten Kollegen nicht gesetzt. An diesem Beispiel kann man sehr anschaulich machen, wie wichtig breitest mögliche gewerkschaftliche Demokratie ist und wie schädlich es sich auswirkt, wenn die betriebliche Diskussion entweder nicht ernst genommen oder nur sehr begrenzt geführt wird.

Unsere Aufgabe muss es sein, eben diese auszubauen und wo nötig wiederzubeleben. Damit Gesamtmetall in der nächsten Tarifrunde richtig was zum Heulen hat.

Blumengruß aus Irland

Der Internationale Frauentag am 8. März ist in Berlin als Kampf- und Feiertag erkennbar ins Stadtbild zurückgekehrt, daran kann das Verschweigen seitens der etablierten Medien genauso wenig ändern, wie Versuche, den Tag als sinnentleerten „… denken wir an unsere Muttis, schenken wir Blumen …"-Event profitabel zu machen.

Auch in diesem Jahr findet am 8. März eine Demonstration „Frauenkampftag 2015" statt, die von einem Bündnis feministischer und linker Gruppen organisiert wird. Sie beginnt um 13.00 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz.

Die Berliner KommunistInnen sind 2015 noch aktiver als in den Vorjahren, so dies überhaupt möglich ist – vor allem da, wo Frauen arbeiten. Neben der Vorbereitung der zentralen Veranstaltung am 14. März, bei der die Genossinnen vom Frauenarbeitskreis der DKP Essen ihr brandneues Theaterstück „Bombenstimmung – eine Antikriegsrevue" auf die Bühne bringen werden, sind alle Grundeinheiten der Partei auf der Straße und vor Betrieben.

Karin Mack, stellvertretende Landesvorsitzende und selbst seit vielen Jahren mit Frauenpolitik beschäftigt, sagte: „Unsere Gruppen entfalten noch mehr Aktivitäten als in den vergangenen Jahren und haben sich intensiv mit dem Thema befasst. Dabei spielt sicherlich auch die politische Situation eine Rolle: Wenn zwei Frauen an der Spitze dieser Republik als Kriegstreiberinnen agieren, im wahrsten Sinne des Wortes Bombenstimmung anheizen, dann sind wir umso mehr gefordert für die Rechte der arbeitenden Frauen aktiv zu werden, Flagge zu zeigen."

Flagge zeigen sie an allen Ecken und Enden der Hauptsadt, dabei spielt das UZ-Extra zum Frauentag eine große Rolle. In Treptow-Köpenick, in Friedrichshain, in Kreuzberg und in Tempelhof wird es an die Frau gebracht bzw. in die Briefkästen der Verteil-Schwerpunkte in den Arbeiterwohngebieten.

In Lichtenberg gehen Genossinnen zusätzlich vor ein Einkaufszentrum und in Neukölln ist die DKP am „Club International" von Chile-Freundschaftsgesellschaft und Patria Grande beteiligt, der am Vorabend des 8. März im Salvador-Allende Club in der Jonasstraße stattfindet.

Im Arbeiterstadtteil Neukölln werden dieses Jahr erstmals rote Nelken verteilt, zusammen mit dem Frauentags-Extra des „Schrittmacher". Die Betriebszeitung für die Krankenhäuser von Charité und Vivantes hat in den vergangenen Monaten eine erhebliche Auflagensteigerung erfahren, mehrere neue Verteilorte sind hinzugekommen. Die Gruppenvorsitzende der DKP Neukölln zur UZ: „Erstmals gehen wir am 8. März mit ‚Schrittmacher' und roten Nelken vor das Krankenhaus. Wir sind sehr gespannt, wie die Kolleginnen das annehmen werden."

Bereits zum dritten Mal werden am größten Verteilort des „Schrittmacher", dem Haupttor des Virchow–Klinikums im Wedding, Mitglieder der DKP aus Mitte/Pankow nicht nur das Extrablatt, sondern einen riesigen Eimer roter Nelken zur Frühschicht an die Frau bringen. Und bereits zum dritten Mal hat dieser Blumengruß eine besonders internationalistische Komponente: Die Nelken werden von irischen Textilarbeiterinnen gespendet!

Hermann Glaser-Baur

Wir sprachen mit der Initiatorin, Weberin Marion Baur:

UZ: *Ist der Blumengruß von der grünen Insel and die Arbeiterinnen bei der Berliner Charité in Irland bekannt?*

Marion Baur: Meine Kolleginnen in der kleinen nordirischen Leinenweberei, die ich leite, sind begeistert, dass wir das wieder machen. Natürlich schreiben wir darüber in der Wochenzeitung der KP Irlands und im vergangenen Jahre berichteten auch bürgerliche Medien über „Flowers for Berlin". Das hilft, hier den Gedanken des Internationalen Frauentags zu verbreiten.

UZ: *Du fliegst wiederum selbst ein, um an der Aktion vor der Charité teilzunehmen. Ist das nicht ein riesiger Aufwand?*

Marion Baur: Den riesigen Aufwand leisten die Berliner GenossInnen, die seit mehr als 10 Jahren alle 2 Monate um kurz nach 5 Uhr morgens den *Schrittmacher* verteilen, die diese ausgezeichnete Betriebszeitung produzieren, deren hohe Akzeptanz bei den Kolleginnen mich immer wieder fasziniert. Da werde ich es doch wohl einmal im Jahr schaffen, mit dabei zu sein. Der Internationale Frauentag nahm seinen Urprung bei den Textilarbeiterinnen und wenn wir international sagen, sollten wir das auch ernst nehmen. Dazu will ich meinen kleinen Beitrag leisten.

Metalltarifrunde 2015:

Unterm Strich jetzt doch eher bescheiden

Kampfkraft der Beschäftigten wurde nicht ausgeschöpft

Den *Tagesthemen* am 24. Februar war es nur eine kurze Meldung wert, mit vier Informationen:

„150 Euro für Januar, Februar und März!", „3,4 Prozent mehr ab 1. April!", „Altersteilzeit bleibt!". „Bildungsteilzeit ist für Unternehmen freiwillig!".

Gemessen an der vollmundigen Losung „Kein Grund zur Bescheidenheit", mit der die IG Metall angetreten war, löst dieses Ergebnis Fragen und Nachdenklichkeit aus.

Beispiel die Einmalzahlung: Daimler hat an seine Stammbelegschaft einen Sonderbonus von 4 350 Euro ausgeschüttet. Wohl auch mit dem Hintergedanken, diese in der Tarifbewegung ruhig zu stellen. Und möglicherweise mit dem Hintergedanken, den Beschäftigten zu suggerieren: „Wenn der Konzern mir freiwillig einen Sonderbonus schenkt, der 29 mal so hoch ist wie der, den die IG Metall erkämpft, lohnt sich dann der Kampf? Und lohnt sich die IG Metall?"

Dabei handelt es sich bei den 150 Euro noch nicht einmal um einen Sonderbonus, sondern um ein Abspeisen dafür, dass es für drei Monate keine tabellenwirksame Entgelterhöhung gibt, die Tarifvertragslaufzeit 15 Monate beträgt und somit aufs Jahr gerechnet die Erhöhung noch nicht einmal 3,4 Prozent ausmacht, sondern 2,72 Prozent.

Angesichts der nicht mehr zu verbergenden Gewinnexplosion der Metall- und Elektroindustrie – Daimler z. B. hat in einem Jahr den Gewinn um ein Drittel erhöht – mutet das denn doch bescheiden an.

Auch das Argument, man müsse ja das ganze Paket betrachten, nämlich dass die Altersteilzeit bleibt und – im Falle, dass die Quote für diese nicht ausgeschöpft wird – die Möglichkeit einer Bildungsteilzeit entsteht, macht diesen Abschluss nicht unbescheiden. Für die beiden Teilzeiten werden die Betriebe kaum mehr Geld ausgeben müssen als bisher.

Welche Gründe kann die IG Metall gehabt haben, sich darauf einzulassen, ohne die Kampfkraft wirklich voll ausgeschöpft zu haben? An der Kampfbereitschaft der Beschäftigten kann es nicht liegen. Die Beteiligung an den Warnstreiks war wesentlich höher als in den letzten Jahren.

Der Gedanke drängt sich auf, dass das „Bündnis für Industrie", das der IGM-Vorsitzende Wetzel im November verkündet hat, wichtiger war, als die ebenfalls verkündete Parole „kein Grund zur Bescheidenheit", dass die Förderung der Konkurrenzüberlegenheit der „eigenen" Industrie wichtiger ist, als eine Rückverteilung des lohn- und sozialpolitischen Kahlschlags der letzten Jahre oder gar die endlich fällige Umverteilung zu Gunsten der Beschäftigten.

Wenn dem so sein sollte, wird letztendlich versucht, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Das Sinken der Lohnquote (des Anteils der Beschäftigten am Volkseinkommen) wird mit diesem Tarifabschluss weiter an Dynamik gewinnen und damit die Tendenz, dass die Beschäftigten nicht mehr kaufen können, was sie produzieren.

So verschärft sich der Amokkreislauf, das inländische Kaufkraftdefizit durch Exportüberschüsse kompensieren zu müssen, was die Notwendigkeit zur ständigen Steigerung der Konkurrenzfähigkeit durch die immer weitere Absenkung der Lohnquote zur Konsequenz hat.

Die Exportüberschüsse der einen sind aber die Handelsbilanzdefizite der anderen Länder. Dort werden auf diese Weise Schuldenberge aufgehäuft, die niemals bezahlt werden können.

Um die Forderungen der Gläubiger-Banken- und Konzerne dennoch zu befriedigen, werden dann Rettungsschirme und Sparprogramme diktiert, welche die Beschäftigen bezahlen müssen und zwar die in den Gläubigerländern wie in den Schuldnerländern – zum Beispiel durch das explosionsartige Anwachsen des Billiglohnbereichs und der prekären Beschäftigung auch in der deutschen Metall- und Elektroindustrie.

Lohn- und Sozialdumping führen zu weiterem Kaufkraftverlust hier wie dort, die Lohnquote sinkt weiter…, ein Amokkreislauf eben.

Ein gewerkschaftlicher Grundgedanke war immer die internationale Solidarität der Beschäftigten. Dem schlagen Bündnisse mit dem „eigenen" Kapital – wie mit diesem Tarifabschluss anscheinend wieder einmal praktiziert – ins Gesicht.

Die Rechnung zahlen die abhängigen Beschäftigten überall. Die einen früher, die anderen später – aber früher oder später eben doch alle.

Manfred Jansen

Massive Warnstreiks – mehr Lohn

Abstriche bei Alters- und Bildungsteilzeit

Am frühen Morgen des 24. Februar 2015 vereinbarten IG Metall und Südwestmetall in Böblingen einen Pilotabschluss für die 3,7 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie, der den anderen Tarifbezirken zur Übernahme empfohlen wird. Eckpunkte sind: deutliches Plus beim Lohn; Verbesserungen, aber auch Verschlechterungen bei der Altersteilzeit und keine verbindliche Regelung über zusätzliche, finanziell geförderte Bildungsteilzeit.

3,4 Prozent höhere Entgelte, aber: diese Erhöhung wird erst zum 1. April wirksam (für zwölf Monate); für die drei Monate vorher gibt es eine bescheidene Einmalzahlung von 50 Euro pro Monat (für Azubis 55 insgesamt). Trotzdem bei relativ niedriger Inflation ein Plus beim Reallohn – das kommt bei vielen Beschäftigten gut an.

Laut IG Metall wurde damit der „verteilungsneutrale Spielraum" ausgeschöpft. Das heißt: der Anteil der Beschäftigten an der Wirtschaftsentwicklung hat sich nicht verringert – aber eben auch nicht verbessert. Im Vergleich zu anderen Branchen und vielen nicht-tarifgebundenen Betrieben ein Zeichen der Stärke der IG Metall – im Verhältnis zu vielerorts explodierenden Unternehmergewinnen aber auch kein Grund für Sektlaune.

Bei der Altersteilzeit hatte Gesamtmetall massive Verschlechterungen gefordert. Diese wurden weitgehend abgewehrt: es bleibt bei einer Anspruchsquote von 4 Prozent der Belegschaft und den beiden Modellen für „besonders Belastete" (langjährige Schichtarbeiter) und alle anderen. Eine von den Unternehmern geforderte Verschiebung des Altersteilzeit-Modells für „Belastete" nach hinten (unmittelbar vor der Regelaltersgrenze, statt bisher bis 63) ist vom Tisch – allerdings wurde der früheste Ausstieg in die „Ruhephase" von 60 auf 60,5 Jahre angehoben. Leicht verbessert wurden der Zugang zum „Belasteten"-Modell und eine etwas höhere Aufstockung für untere Lohngruppen.

Besonders feiert „Südwestmetall", dass es „tarifliche Ansprüche auf eine finanzielle Förderung persönlicher Weiterbildung… auch künftig nicht geben" wird *(Pressemitteilung, 24.02.2015)*. Eine Regelung mit verbindlichen Ansprüchen ist nur über freiwillige Betriebsvereinbarung vorgesehen, unter Verwendung nicht ausgeschöpfter Altersteilzeit-Mittel. Der Versuch der IG Metall, das Modell der Altersteilzeit zusätzlich auf andere Lebensphasen auszudehnen, ist damit erst einmal steckengeblieben.

Über 870 000 Metallerinnen und Metaller haben an Warnstreiks teilgenommen – eine nochmalige Steigerung gegenüber den letzten Tarifrunden. Nur durch ihren Druck kam die Bewegung vom letzten „Angebot" von Gesamtmetall zum jetzigen Abschluss zustande.

Achim Bigus

CSU will Kapital vor Arbeitskämpfen schützen

Nahles-Gesetz nur ein Schritt zur faktischen Abschaffung des Streikrechts?

Ein Vorstoß der CSU, „Für ein modernes Streikrecht“ – die vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.) stand Pate – zielt weit über das hinaus, was derzeit bezüglich Tarifeinheit im Gesetzgebungsverfahren ist. Nach Vorstellungen dieser Unternehmer soll das Nahles-Gesetz nur ein Schritt in die richtige, sprich: ihre antigewerkschaftliche Richtung sein. Die erste Lesung des Tarifeinheitsgesetzes der Großen Koalition soll jetzt am 6. März sein. Am 23. März fände dann eine öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales statt und am 26. März die zweite und dritte Lesung mit der Verabschiedung durch den Bundestag. Danach würde es dem Bundesrat vorliegen, der aber am 6. Februar schon kund tat, keine Einwände zu haben.

2010 hatte das Bundesarbeitsgericht seine frühere Rechtsprechung revidiert und es für verfassungsgemäß gehalten, dass in Betrieben, in denen mehrere Gewerkschaften vertreten seien, für deren Mitglieder die jeweiligen Tarifverträge gelten. Eine gemeinsame Initiative von BDA und DGB – ohne vorausgehende offene Diskussion in den Gewerkschaften – sollte den alten Zustand wiederherstellen. Unter anderem dadurch, dass die mitgliederschwächere unter die Friedenspflicht eines Tarifvertrags einer anderen Gewerkschaft fiele. Breiter Widerstand von der Basis, insbesondere bei ver.di, kippte diese Initiative. Der Streit in den Gewerkschaften drehte sich um die Frage, ob ein tragendes Prinzip der Einheitsgewerkschaft, ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag, ein permanenter Arbeits- und Kampfauftrag ist oder ob hier staatlich reguliert werden soll.

Unter euphemistischen Parolen wie „Stärkung der Tarifautonomie“ setzte die Große Koalition die gesetzliche Tarifeinheit wieder auf die Tagesordnung. Ein internes Schreiben der IG BAU lässt den Schluss zu, dass es im Zuge der Koalitionsverhandlungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der SPD zu einem Deal gekommen sei, nach dem sie den Mindestlohn und die Rente ab 63 für bestimmte Langzeitversicherte bekämen, die Unternehmer die Tarifeinheit. Viele sehen darin auch einen Affront gegen ver.di. Sie ist neben der EVG die Gewerkschaft, die mit kämpferischen Berufsgewerkschaften konfrontiert ist und eine eindeutige Beschlusslage gegen gesetzliche Regelungen hat. So offen sind in einer grundsätzlichen Frage Differenzen zwischen den DGB-Gewerkschaften selten zu Tage getreten. Während die IG BCE den Gesetzesentwurf begrüßt, die IGM mit Vorbehalten auch, die IG BAU wegen genannter Absprachen nicht dagegen auftreten will, die EVG hier keine Lösung ihrer Probleme sieht, gehen ver.di, NGG und GEW offen dagegen vor. Neben einer umfangreichen publizistischen Tätigkeit starteten sie gemeinsam eine Unterschriftenaktion.

Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags kommt, wie viele der gewerkschaftsnahen Arbeitsrechtler, zu dem Ergebnis, dass hier das Koalitionsrecht nach Art. 9 GG eingeschränkt werden soll. Auch ohne ausdrückliche Regelung wären Streikverbote zu erwarten. Wenn die Mitglieder der kleineren, aber ggf. kampfstärkeren Gewerkschaft streikten, sich aber abzeichne, dass der Streik zu keinem anwendbaren Tarifvertrag führe, wäre er nach der geltenden Rechtsprechung unverhältnismäßig und damit rechtswidrig. Es böten sich Unternehmern Möglichkeiten, durch Förderung gelber Gewerkschaften und rechtliche Umorganisation ihrer Betriebe die DGB-Gewerkschaften zu schwächen und die Flächentarifverträge noch weiter zu unterlaufen. Die Tarifeinheit sehen Gewerkschafter ohnehin als von den Unternehmern durch Ausgliederungen, Zeit- und Leiharbeit, Missbrauch von Werkverträgen u.v.a.m. vielfach abgeschafft. Es ist Alltag in Fabrikhallen, Büros und auch auf Lokomotiven, dass dieselbe Arbeit ganz unterschiedlich bezahlt wird.

Parallel zu den Streiks der Lokführer und denen des Sicherheitspersonals auf Flughäfen fordern Unternehmer, Politiker und Medien immer wieder die Einschränkung des Streikrechts in der sogenannten Daseinsvorsorge. Da werden dann gerne die Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen, Feuerwehr und Rettungsdienste benannt. Wobei schon immer Notdienste dafür sorgten, dass kein Unfallopfer während des Streiks medizinisch unversorgt blieb usw. Es geht Unternehmern wie der vbw um die faktische Beseitigung des Streikrechts in allen produktionsrelevanten Bereichen. Die CSU greift das auf und fordert u.a. Zwangsschlichtungen. Streiks sollen vier Tage zuvor angekündigt werden. Gewerkschafter sehen darin den Versuch, Streiks die ökonomische Wirkung zu nehmen. In vielen Betrieben reichen schon zwei Tage, um Arbeit zu verlagern, Streikbruch zu organisieren und vieles mehr. Streiks wären vielfach nur noch Demonstrationen während der Arbeitszeit, teuer für die Gewerkschaften, aber ohne ökonomischen Einigungsdruck auf die Unternehmer.

Foto: www.wernerbachmeier.de/IG Metall

Das hätte auch Auswirkungen auf die Mitglieder jener Industriegewerkschaften, die sich selbst derzeit scheinbar nicht vom Nahles-Gesetz betroffen fühlen. Wenn das Lohnniveau in der Daseinsvorsorge – und da kann man Großteile der Wirtschaft hinein interpretieren – nicht mehr mit der Geldentwertung und der gesamtgesellschaftlichen Produktivitätssteigerung mithalten könnte, weil Gewerkschaften nicht mehr durchsetzungsfähig wären, wankten auch die Standards derzeit noch gut organisierter und tarifierter „Inseln“. Zumal jeder Eingriff in das deutsche Arbeitskampfrecht weitere Begehrlichkeiten wecken würde. Die SPD wird versuchen, nach dem Schema „guter Cop – böser Cop“ das Nahles-Gesetz auch als das kleinere Übel zu verkaufen. Aber viele Gewerkschafter sehen das andersrum: der Versuch, mit dem Tarifeinheitsgesetz das Streikrecht weiter zu beschneiden, ermutigt rechte Kräfte geradezu, den nächsten Schritt auf diesem Weg zu fordern.

Volker Metzroth

Wie ein Hedgefonds

Whitesell-Werk in Neuss von Schließung bedroht

Es war die Konsequenz einer zerstörerischen Konzernstrategie. Ende Januar blieben die Konten der bundesweit 1300 Mitarbeiter des Automobilzulieferers Whitesell Germany leer. Das Unternehmen hatte am 27. Januar Insolvenz angemeldet, der Grund: Zahlungsunfähigkeit.

Vor einem Jahr hatte der amerikanische Investor Whitesell vier Werke der insolventen Ruia-Gruppe übernommen. Darunter war auch die traditionsreiche Schraubenfabrik in Neuss (ehemals Bauer & Schaurte), die schon mehrere Insolvenzen überstanden hatte und mit schwarzen Zahlen und vollen Auftragsbüchern in den Besitz der Whitesell Germany GmbH überging. Kurz nach der Übernahme begann Whitesell damit, die Preise für die in Neuss gefertigten Autoteile drastisch zu erhöhen. Die Warnungen der Belegschaft wurden in den Wind geschlagen, die Kunden – darunter große Automobilproduzenten – sprachen von Erpressung. Der hohe Spezialisierungsgrad der Produktion in Neuss ermöglichte es Whitesell kurzzeitig Höchstpreise zu verlangen und gewaltige Gewinnspannen zu erreichen. Es wurde offenbar auch mit Lieferstopps gedroht. Dass die Abnehmer dieses Spiel nicht lange mitmachen und sich alsbald nach neuen Lieferanten umschauen würden, war abzusehen.

Der kämpferische Betriebsrat und die IG Metall versuchten eine Abwanderung der Kunden zu verhindern und forderten Whitesell auf, dieses Geschäftsgebaren zu ändern. Doch der Whitesell-Konzern war in Deutschland lediglich durch Statthalter vertreten; Personen mit Entscheidungsbefugnis waren nicht zu erreichen. Ein Erhalt des Kundenstamms schien nicht im Interesse des Konzerns zu liegen. Der Betriebsrat sprach gar von einem „massenhaften Abbruch von Geschäftsbeziehungen“. Als die Aufträge dann zurückgingen, gab es keine Versuche zur Kundenrückgewinnung. Im Gegenteil: Whitesell kündigte bereits sechs Monate nach Übernahme der Werke umfangreiche „Restrukturierungsmaßnahmen“ an. Die Hälfte der Mitarbeiter sollte entlassen und das Neusser Werk geschlossen werden. Einen Sozialplan wollte das Unternehmen hierbei nicht aufstellen und erklärte seine deutsche Tochter Whitesell Germany GmbH kurzerhand zu einem „Startup-Unternehmen“. Gewerkschaft und Betriebsrat klagten gegen dieses Vorgehen und gewannen vor dem Arbeitsgericht. Der Berufungsverhandlung kam das Unternehmen nun durch den Insolvenzantrag zuvor.

Jetzt kämpfen die Mitarbeiter um alte und neue Kunden, sie erhoffen sich, dass sie den Betrieb auch ohne Whitesell fortführen können. Allein in Neuss stehen 300 Jobs auf dem Spiel. Doch die Erfolgsaussichten sind gering. Die Mitarbeiter werden nämlich bei der insolventen Whitesell Germany GmbH beschäftigt, während die Produktionsmittel und das gesamte Sachvermögen der übernommenen Werke an eine Luxemburger Holding übertragen worden sind. Somit sind die Vermögenswerte der Betriebe vor den Zugriffen der Gläubiger und Insolvenzverwalter sicher. Diese Betriebsaufspaltung war Teil einer Strategie, in der Whitesell wie ein Hedgefonds agierte, um kurzfristig maximale Gewinne abzuschöpfen und sich anschließend unbeschädigt aus der Affäre zu ziehen. Die einzige Möglichkeit, den Betrieb in Neuss aufrechtzuerhalten: Whitesell muss die Maschinen und Sachwerte innerhalb der nächsten drei Monate zu einem akzeptablen Preis verkaufen. Danach wird kein Konkursgeld mehr gezahlt und der Betrieb muss auf eigenen Beinen stehen. Ob das geschehen wird, ist völlig ungewiss. Immerhin haben Stadtverwaltung und Kommunalpolitik einmütig erklärt, den Flächennutzungsplan an dieser Stelle nicht ändern und dass zentrumsnah gelegene Whitesell-Gelände weiterhin als Industriegebiet führen zu wollen. Einem schnellen Verkauf des Geländes zu attraktiven Grundstückspreisen oder dem Bau von renditeträchtigen Luxuswohnungen auf dem Betriebsgelände ist damit erst einmal ein Riegel vorgeschoben. Es kommt nun darauf an, dass dieses Versprechen eingehalten wird. Darüber hinaus liegt es jedoch allein an Whitesell darüber zu entscheiden, ob das Werk noch eine Chance erhält. Wieder einmal kämpfen die Mitarbeiter um ihre Existenz und wieder einmal sind sie der Willkür des Konzernmanagements ausgeliefert.

Vincent Cziesla

Tarifrunde in der chemischen Industrie

In der Tarifrunde der chemischen Industrie werden die Gespräche am 12. und 13. März in Neuss fortgesetzt. Die IG BCE fordert eine Anhebung der Entgelte um 4,8 Prozent bei einer Vertragslaufzeit von zwölf Monaten, die Weiterentwicklung des Tarifvertrags Demografie und Lebensarbeitszeit sowie den Ausbau des Demografiefonds. Ebenfalls sollen Modelle zum gleitenden Übergang in die Rente wie eine Vier- und Drei-Tage-Woche ab dem 60. Lebensjahr vorangebracht werden. Verhandelt wird für 550 000 Beschäftigte in der chemischen Industrie.

Die IG BCE gilt nicht als besonders kämpferische Gewerkschaft und legte in der Vergangenheit großen Wert auf erfolgreiche Verhandlungen und „realistische“ Forderungen. Doch Peter Hausmann, Verhandlungsführer der IG BCE, fand nach der letzten Verhandlungsrunde auf Bundesebene starke Worte: „Sehr ordentliche Dividenden für Aktionäre, üppige Bonuszahlungen für Manager und ein paar Cents für die Belegschaften – das ist die Wunschvorstellung der Arbeitgeber. Das passt allerdings nicht zusammen. Die Gewinne werden von den Beschäftigten erarbeitet, das sind die Leistungsträger. Und das muss sich im Portemonnaie bemerkbar machen. Mit Argumenten allein kommen wir jedoch offenkundig nicht weiter. Wir werden deshalb jetzt die Ventile öffnen und unseren Forderungen demonstrativ Nachdruck verleihen. Vor den Toren, auf den Straßen und Plätzen wird die IG BCE Flagge zeigen. Die Arbeitgeber spielen mit dem Feuer. Sie sollten wissen: Die IG BCE ist kampfbereit und hat einen langen Atem.“

Quellen: IG BCE, WSI Tarifarchiv

Personalkosten im Öffentlichen Dienst seit 1970 „stabil“

Laut DGB sind die Personalkosten im öffentlichen Dienst – bereinigt um inflations- und produktionsbedingte Preissteigerungen – von 1970 bis heute „stabil“ gebblieben. Das zeige der Personalkostenreport 2014 für den öffentlichen Dienst. Die Löhne und Gehälter der Kolleginnen und Kollegen oder ein Personalwachstum seien also nicht für die steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte verantwortlich. Der öffentliche Dienst werde als „Belastung“ dargestellt und mit dem Begriff der „Staatsschuldenkrise“ verbunden, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. „Doch damit wird fälschlicherweise unterstellt, der Staat und ein angeblich überbordender öffentlicher Dienst seien verantwortlich für die verschuldeten öffentlichen Haushalte.Wir sagen: Im Gegenteil. Der öffentliche Dienst trägt dazu bei, die Probleme zu lösen. Er ist nicht das Problem. Der gewachsene Schuldenstand ergibt sich aus der Krisenpolitik der vergangenen Jahre, zuletzt bei der durch Banken ausgelösten Finanzkrise“, so Hannack weiter. Bund und Länder lägen falsch, wenn sie – stets fixiert auf die schwarze Null – an ihrem Personal sparen wollten.

Im öffentlichen Dienst und im öffentlichen Sektor arbeiten insgesamt 4,6 Millionen Menschen.

DGB-Aufruf zum Internationalen Frauentag

Der DGB weist in seinem Aufruf zum Internationalen Frauentag auf die Bedeutung der Einführung des Mindestlohns für weibliche Beschäftigte hin: „Was in vielen europäischen Staaten schon lange Praxis ist, ist nun auch bei uns Gesetz: Seit dem 1. Januar 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Damit steigen insbesondere die Einkommen von Arbeitnehmenden in den ostdeutschen Bundesländern, von geringfügig Beschäftigten – und vor allem von Frauen. Denn zwei Drittel der Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor sind weiblich.“ Gerade bei erwerbstätigen Frauen fielen niedrige Stundenlöhne und ein geringes Arbeitsvolumen zusammen. Immer mehr Frauen seien zwar berufstätig, viel zu oft jedoch in unfreiwilliger und geringer Teilzeit beschäftigt.

Quelle: frauen.dgb.de/

Florierender Rechtsrock

In Thüringen hat im vergangenen Jahr alle 14 Tage mindestens ein Rechtsrock-Konzert stattgefunden. Das geht aus der Auflistung der Mobilen Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Mobit) hervor.

Mit 25 Konzerten und Liederabenden der braunen Szene blieb die Zahl der Musikveranstaltungen 2014 auf demselben Niveau wie im Vorjahr. Ein Konzert wurde nach seinem Beginn aufgelöst, ein Auftritt der Rechtsrock-Band „Die Lunikoff-Verschwörung“ um den ehemaligen Sänger der verbotenen Band „Landser“, Michael Regener, wurde von den Behörden im Vorfeld untersagt. Eine Verschiebung gab es 2014 in der Art der Konzerte: In Thüringen setzte sich der Trend zu nicht aufwändigen „Liederabenden“ der rechtsextremen Szene fort. Auch die Zahl der als politische Versammlungen angemeldeten Open airs stieg im Freistaat im Vorjahresvergleich an.

Antifa-Kommission konstituiert

In Umsetzung eines Beschlusses der 11. PV-Tagung und auf Basis einer ersten parteioffenen Beratung im Januar 2015 traf sich die neugebildete Antifa-Kommission letzten Samstag zu ihrer konstituierenden Sitzung. Unsere gemeinsame Grundlage ist die Erkenntnis, dass Faschismus nicht lediglich eine menschenverachtende Ideologie wie Rassismus und Antisemitismus ist, sondern letztlich immer auf die terroristische Form der Herrschaft des imperialistischen Monopolkapitals zur Durchsetzung seiner machtpolitischen und ökonomischen Klasseninteressen hinausläuft. Das Ziel antifaschistischer Arbeit muss es sein, dem Monopolkapital die Möglichkeit zu nehmen, diese Form seiner Herrschaft bei Bedarf gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Dafür brauchen Kommunistinnen und Kommunisten eine klare Strategie. Zu ihrer Entwicklung will die Kommission beitragen. Im ersten Schritt durch ein entsprechendes Referat auf der zentralen Konferenz der DKP am 2. Mai in Berlin.

Neben der Unterstützung der eigenständigen Antifaarbeit der Parteigruppen sehen wir auch die Klärung der Grundlagen und Ziele der Mitarbeit in entsprechenden Bündnissen, der spezifischen Aufgaben von Kommunistinnen und Kommunisten darin als unsere Aufgabe. Besonders wichtig erscheint es uns, darauf hinzuwirken, dass die unermüdliche Arbeit vieler Genossinnen und Genossen, die vielfach allein auf sich gestellt arbeiten, wieder in die Gruppen zurückgebunden wird, so dass die kollektive Weisheit der Partei, also die planmäßige und gut begründete Erarbeitung, Durchführung und Auswertung einer gemeinsam getragenen Politik, die Arbeit der Parteigruppen fundieren und erweitern kann.

Die Kommission betrachtet sich als Arbeitsgremium, dessen Fokus auf der Erstellung orientierender Einschätzungen und praktisch nutzbarer Materialien und Angebote liegt, die die Partei und ihre Grundorganisationen bei der Erarbeitung einer marxistisch begründeten Antifa-Arbeit unterstützen. Dazu gehört als erstes Ziel die Erarbeitung einer praxisnahen Handreichung für die Durchführung einer eigenständigen Veranstaltung der Grundeinheiten vor Ort zum 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung. Die Handreichung kommt als eine Art Leitfaden daher, der als Angebot für die Parteigruppen einen vollständigen Vorschlag zur Durchführung einer Filmveranstaltung enthält, inkl. inhaltlichem Material für die Vorbereitung und Durchführung. Der Leitfaden ist so gestaltet, dass die Veranstaltung von allen Parteigruppen durchgeführt werden kann und wird ab dem 23. März zur Verfügung gestellt.

Geplant für die weitere Arbeit ist dann u. a. eine Einschätzung der in AfD und Pegida sichtbar gewordenen Herausforderung für den Antifaschismus, und in der Perspektive soll z. B. die Klärung des Zusammenhangs von antimonopolistischer Demokratie und antifaschistischem Kampf angegangen werden.

Kommentar von Guntram Hasselkamp

Das Geld liegt auf der Straße

Auf 700 Millionen Euro hat das Dobrindt-Ministerium die möglichen Einnahmen aus der Pkw-Maut hochgerechnet. Die Systemkosten subtrahiert, 200 Millionen sollen das sein, macht satte 500 Millionen Plus. Soweit die Zahlen für die Abteilung Info-Pop. Letzte Woche Donnerstag kam der Gesetzentwurf in den Bundestag.

„Toll Collect“, schon mal gehört? Der Bund klagt gegen den Mautbetreiber auf Schadenersatz in Höhe von 3,5 Mrd. Euro. Des ungeachtet hat Herr Dobrindt den in diesem Jahr auslaufenden Vertrag – freihändig, ohne Ausschreibung – um drei Jahre bis 2018 verlängert. Bei laufenden Kosten von 560 Mio. Euro pro Jahr wäre Eigenregie das Mittel der Wahl und würde vermutlich mehr einbringen als die ganze Pkw-Maut. (Was, zugegeben, keine Kunst ist.) Offenbar sieht der Minister bei Daimler (10,1 Mrd. Gewinn) und Telekom (2,9 Mrd. Gewinn) dringenden Subventionsbedarf. Es spricht allerdings wenig dafür, dass es billiger wird, wenn Schwarz-Rosa diese Lizenz zum Gelddrucken nun auch auf den Pkw-Sektor sowie das übrige Straßennetz ausweitet. Der Bund dürfte am Ende froh sein, wenn es hier überhaupt was zu kassieren gibt.

Special Guest: NSA

Der schlanke Staat – hat kein Geld und in Schäubles Monstranz strahlt uns eine schwarze Null entgegen. Die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt ebenso wie die der Schlaglöcher und maroden Brücken. Die „Daehre-Kommission“ hatte schon 2012 für die deutsche Verkehrsinfrastruktur „ein Defizit von mindestens 7,2 Mrd. Euro pro Jahr“ ermittelt. Wenn nicht nach und nach alles zusammenbrechen soll. Ausbau ist da schon ein Fremdwort. Pkw-Maut ist so, als wollte man mit Alk II ein anständiges Leben finanzieren. In ihrer jetzigen Form, ohne inländische Nutzer, keine Option. Die Rechnung für uns, nach einer kleinen Schamfrist, wird also wohl noch kommen. Und das Budget, wie bei der LKW-Maut, um den Einnahmebetrag gekürzt werden. Aber worum geht's noch?

„Toll Collect“ ist eine riesige Datenkrake. Die Pkw-Maut per „e-Vignette“ wird, wer auch immer sie betreibt, eine noch riesigere werden. Wenn's nur ums Geld kassieren ginge, würde es auch das „Pickerl“ tun. Die PKW-Maut schließt eine wichtige Überwachungslücke. Reale Verkehrsüberwachung unabhängig von Handy und Navi. Ein Leuchtturm-Projekt in Zeiten der digitalen Totalkontrolle. Am liebsten noch bis in die letzte Gemeindestraße. Eleganterweise, auch hier, von den Überwachten selbst finanziert. Selbstredend gibt es den brutalstmöglichen Datenschutz, wie uns Herr Dobrindt versichert. Vielleicht sollte man Schilder anbringen: Sponsered by BND and BKA. Und: Our Special Guest: NSA.

Die „Daehre Kommission“ beziffert das Nettoanlagevermögen der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland mit 603 Mrd. Euro. Hier liegt im Wortsinn eine Menge Geld auf der Straße. Um es aufheben zu können, braucht man zwei, sagen wir, Reformen. Erstens den privaten Zugriff auf die Infrastruktur, genannt Privatisierung. Zweitens den privaten Zugriff auf den Nutzer, genannt Maut. Seit gut 10 Jahren wird nun daran gebastelt. 600 Mrd! Das sollte doch mit dem Teufel zugehen, wenn Schwarz-Rosa da nicht einen Dreh findet dieses Fass anzubohren.

Asyl, Klassenpolitik, Rassenwahn

Flüchtlingsunterbringung und Wohnungsnot

Ein Gebet geht durch Deutschland: Lasset die Flüchtlinge zu uns kommen – aber bitte nicht in meine unmittelbare Nachbarschaft. Der erste Teil des Gebets könnte donnernd von Marx kommen, dem Kardinal Reinhard Marx aus München, oder etwas dezenter von seinem Kollegen Rainer Maria Wölki aus Köln, der reichsten Diözese weltweit. Der zweite Teil des Gebets, gleichsam ein Stoßgebet, findet sich vielfach rassistisch geprägt nahezu in jeder Ecke der Republik.

Die Bürgermeister als Sachwalter des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der lokalen Ebene schreien zum Himmel: Um neben anderen Aufgaben die Flüchtlinge finanzpolitisch beherrschen zu können, forderten sie jüngst in Berlin fünf Milliarden Euro Soforthilfe und eine generell neue Regelung, wie die Steuern zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden verteilt werden sollen. Fünf Milliarden Euro hatte die GroKo den Kommunen zugesagt, allerdings wurde nur eine Milliarde Euro gestückelt überwiesen. In Deutschland gibt es 11 191 Gemeinden (Zensus 2011). Zudem sind zwei Gebiete bewohnt, aber gemeindefrei. Weitere 225 Gebiete sind ebenfalls gemeindefrei, aber unbewohnt. Sie werden für die folgende Berechnung vernachlässigt. Das bisher ausgezahlte Hilfspaket aus Berlin bringt den 11 191 Gemeinden in Durchschnitt weniger als 90 000 Euro.

Foto: Bettina Ohnesorge

Während im Gerresheimer Rathaus über die Unterbringung der Flüchtlinge debattiert wurde, besetzte die DKP in außerparlamentarischer Opposition auch den politischen Hintergrund: Wer hat eigentlich die Flüchtlingsströme verursacht?

50 Asylbewerber in einem leeren Aldi-Markt

90 000 Euro haben derzeit den Wert von „einem Tropfen auf den heißen Stein“. Angesichts der milliardenschweren Verschuldung der Kommunen – allein 172,8 Milliarden Euro in den 13 Flächenländern – bringen auch die fünf Milliarden Euro keine Entlastung. Die Haushaltssituation in Bremerhaven, Duisburg oder Bottrop erinnert an Athen, Thessaloniki und Patras …

Das jüngste „Eurobarometer“ hat mit Blick auf die Asylbewerber, Flüchtlinge und Zuwanderer die ideologische Befindlichkeit der Bevölkerung untersucht. Auffallend ist eine breite rassistische Grundhaltung. 61 Prozent der Deutschen lehnen Einwanderer aus Ländern außerhalb der EU ab. In der EU sind es durchschnittlich 57 Prozent. Schweden: 25 Prozent, Großbritannien: 57 Prozent, Frankreich: 58 Prozent. Die deutsche Ablehnung wird in Lettland mit 79 Prozent übertroffen, in Italien mit 75 Prozent und in der Slowakei mit 74 Prozent.

Illegale Einwanderung aus diesen Ländern wollen 81 Prozent der Deutschen stärker bekämpft sehen. Jeder zweite Deutsche sieht die Einwanderung aus EU-Ländern positiv. Der EU-Durchschnitt liegt bei 52 Prozent. Noch vor dem Schuldenberg gilt die Einwanderung in den Köpfen als Gefahrenpotential. Für die Ablehnung der Flüchtlinge steht neben der Herkunft die kapitalistische Verwertbarkeit. Der Bielefelder Sozialpsychologe Andreas Zick in der *Westdeutschen Zeitung:* „In Deutschland wird eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft von Zuwanderern aufgemacht.“ Unterschieden werde „zwischen ‚passenden' und ‚unpassenden' Zuwanderern – zwischen den ‚guten' und den ‚weniger guten'.“ Herkunft, Hautfarbe und Religion sind die Auswahlmerkmale. Ein weiteres Merkmal ist die ökonomische Verwertbarkeit: Krankenschwestern sind „gut“, ebenso „Gastarbeiter auf Zeit“, Inhaber von Green-Cards. Der ehemalige NRW-Ministerpräsident toppte schon vor 15 Jahren die Selektionskriterien: „Kinder statt Inder!“.

Auch die Auswahl der Unterkünfte der Flüchtlinge unterliegt Klassengesichtspunkten. Zuvor müssen sie allerdings vorbei an Frontex (European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union) und Eurosur (European Border Surveillance System) die Außergrenzen von Griechenland, Italien oder Spanien überwunden haben oder – zum Beispiel: Flüchtlinge aus dem Kosovo – die Binnengrenzen zwischen Bayern und den Nachbarländern. Dort greift die Bundespolizei zu.

Während von den Stadtverwaltungen dringend Wohnraum für Flüchtlinge gesucht wird, gibt es keine gesetzliche Grundlage, mit der die Kommunen flächendeckend leere Wohnungen erfassen können. Für Düsseldorf wurde 2012 eine Leerstandsquote von 4,09 Prozent ermittelt. Als Datengrundlage diente die Erfassung abgestellter Stromzähler durch den Energieversorger „Stadtwerke“. In absoluten Zahlen: Über Monate standen fast 15 000 Wohnungen leer. Diese Zahl hätte – selbst nach der offiziellen Verteilungsquote gemäß dem Königsteiner Schlüssel im Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) – ausgereicht, um alle Flüchtlinge angemessen unterzubringen.

Es gibt allerdings auch Wohnungen, die stehen leer und dennoch schwer zu verkaufen sind Da ist zum Beispiel das Objekt „4Cube4you“ in Düsseldorf. Es gehört zum Preissegment zwischen 5 000 Euro und mehr pro Quadratmeter. Die Wohnungen lassen sich leer und ohne die Imagination von Möbeln schlecht an den Käufer bringen. Wie in Berlin Arbeiterfamilien in der Gründerzeit Wohnungen „trockenwohnen“ durften, könnten hier Asylbewerber einquartiert werden: Home staging heißt dieses smarte Gewerbe, das mit Möbeln Scheinwelten in Luxuswohnungen einlagert. Allerdings: Asylanten passen nicht in diese Welt. Home Stagerin Mayte König Garcia-Cano Luna zieht in der *Rheinischen Post* den Vergleich zum Hotelzimmer: „Wenn man das bezieht, dann weiß man auch, dass hier kurz zuvor noch jemand anderes war. Aber es stört einen nicht, weil man keine direkten Spuren sieht. Und so muss es bei einer noch bewohnten Wohnung oder einem Haus sein.“ Allein der Anblick einer Flüchtlingsfamilie in der Nobeletage dürfte ein integrationshemmendes Kaufhindernis sein …

Da gibt es andere Möglichkeiten für den richtigen Platz für die richtigen Leute. In Mönchengladbach kommen 50 Asylbewerber in einen leeren Aldi-Markt. Vor das Haus kommen die Einrichtungen, die es im Haus nicht gibt: mobile Toiletten und Nasszellen. Ähnlich persönlich geht es im Laden zu: Die „Lebensbereiche“ werden durch Stellwände separiert. Sie bleiben zur Decke hin offen.

Und es gibt noch andere Möglichkeiten: Die DKP schrieb an die evangelische Kirchengemeinde Gerresheim, die sich sehr für die bisherigen Flüchtlinge engagiert hat. Auf den ehemaligen Gärten im „Hippeland“ an der Torfbruchstraße hat die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen (KZVK) damit begonnen, zwei Häuser mit je 22 Wohnungen und weitere 34 Reihenhäuser zu bauen. KZVK-Vorstand Wolfram Gerdes will „für ganz normale Leute und Familien“ bauen. Die Häuser werden zwar erst im September 2016 fertig. Die DKP geht allerdings davon aus, dass die Wohnungsproblematik der Asylbewerber sich bis dahin nicht im Selbstlauf gelöst haben wird. Außerdem hätte die Stadt als Mieter einen hinreichenden Zeitvorlauf, um die passenden Verträge mit der KZVK abzuschließen.

Uwe Koopmann

Brunsbüttel muss schließen

Sicherheitsmängel bei Zwischenlager für Atommüll bestätigt

Dieses Gerichtsurteil wird zur Zäsur für die gesamte Atomenergienutzung und Atommülllagerung in Deutschland: Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig hat ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Schleswig bestätigt, wonach dem Zwischenlager Brunsbüttel die Genehmigung entzogen wird. Die Lagerung von Atommüll ist dort seitdem nur noch aufgrund einer atomrechtlichen Anordnung von Schleswig-Holsteins Energieminister Habeck bis 2018 möglich.

Die Situation, dass die Lagerung von hoch radioaktivem Atommüll nur noch per Notverordnung weitergehen könne, zeige wie unverantwortlich der Betrieb von Atomkraftwerken sei, kommentiert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) das Urteil. Das gelte vor allem, weil es keine wirkliche Lösung für die gesamte Lagerung des Atommülls gebe.

Der BUND macht auf die Bedeutung des Urteils aufmerksam: Ausschließlich alle Zwischenlager an Standorten von Atomkraftwerken weisen dieselben Defizite beim Sicherheitsnachweis auf. Es müsste dringend der Nachweis erbracht werden,

Zäsur für die gesamte Atomenergienutzung

dass diese Lager den Anforderungen des Urteils des OVG Schleswig etwa zur Terrorsicherheit genügen, so der BUND weiter.

Es werde ebenso immer deutlicher, dass Atomenergie und Rechtsstaat nicht miteinander vereinbar seien, sollte es nicht gelingen, die Sicherheitsüberprüfung offen und für die Öffentlichkeit und die Gerichte überprüfbar zu gestalten.

Geklagt hatte eine Anwohnerin und diese argumentierte, dass die Sicherheit des Castor-Lagers nicht nachgewiesen sei. Das Bundesamt für Strahlenschutz habe bei seiner Genehmigung im Jahre 2003 nicht die Folgen von Flugzeugabstürzen geprüft, ebenso wenig wie die Auswirkung des Einsatzes von modernen panzerbrechenden Waffen. Das OVG Schleswig folgte mit seinem Urteil im Sommer 2013 dieser Argumentation und stellte fest, dass in beiden Fällen weitergehende Prüfungen durch das Bundesamt hätten durchgeführt werden müssen. Insgesamt stellte das Gericht fest, dass mehrere sicherheitsrelevante Aspekte nicht ausreichend oder sogar fehlerhaft geprüft worden seien.

Foto: vattenfall 2015

Damit soll ab 2018 Schluss sein. Vattenfall hantiert in Brunsbüttel mit einem Castor-Behälter.

Während des Gerichtsprozesses hatte sich ein weiteres schwerwiegendes Problem gezeigt: Die Genehmigungsbehörde hatte versucht, zahlreiche – auch nachträgliche – Maßnahmen und Gutachten dem Gericht vorzuenthalten. Warum für die Prüfung wichtige Unterlagen zurückgehalten werden sollten, begründete des Bundesamt für Strahlenschutz mit dem Argument des Geheimnisschutzes. Das Gericht sprach daraufhin von einem schweren Dilemma, einerseits Sicherheit überprüfen zu müssen, andererseits die dafür notwendigen Unterlagen nicht einsehen zu können. Der BUND ist deshalb der Meinung, dass Atomenergie und Rechtsstaat nicht vereinbar seien: Wichtige Aspekte der atomrechtlichen Sicherheitsfragen werden so der rechtsstaatlichen Überprüfung durch Öffentlichkeit und Gerichte entzogen.

Mit dem Urteil steht die Frage der Lagerung von Atommüll wieder weit oben auf der Tagesordnung. Nachdem gesetzlich verboten wurde, den aufbereiteten Atommüll in Gorleben zu lagern, wurden insgesamt drei Ersatzlager benötigt. Das Standortlager Brunsbüttel war eines der drei, an denen die aus Frankreich oder England kommenden Castoren gelagert werden durften.

Auch wenn das Urteil unmittelbar nur Brunsbüttel betrifft, geht der BUND von weiterreichenden Folgen aus: Da alle Standort-Zwischenlager im gleichen Zeitraum geplant, genehmigt und gebaut wurden, sei davon auszugehen, dass die vom OVG festgestellten Defizite bei den Sicherheitsnachweisen für alle Zwischenlager bestehen. Folgerichtig sei, dass die Genehmigungen aller Zwischenlager aufgehoben werden und die Sicherheit in einem neuen Verfahren überprüft wird. Das gelte für alle standortnahen Zwischenlager, so der BUND, aber auch die Sicherheit der zentralen Zwischenlager Gorleben, Ahaus und Lubmin müsse untersucht werden. Deren Sicherheit dürfte wesentlich schlechter sein, meint der BUND.

Bernd Müller

„Pegada, Pegida, Endgame“

Thüringer Zustände – Rechte Aufmärsche und neofaschistische Strukturen

Seit längerem ist Thüringen Schauplatz rechter Aufmärsche. Alles begann mit Demonstrationen im Vorfeld der Thüringer Landtagswahl, die sich zunächst gegen die aktuelle Rot-Rot-Grüne Landesregierung und im besonderen gegen den aktuelle Ministerpräsidenten Bodo Ramelow richteten. Auf dem Erfurter Domplatz versammelten sich im Herbst 2014 mehrere Tausend Menschen, um gegen eine vermeintlich drohende „Rückkehr der DDR“ zu protestieren. Kurz darauf fand eine ähnliche Kundgebung vor dem Erfurter Landtag statt, an der jedoch nur noch einige hundert Demonstranten teilnahmen. Der auf beiden Veranstaltungen ebenfalls anwesende linke Gegenprotest blieb in der Minderheit. Auf beiden Zusammenkünften von rechten Demokraten, Konservativen sowie linken Gegendemonstranten wurden darüber hinaus auch organisierte Neofaschisten beobachtet.

Am 24.01.15 fand in Erfurt dann ein weiterer rechter Aufmarsch statt. Die Vereinigung „Pegada“ (Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes) rief im Sinne der Pegida gegen eine vermeintliche „Amerikanisierung“ unter dem Motto „Endgame“ (Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas) auf. Auch hier gab es Gegenproteste, die allerdings sehr diffus waren, wie das Publikum der Endgame-Demo. Während auf der Seite von Endgame zahllose Nationalflaggen wehten und Friedensbewegte neben rechten Hooligans liefen, wurden auf der Gegendemonstration Israel-, USA und EU-Fahnen gezeigt.

Was rechte Umtriebe und Mobilisierungen angeht, hat Thüringen allerdings noch einiges mehr zu bieten: Der in Deutschland derzeit womöglich größte und am regelmäßigsten stattfindende Naziaufmarsch findet zur Überraschung nicht in Dresden oder Magdeburg, sondern in der Südthüringer Kleinstadt Suhl statt.

Nazi-Aufmarsch in Suhl

Das seit sieben Wochen aufmarschierende rechte Bündnis „Südthüringer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Sügida) rief auch diesen Montag wieder zur Demonstration in Suhl auf. Zu Gegenprotesten mobilisiert seit ebenfalls sieben Wochen ein breites Bündnis aus Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, antifaschistischen Verbänden und einzelnen Antifa-Gruppen. Doch was ist das besondere an Sügida? Der Thüringer Ableger unterscheidet sich deutlich von der ursprünglichen Formation aus Dresden: Sügida setzt sich hauptsächlich aus gewaltbereiten und organisierten Neofaschisten zusammen, die unter anderem aus dem Umfeld der NPD, dem BZH (Bündnis Zukunft Hildburghausen) und der rechten Splitterpartei „Der Dritte Weg – National, Revolutionär, Sozialistisch“ zusammen, deren Mitglieder überwiegend aus dem aktionsorientierten Kameradschaftsumfeld stammen. Dass die Stadt jede Woche einen besonders radikalen, offen rassistischen und durch Neonazis dominierten Aufmarsch erlebt, merkten die anfangs noch mitlaufenden „besorgten Bürger“, recht schnell. Auch der Thüringer Verfassungsschutz stufte Sügida bereits im Vorfeld ihrer Aktivitäten als „von Rechtsextremen gesteuert“ ein.

Die Sügida-Aufmärsche, die unter anderem von der bekannten Suhler Neofaschistin Yvonne Wieland angemeldet werden, ziehen, auch bei derzeit leicht sinkenden Teilnehmerzahlen, weiterhin Neonazis aus dem Thüringer Hinterland an. Einer von ihnen ist Tommy Frenck, der im Hildburghausener Kreistag für das rechte Bündnis „Zukunft für Hildburghausen“ sitzt. Frenck machte in jüngster Zeit vor allem durch seine Suche nach Immobilien Schlagzeilen – für in Südthüringen regelmäßig stattfindende Rechtsrock-Konzerte. Dieser systematische Aufbau von Infrastruktur macht deutlich, wie sehr neofaschistische Strukturen in Thüringen verankert sind. Für den 15. März hat sich der nächste rechte Aufmarsch angekündigt. Das rechte Hooligan-Bündnis HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) mobilisiert in die Landeshauptstadt Erfurt. Zu Gegenprotesten wird ebenfalls bundesweit aufgerufen. Mit HoGeSa kommt also ein weiterer und vermutlich ähnlich gewaltbereiter rechter Aufmarsch nach Thüringen. Das Erfurter Bündnis „Platzverweis für rechte Hooligans“ mobilisiert großflächig und plant den Aufmarsch der rechten Hools zu blockieren. Für Antifaschisten und Linke stellt sich in Thüringen seit längerem die Frage nach neuen Organisationsstrukturen, die über die reine Reaktionspolitik hinausgehen. Doch es mangelt an konkreten Konzepten und Handlungsorientierungen.

Mario Ottaiano

Siehe auch: http://platzverweis.noblogs.org/aufruf/.

Erfolgreicher Protest gegen Sammelabschiebung

Am 24. Februar wurden zum wiederholten Mal Menschen vom Baden-Airpark (Flughafen Karlsruhe Baden) in einer Chartermaschine abgeschoben. Das Bürokratendeutsch nennt so etwas Sammelabschiebung.

Mehrere Gruppen aus Freiburg, Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe haben in den jeweiligen Städten und am Baden-Airpark gegen die Abschiebungen demonstriert. In Heidelberg konnten durch den Protest von 170 Menschen, Abschiebungen verhindert werden. Ab ein Uhr Nachts harrten Flüchtlingsunterstützer vor einer dortigen Unterkunft aus, um sich der Polizei und den Mitarbeitern der Ausländerbehörde in den Weg zu stellen. Durch die Blockade konnten keine Menschen aus dem Wohnheim geholt werden.

In den Morgenstunden versammelten sich außerdem rund 40 Aktivisten am Baden-Airpark, wo am Vormittag die Busse mit den von Abschiebung betroffenen Menschen eintrafen. Auf den Versuch die Busse an der Einfahrt zum Flughafengelände zu hindern, reagierte besonders eine Polizeieinheit aus Sachsen äußerst aggressiv. Die „Libertäre Gruppe Karlsruhe“ berichtet, dass ein Busfahrer einen Aktivisten anfuhr. Außerdem sei ein Mann trotz ärztlich attestierter Reiseunfähigkeit abgeschoben worden. Der Betroffene sei auf dem Weg zu seiner am selben Tag anstehenden stationären Behandlung von der Polizei „abgefangen“ worden. (bern)

Versammlungsfreiheit bei „Blockupy“ ermöglichen

Mit einem Offenen Brief hat sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie im Vorfeld der für den 18. März geplanten „Blockupy“-Aktionen an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Peter Feldmann, gewandt. Der Oberbürgermeister hatte dem Grundrechtekomitee noch im November 2014 in einem Antwortbrief auf die Ankündigung einer Demonstrationsbeobachtung versichert, dass er sich der besonderen Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit bewusst sei.

Das Grundrechtekomitee fordert ihn nun angesichts fehlender Übernachtungsmöglichkeiten für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den „Blockupy“-Protesten gegen die EZB-Eröffnung auf, sich für Angebote und Verhandlungen einzusetzen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit werde nur dann geschützt und geachtet, wenn für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an einer europaweiten Demonstration auch Möglichkeiten zur Übernachtung vorhanden sind, so das Grundrechtekomitee. „Für andere Großveranstaltungen wie Kirchentage, Sportfeste etc. hat die Stadt Frankfurt Räume für diese Grundbedürfnisse zur Verfügung gestellt. Es sollte selbstverständlich sein, dass dies auch rund um die Demokratie-Tage von Blockupy möglich ist.

Die Stadt sollte froh sein, dass es ein solches demokratisches Engagement gibt und alles dafür tun, eine friedvoll-demokratische Auseinandersetzung um diese Politik zu fördern. Nicht nur die herrschenden Eliten, Geld, Banken und insbesondere die EZB, dürfen in Frankfurt erwünscht sein, sondern auch die Menschen, die die Auswirkungen der neoliberalen Verarmungspolitik thematisieren, müssen einen Ort in dieser Stadt haben“, stellte Dr. Elke Steven, Referentin im Komitee für Grundrechte und Demokratie, weiter klar. (bern)

CDUler fordert Verbot von „Die Rechte“

Die Forderungen, die neofaschistische Partei „Die Rechte“ zu verbieten, werden lauter. Ende der Woche sprach sich nun auch der Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Hoffmann für ein Verbot aus. Die Organisation sei ein Auffangbecken für die ehemaligen Mitglieder der verbotenen rechtsextremen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“, so der CDU-Innenpolitiker. Den Verbotsantrag im Bundestag würde er „mit Freude“ persönlich unterstützen. Es gebe Anzeichen, dass sich „unter dem Deckmantel des Parteienrechts in Dortmund eine kriminelle Vereinigung gruppiert habe“, warnte Hoffmann weiter. (bern)

Nationalismus als Motiv?

Nach dem kaltblütigen Mord an dem russischen Oppositionellen Boris Nemzow haben die Behörden einen Sonderermittler eingesetzt. General Igor Krasnow, ein Experte für die Aufklärung von Verbrechen mit nationalistischem Hintergrund, soll eine zwölfköpfige Sonderkommission in dem Fall leiten.

Die Ernennung Krasnows dürfte Hinweise auf die Stoßrichtung der Ermittlungen geben, meinten Kommentatoren. Demnach könnte der Fall Nemzow möglicherweise als Tat von Nationalisten gesehen werden, die aus Hass auf die prowestliche Opposition gehandelt haben könnten. Andere Theorien der Ermittler schließen einen Zusammenhang mit der Ukraine-Krise oder eine Tat islamistischer Extremisten nicht aus.

Der 55-jährige Nemzow war am späten Abend des 27. Februar mit vier Schüssen in den Rücken auf einer Brücke in Kremlnähe getötet worden. Nemzow starb am Tatort. Der Täter entkam unerkannt.

Siehe Kommentar Seite 7

Vergessen

Portugals Ministerpräsident Pedro Passos Coelho ist in die Kritik geraten, weil er mehrere Jahre keine Abgaben an die Sozialversicherung gezahlt hatte. Die Parteien der Linksopposition forderten ihn auf, vor dem Parlament zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Passos Coelho hatte in den Jahren 1999 bis 2004 die fälligen Sozialabgaben nicht gezahlt.

Wahlen unter Druck

Die Regierungskoalition in Estland hat ihre absolute Mehrheit eingebüßt. Die liberale Reformpartei von Regierungschef Taavi Rõivas und die mitregierenden Sozialdemokraten verloren insgesamt sieben Mandate. Die Reformpartei bleibt jedoch stärkste Kraft im Parlament und Rõivas dürfte auch der künftige Regierungschef sein. Allerdings stehen schwierige Koalitionsverhandlungen bevor.

Nach dem vorläufigen Endergebnis kommt die Reformpartei auf 30 von 101 Sitzen. Dahinter folgt die eher linksgerichtete Zentrumspartei (27 Sitze) vor den mitregierenden Sozialdemokraten mit 15 Sitzen. Eine Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei schloss Rõivas aus. Stammwähler der Zentrumspartei sind Angehörige der russischen Minderheit Estlands, die etwa ein Viertel der rund 1,3 Millionen Einwohner ausmacht.

Die Wahl stand unter dem Eindruck der Ukraine-Krise. Während die bisherige Regierung auf stärkere NATO-Präsenz drängt, plädiert die Zentrumspartei für mehr Dialog mit Moskau.

Poroschenko bleibt kriegsbereit

Die „Verteidigungsfähigkeit" der Streitkräfte müsse dauerhaft gestärkt werden, sagte der ukrainische Präsident Poroschenko am vergangenen Freitag in Kiew. „Unsere Soldaten sind zu jedem Zeitpunkt bereit, die Kriegstechnik wieder in Stellung zu bringen", betonte er.

Die vor gut zwei Wochen ausgerufene Waffenruhe im Kriegsgebiet erwies sich weiterhin als brüchig. Bei Schusswechseln seien innerhalb von 24 Stunden drei Soldaten getötet worden, sagte der ukrainische Militärsprecher Andrej Lyssenko. Am völlig zerstörten Flughafen von Donezk waren nach Angaben des Stadtrats Artilleriesalven zu hören.

Das Militär und die Aufständischen setzten den Abzug schwerer Waffen fort, wie die OSZE bestätigte.

Die NATO betreibt eine massive antirussische Propaganda, um ihre eigene aggressive Politik und militärische Aufrüstung zu rechtfertigen und den Ausbau des militärischen Potenzials der NATO zu begründen – mit diesem Statement kommentierte das russische Außenministerium die jüngste Äußerung von USA-General Philip Breedlove. Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa hatte Russland vorgeworfen, „eingefrorene" Konflikte als politisches Druckmittel auf ehemalige Sowjetrepubliken zu nutzen.

Chávez lebt, der Kampf geht weiter

Venezuela: Bilder fälschen, Waren zurückhalten, Putsch planen – „wann macht das venezolanische Volk Schluss damit?"

Ein verrückter Diktator, brutale Repression gegen Studierendenproteste, Mangel an allen Ecken – so das Bild von Venezuela, das in den großen deutschen Medien präsentiert wird. Und die imperialistischen Angriffe gegen die bolivarische Republik nehmen weiter zu. Deshalb organisiert der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) im 70. Jahr seiner Gründung eine Kampagne in Solidarität mit dem bolivarischen Prozess. Über 50 Delegierte aus 25 Ländern aller Kontinente beteiligten sich an einer Solidaritätsmission, die vom 20.–28. Februar in Caracas stattfand. Darunter auch die SDAJ.

Foto: jcv

Ehrenwache am Grab von Hugo Chávez. Die Reaktion wollte seinen Tod nutzen, um dem bolivarischen Prozess ein Ende zu bereiten.

Die Bilder der Proteste in Venezuela Anfang 2014 gingen um die Welt – Studenten auf der Straße, brutale Polizeigewalt. Das Problem: Sie waren nicht echt. Die venezolanische Regierung hat eine ganze Sammlung von Fälschungen öffentlich gemacht – oftmals wurden einfach entsprechende Aufnahmen aus anderen Ländern, zum Beispiel Chile, veröffentlicht.

Ich sitze in einem Café in einem der reicheren Teile von Caracas. Plötzlich findet sich eine Demo zusammen. Es sind vielleicht 50 Leute, die eine Stunde den Verkehr blockieren. Zehn Nationalgardisten stehen daneben und schauen sich das an. In Venezuela ist das kein Grund einzugreifen. In Deutschland wäre das anders.

Eine Venezolanerin erzählt mir, dass die Proteste im vergangenen Jahr oft ähnlich groß waren. In gerade einmal sechs von über 300 Bezirken Venezuelas gab es sie. 43 Menschen verloren bei den „guarimbas" ihr Leben. Sechs davon durch staatliche Sicherheitskräfte. Die dafür verantwortlichen Polizisten sitzen alle in Haft.

„Wenn dieser Protest friedlich gewesen wäre, hätte ich heute einen Freund, der da ist, wenn ich aufwache", berichtet eine Nationalgardistin, die ihren Mann verlor, weil er einen verletzten Jungen retten wollte. Andere starben, weil sie Barrikaden entfernen wollte. Ein Motorradfahrer wurde durch ein Stahlseil geköpft, das über die Straße gespannt war.

Die Guarimbas waren keine studentische Massenbewegung. Die venezolanische Reaktion hatte die Präsidentschaftswahl verloren, wollte aber die Zeit unmittelbar nach Chávez' Tod nutzen, um dem bolivarischen Prozess ein Ende zu bereiten. Sie griffen Gesundheitszentren für Kinder an, Demonstrationen der Linken und initiierten eine internationale Medienkampagne gegen Venezuela. USA, Spanien, Deutschland und andere imperialistische Staaten mischen kräftig mit – mit ihren Medienkonzernen, mit Geldern ihrer „Hilfsorganisationen" oder mit Paramilitärs aus Kolumbien.

„Bis wann werden wir ihre Aktivitäten dulden? Wann macht das venezolanische Volk endlich Schluss damit?", fragt ein Vater, der seinen Sohn verlor.

„Putschisten" schallt es von den Besuchertribünen der Nationalversammlung. Thema ist ein Plan zur Transformation, der Bestandteil eines neuen Putschversuchs war. Inklusive der für den 12. Februar 2015 geplanten Bombardierung des Präsidentenpalasts. „Ihr werdet uns Maduro nicht nehmen – auch keine 48 Stunden", macht die Regierung deutlich. 2002 war ein Putschversuch durch das Volk in kurzer Zeit unterbunden worden. Und dennoch: die Angriffe des Imperialismus dauern an. Sanktionen werden verhängt, die Reaktion finanziert faschistische Organisationen. Immer wieder hören wir in deutschen Medien, was man in Venezuela alles nicht kaufen könne: Kaffee, Seife, Toilettenpapier. Die Regierung habe abgewirtschaftet, was auch die enorme Inflation zeige. Es ist nicht alles falsch, was die *Tagesschau* zeigt. Es stimmt: Es gibt lange Schlangen in Supermärkten, mal fehlt eine Woche der Kaffee, mal die Milch, mal die Seife. Merkwürdig nur, dass in der Woche danach alles in großer Mengen wieder da ist. Denn was man hier nicht hört: Es gibt all diese Sachen. Aber sie liegen in den Händen weniger privater Hersteller und Händler. Von einem Wirtschaftskrieg spricht daher die Regierung, der mit einem Medienkrieg einhergeht. Und die Gefahr einer offenen Intervention, wenn die bisherigen Mittel nicht reichen, bleibt.

Viel wird in Deutschland über Linksregierungen diskutiert, ebenso viel von der Sozialistischen Partei Venezuelas über Sozialismus geredet. Ohne Zweifel: Die Erfolge des bolivarischen Prozesses sind beeindruckend. Millionen Menschen aus der Armut geholt, umfassender Aufbau sozialer Absicherung, Zugang zum Bildungssystem und zur medizinischen Versorgung für alle, Wohnungsbauprojekte. Heute gehen in Venezuela 10 Millionen Menschen zu Schule oder Uni, in Krisenzeiten werden der Mindestlohn angehoben und der Bau von 3 Millionen neuer Wohnungen beschlossen. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 30 Millionen Menschen. „Wir wollen der Jugend der Welt eine Alternative aufzeigen", erklärt Bildungsminister Rodriguez. „Der Mensch kann unter anderen Bedingungen leben als in der kapitalistischen Realität". Und dennoch: Venezuela ist kein Beispiel für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Im Gegenteil: Was Teile der nationalen Bourgeoisie am Anfang vielleicht noch mitgemacht haben, wird ihnen jetzt zu teuer. Und antiimperialistische Politik ohne Kontrolle über die ökonomische Basis gerät schnell an ihre Grenzen. Das venezolanische Volk hat den Weg begonnen, seine Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Die Kommunisten, die sich bewusst nicht an der Regierung beteiligen, unterstützen die Regierung – es hängt viel ab von diesem Prozess, nicht nur für Venezuela. Aber sie verheimlichen ihre Position nicht. Sie stehen für den Aufbau einer breiten revolutionären Volksfront. Denn auch in Venezuela wird es eine wirkliche nationale Befreiung erst im Sozialismus geben.

Wir stehen vor Chavez' Sarg. Es ist die Zeit der Wachablösung. Für viele sicherlich eine merkwürdige Tradition. Aber das hier ist beeindruckend, spätestens bei dem gemeinsamen Ruf „¡Chávez vive – la lucha sigue!". „Ihr braucht keine Angst zu haben", sagt die ältere Venezolanerin neben mir. Sie hat Tränen in den Augen. „Die Imperialisten haben Macht und Geld, aber sie haben keine Chance gegen uns". „Wir lassen uns nicht unterkriegen", ergänzt ihr Mann. „Die für das Leben sterben, kann man nicht tot nennen", sang Ali Primera. Die venezolanischen Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen sind bereit, das Leben mit ihrem Leben zu verteidigen. „Wir sind auf alles vorbereitet – komme, was wolle" erklären uns Kommunistische und Sozialistische Partei. Dafür brauchen sie unsere Solidarität. Die Solidaritätsmission in Caracas ist beendet, aber die Arbeit hat gerade erst begonnen: Dem venezolanischen Volk zu helfen, heißt den Imperialisten dort das Handwerk zu legen, wo sie zu Hause sind. Zum Beispiel in Deutschland. **Max Matthes**

Österreich gehört zum Islam

Ungleichheit per Gesetz

Das erste österreichische „Islamgesetz" wurde noch von Kaiser Franz Josef I. erlassen, als dieser noch bosnisch-herzegowinische Muslime als Untertanen hatte. Aber schon in der hitzig geführten Debatte der letzten Monate wurde klar, dass es bei dem nun verabschiedeten neuen Islamgesetz nicht bloß darum geht, die gesetzlichen Grundlagen für die islamischen Religionsgemeinschaften zeitgemäßer zu gestalten. Ziel des Gesetzes sollte sein, so der auch für „Integration" zuständige konservative Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP), „Radikalisierung" zu verhindern, potenziellen „Dschihadisten" das Handwerk zu legen und die „Integration" von Muslimen und Musliminnen zu fördern. Sicherheits- und Sozialpolitik, Bildung und Jugendarbeit, Sprachkenntnisse und die ominösen „europäischen Werte" – kaum ein Thema wurde in der Debatte ausgelassen. Bloß warum sie alle in ein Gesetz einfließen sollten, das eigentlich bloß die rechtliche Grundlage der Religionsausübung klären sollte, blieb unklar.

Tatsächlich stellt das neue Islamgesetz einen Dammbruch im Verhältnis des Staates zu den österreichischen Muslimen dar. Mit Ausnahme des Katholizismus, der in Österreich eine Sonderstellung genießt, waren die Religionsgemeinschaften bisher weitgehend ähnlich reguliert – nämlich kaum. Mit dem Islamgesetz wird nun eine einzelne Religion weitaus stärkerer staatlicher Kontrolle unterworfen. Verglichen mit jüdischen oder christlich-orthodoxen Gemeinschaften werden Muslime als spezieller „Problemfall" behandelt und unter Generalverdacht gestellt. So verlangt das Gesetz ihnen eine „positive Grundeinstellung gegenüber Gesellschaft und Staat" ab und betont, dass sie sich an die österreichische Rechtsordnung zu halten haben – als müssten Muslime gesondert daran erinnert werden. Mit dem Verbot der Auslandsfinanzierung und dem Gebot, dass Muslime „ihre Lehren und ihre wesentlichen Glaubensquellen" in deutscher Sprache darzulegen haben, greift der Staat in die inneren Angelegenheiten einer Glaubensgemeinschaft ein – während solche Regeln für andere Religionsgemeinschaften nicht gelten.

Foto: Hafelekar/wikimedia.org/CC BY 3.0

„Islam österreichischer Prägung": Minarett in Tirol.

Die Absicht hinter all dem ist, einen „Islam österreichischer Prägung" (Kurz) zu schaffen. Praktisch bedeutet dies, dass die österreichische Regierung eine Art muslimischer Staatskirche schafft. Das Islamgesetz sieht nämlich vor, dass sich alle islamischen Vereinigungen in die Institutionen der beiden islamischen Glaubensgemeinschaften – der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) oder der weitaus kleineren Alevitischen Gemeinschaft – eingliedern müssen. Wer sich weigert, wird behördlich aufgelöst.

Das Parlament hat das Gesetz bereits beschlossen. Die Kontroversen um das Islamgesetz sind damit aber nicht vorbei. Sie haben auch eine neue Generation junger, politisch selbstbewusster Musliminnen und Muslime auf den Plan gerufen, die sich nun auch gegen die Oberen der IGGiÖ wenden.

Benjamin Opratko

Gegen die Achse der Austerität

Griechenland: Demonstration der KKE, Kritik in Syriza

Nach der Verlängerung des „Hilfsprogramms“ für Griechenland gehen die Auseinandersetzungen darum weiter: Ist die Einigung ein Erfolg für die griechische Regierung? Hat Syriza die Möglichkeit, soziale Verbesserungen durchzusetzen? Ja, sagt Finanzminister Varoufakis: Die Reformliste seiner Regierung sei absichtlich in „produktiver Undeutlichkeit“ gehalten, damit die „Partner“ ihr zustimmen könnten. Ministerpräsident Tsipras verwies darauf, dass die Einigung zwar ein Erfolg sei, dass Griechenland aber „einer Achse von Mächten“ gegenüberstehe – an ihrer Spitze die Regierungen Spaniens und Portugals –, die die Einigung hintertrieben hätten, um ihre eigene Position zu sichern. Denn beide Regierungen hatten schon in der Vergangenheit die EU-Politik des Spardiktats unterstützt. Gleichzeitig kündigte die Regierung an, am 5. März die ersten Gesetzentwürfe zur Linderung der „humanitären Krise“ vorzulegen – unter anderem soll die Ausgabe von Essenmarken an arme Haushalte beschlossen werden.

In einer neuen Meinungsumfrage erklärten 42 Prozent der Befragten ihre Unterstützung für Syriza – eine deutliche Steigerung gegenüber dem Wahlergebnis vom Januar. Aus der „Linken Plattform“ in Syriza, die beim Parteitag 2013 knapp ein Drittel der Stimmen für ihre Kandidaten bei der ZK-Wahl erhielt, gibt es dagegen Kritik an der Einigung zwischen griechischer Regierung und Eurogruppe. Auf der Tagung des Zentralkomitees von Syriza am vergangenen Wochenende stand ein Antrag dieser Gruppe zur Abstimmung, der sich gegen die Einigung mit der Eurogruppe positionierte – 68 von 175 ZK-Mitgliedern, 41 Prozent, stimmten für diesen Antrag.

Der Komponist Mikis Theodorakis zeigte sich enttäuscht darüber, „dass das neue Parlament das Bestehen eines Memorandums zulässt, das uns Schande bereitet und uns erniedrigt“. Und er fügte hinzu: „Ich grüße die Versammlung auf dem Syntagma-Platz für die Aufhebung des Memorandums.“

Zu dieser Demonstration am 27. Februar hatte die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) aufgerufen. Sie brachte einen Gesetzentwurf ins Parlament ein, der vorsieht, sämtliche Regelungen und Verordnungen der Sparpolitik der letzten Jahre zu beseitigen und damit das Memorandum tatsächlich abzuschaffen. „Diese Gesetzesinitiative“, so die KKE, „unterstützt den Kampf der Arbeiter und des Volkes, um den gesamten, gegen die Arbeiter und das Volk gerichteten Rahmen (des Memorandums) zu zerbrechen um das zurückzugewinnen, was sie in den letzten Jahren der Krise verloren haben. Diese Forderungen hat die Koalitionsregierung nun aufgegeben – selbst in ihren Losungen.“ Einen ähnlichen Gesetzentwurf hatte die KKE bereits vor der Bildung der Syriza-ANEL-Regierung eingebracht. Damals hatte Syriza ihm zugestimmt, diesmal gab es nur vereinzelte Stimmen in der Partei, die eine erneute Zustimmung forderten.

Olaf Matthes

Neutralitätsgebot soll ausgehebelt werden

Interview mit Victor Degiovanni, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Maltas (Partit Komunista Malti – PKM)

UZ: *Malta wird von der Labour-Partei regiert. Was ist deren Antwort auf die anhaltende Krise in der EU und in Malta?*

Victor Degiovanni: Die Antwort auf deine Frage ist, dass die Europäische Union insgesamt gegen die Arbeiterklasse arbeitet, wie sie auch den Neoliberalismus durchsetzt. Die Labour Party Maltas spricht gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Block im Europäischen Parlament von Wirtschaftswachstum, aber im Endeffekt unterstützt sie neoliberale Politik. Aktuelle Statistiken zeigen, dass alles in allem die Menschen in Europa immer ärmer werden und die Arbeitsplatzsicherheit abnimmt. Die Labour-Partei in Malta hat sich gegenüber früheren Labour-Regierungen hin zu Mitte-Rechts entwickelt. Beispiele wie die Weigerung, den nationalen Mindestlohn zu erhöhen, Steuersenkungen für die Reichen, die Privatisierung der Energieproduktion zeigen eindeutig, wo die Labour Party heute steht.

UZ: *Ein wichtiges Thema der aktuellen maltesischen Politik ist die Sicherung der „Neutralitätsklausel“ in der Verfassung. Sagst du uns etwas zum Hintergrund?*

Victor Degiovanni: Zu dieser Frage muss ich den historischen Hintergrund erklären. Seine geographische Lage macht Malta strategisch bedeutsam, sowohl militärisch wie politisch. Maltas lange Geschichte als Kolonie überspannt mehr als acht Jahrhunderte. Nach dem Ende der napoleonischen Ära war Großbritannien bis 1964 die letzte Kolonialmacht. Die Briten waren militärisch stark präsent. Die meisten Arbeitskräfte waren entweder beim Militär oder als Zivilarbeiter auf dem Stützpunkt beschäftigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Malta auch noch NATO-Basis.

1971 gewann die Labour-Party die Parlamentswahlen und setzte auf eine Strategie, die Maltas Wirtschaft durch Konzentration auf Reparatur von Schiffen, Tourismus und Leichtindustrie aus der Abhängigkeit von Dienstleistungen für das Militär lösen sollte. Diese Regierung führte Reformen durch und ersetzte Maltas monarchistische Verfassung durch eine republikanische. Einer der Artikel dieser neuen Verfassung enthielt eine Neutralitätsverpflichtung, basierend auf dem gleichen Abstand zu den beiden Weltmächten des Kalten Krieges.

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 1987, als die Nationalistische Partei an die Macht kam und für fast 25 Jahre die Regierung stellte – mit einer knapp zweijährigen Unterbrechung, in der die sozialdemokratische Labour Party wieder die Regierung stellte, bis sie 1998 in einer Vertrauensabstimmung unterlag. Es wurde versucht, das Neutralitätsgebot zu entfernen unter dem Vorwand, die Äquidistanzklausel sei nicht mehr zeitgemäß in einer Situation, in der es nur noch eine Supermacht gibt. Aber die Regierung war nicht in der Lage die Verfassung zu ändern. Es gibt einen Antrag, die Neutralitätsklausel mit einer Mehrheit von zwei Dritteln

Victor Degiovanni

plus 1 zu entfernen. Die Vorgänge in Libyen werden als Vorwand für die Beseitigung der Neutralitätsklausel missbraucht.

UZ: *Was sind die derzeitigen Hauptaufgaben eurer Partei? Welchen Einfluss habt ihr?*

Victor Degiovanni: Die Hauptaufgabe der Partei ist die Mitgliederzahl zu erhöhen, so dass sie eine aktivere Rolle im politischen Leben des Landes einnehmen kann. Im Moment ist die Partei zu klein und auch finanziell gehemmt für dieses Vorhaben. Das ist keine leichte Aufgabe, da der Partei Ressourcen fehlen. Die Partei arbeitet gemeinsam mit anderen Gruppen zu Themen wie TTIP, dem Palästinaproblem und lokalen Themen mit dem Schwerpunkt Arbeiterkämpfe, Umwelt und andere soziale Fragen.

Obwohl die Kommunistische Partei von Malta immer klein war, auch in den 1980ern, als wir etwas größer waren, konnten wir immer in der einen oder anderen Weise einen gewissen Einfluss auf die Labour Party ausüben. Die Sozialdemokraten fürchten sich mehr davor, Wähler an die KP als an die Nationalistische Partei zu verlieren. So bleibt unsere Kritik, die stets konstruktiv ist, selten unbeachtet, die meisten unserer Vorschläge zu Arbeiter- und sozialen Rechten werden übernommen.

UZ: *Bitte sag uns etwas zur Situation der afrikanischen Flüchtlinge. Gibt es Solidarität aus der Bevölkerung, sind sie willkommen? Was unternimmt die Regierung?*

Victor Degiovanni: Die Regierung hat kürzlich positive Maßnahmen eingeleitet, ich beziehe mich hauptsächlich darauf, dass Kinder nicht in den geschlossenen Sammelzentren untergebracht werden dürfen. Die PKM erachtet dies als Respektierung der Rechte und der Würde von Kindern. Zuwanderer werden in Malta wie überall in Europa unter entwürdigenden Bedingungen beschäftigt, sie werden ausgebeutet und manchmal sogar von gewissen Arbeitgebern beraubt, indem ihnen unter Vorwänden die Bezahlung verweigert wird. Immigranten können sich kaum ein menschenwürdiges Leben leisten, auch wenn ihnen schließlich Bewegungsfreiheit gewährt wird. Sie bilden eine ausgegrenzte Unterschicht in der Gesellschaft, es sind arbeitende Arme.

Die Mehrheit der Einwanderer ist in Malta gesetzwidriger Diskriminierung ausgesetzt. Vor allem in der Arbeitswelt werden sie durch minderwertige Beschäftigung diskriminiert und leben als Unerwünschte in der Gesellschaft. Im Allgemeinen unterstützen die Malteser ihre Integration nicht und betrachten sie als Bedrohung. Breite Bevölkerungsteile haben eine rassistische Einstellung gegenüber Afrikanern, fühlen sich aber nicht gestört von weißen Einwanderern aus Osteuropa, die in der Regel für weniger Geld als Malteser arbeiten.

UZ: *Die PKM ist nicht mit der Europäischen Linkspartei verbunden. Was ist eure Herangehensweise an die ELP und welche Gründe habt ihr, euch nicht anzuschließen?*

Victor Degiovanni: Unsere Partei ist in Solidnet und in der von der KKE initiierten „Initiative“ aktiv. Die KKE hatte zu den jüngsten Wahlen in Griechenland unsere Unterstützung und Solidarität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht für die Mitgliedsparteien der Europäischen Linkspartei offen wären. Ob die Kommunistische Partei Maltas der ELP beitritt oder nicht ist eine Frage, die nur ein Parteitag entscheiden könnte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht die Partei sieht keine Gründe, warum wir unsere Linie ändern sollten. Ein weiterer Grund, warum wir solchen Überlegungen nicht viel Raum geben, ist, dass es uns in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, zu den Wahlen zum Europäischen Parlament anzutreten.

Die Fragen stellte Günter Pohl
Übersetzung: Manfred Idler

Kommentar von Uli Brockmeyer

Die über Leichen gehen

Es ist geradezu widerlich, wie von gewissen Kreisen seit dem Wochenende mit dem Mord an einem Menschen politischer Profit gemacht wird. Boris Nemzow, einst stellvertretender Ministerpräsident und Energieminister, ehemaliger Gouverneur von Nishnij Nowgorod, dann Oppositionspolitiker, erklärter Gegner von Präsident Putin und, wie dpa schreibt, „glühender Unterstützer der prowestlichen Führung in Kiew“, war in der Nacht zum Samstag im Zentrum Moskaus auf offener Straße mit vier Pistolenschüssen ermordet worden. Alle westlichen Medien sind nun übervoll mit indirekten bis hin zu sehr direkten Anschuldigungen gegen den russischen Präsidenten. Schließlich sei der Mord „unmittelbar vor dessen Haustür“, „direkt an der Kremlmauer“ geschehen, also kann doch eigentlich nur er dafür verantwortlich gemacht werden.

Obwohl auch die einigermaßen seriösen Medien einräumen müssen, dass es mehr als nur ein Motiv für den Mord an Nemzow gibt, bleibt der Vorwurf, Präsident Putin habe einen politischen Gegner hinterrücks umbringen lassen, ganz oben in den Schlagzeilen. Tatsache ist jedoch, dass sich Nemzow viele Leute zum Feind gemacht hatte – von den ukrainischen Gegnern der Kiewer Führung über russische Nationalisten aller möglichen Couleur bis hin zu Geschäftsleuten und deren Schläger- und Mörderbanden, oder möglicherweise sogar einem heißblütigen Verehrer der 23-jährigen Freundin Nemzows.

Wieder einmal müssen wir darauf verweisen, dass jeder Polizist und jeder Jurist im ersten Jahr seiner Ausbildung lernt, bei Straftaten nicht nur nach dem Motiv, sondern auch danach zu fragen, wer den größten Nutzen aus dem Verbrechen ziehen kann. Dass hier Putin ganz hinten auf der Liste steht, ist offensichtlich. Denn man kann sich leicht ausrechnen, dass dieser Mord noch lange als Vorwurf gegen das Regime des Präsidenten genutzt werden wird, selbst wenn irgendwann der Mörder gefasst werden sollte und ein anderes Motiv offensichtlich wird.

Der Westen, konkret die unheilige Allianz aus USA, NATO und EU, setzt alles daran, die russische Führung und in erster Linie Putin zu diskreditieren, die politische Opposition gegen ihn zu schüren und lieber heute als morgen einen Maidan auf dem Roten Platz zu inszenieren. Allein die USA haben vor dem Umsturz in Kiew mindestens fünf Milliarden Dollar in die „prowestlichen“ Kräfte in der Ukraine investiert. Wie viel haben sie wohl schon für die Vorbereitung eines „Regime change“ in Russland ausgegeben?

Der „Trauermarsch“, der in Moskau für Nemzow stattfand, wird interpretiert als Massenprotest, als ob ganz Russland gegen Putin aufgestanden wäre. Wäre es nicht ein trauriger Anlass, müsste man darüber lachen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl wäre es etwa so, als wenn in der Stadt Luxemburg 400 Menschen auf die Straße gingen.

Aus allen westlichen Hauptstädten kommt nun der Ruf nach sofortiger Aufklärung des Mordes – auch aus Washington, wo es nach immerhin mehr als 50 Jahren nicht gelungen ist, den Mord an einem Präsidenten der USA aufzuklären. Die Nase vorn im Propagandakrieg hat allerdings der ukrainische Präsident, der den Mord an Nemzow nutzt, um sich und die Ukraine erneut als wehrloses Opfer der bösen Russen darzustellen. Ausgerechnet der Mann, der sich bei der Aufklärung der Todesschüsse vom Maidan, des Massakers von Odessa und des Abschusses der malaysischen Passagiermaschine nicht besonders beeilt. Und wir sollten nicht vergessen, dass die Kiewer Führung – mit Hilfe der westlichen Medien – auch aus jenen Leichen bisher den größten politischen Nutzen ziehen konnte …

Tafelsilber verscherbelt

Italien: Privatisierungen geplant – Staatskapitalismus am Ende?

Aus Brüssel wächst der Druck auf die italienische Regierung, das Haushaltsdefizit von 2 200 Milliarden Euro (133 Prozent des BIP) abzubauen. In dieser prekären Lage zieht Premier Renzi die Notbremse und verscherbelt das Tafelsilber. Wie *La Repubblica* schrieb, plant er, Staatsbetriebe ganz oder teilweise zu privatisieren. Als erstes sollen 5,7 Prozent des Energieunternehmens Enel für 2,2 Milliarden Euro abgestoßen werden. 51 Prozent sollen in Staatshand verbleiben. Die Verstaatlichung des Unternehmens war 1963 der Preis, den die Democrazia Cristiana (DC) an die Sozialisten für deren Eintritt in die Regierung zahlte.

Der Finanzierungsbedarf der Regierung ist damit nicht gedeckt. Auf der Abschussliste stehen deshalb Großbetriebe wie die Fincantieri-Werft, die Post oder die Flugaufsicht Enav. Mit 20 000 Beschäftigten ist Fincantieri die viertgrößte Werft der Welt, wird aber nur auf 1,5 Milliarden Euro veranschlagt. Lukrativer sieht es bei der Post aus, die gleichzeitig als Finanzdienstleister agiert. Sie ist noch zu 100 Prozent in Staatshand. 40 Prozent davon sollen abgegeben werden, wofür Einnahmen von 10 bis 12 Milliarden Euro veranschlagt werden.

In Italien entstand nach 1945 ein staatskapitalistischer Sektor, wie es keinen zweiten in Westeuropa gab. Zu ihm gehörte die 1953 von dem katholischen Partisanenkommandeur und Chemieunternehmer Enrico Mattei gebildete Ente Nazionale Idrocarburi (ENI), die nicht nur der größte Konzern für Erdölprodukte ist, sondern auch der zweitgrößte in der Grundstoffchemie und der größte in der Textilwirtschaft. Mattei, ein Freund Aldo Moros, sicherte mit ihr die Unabhängigkeit der italienischen Erdölversorgung von den USA, weswegen er 1962, wie später Moro bei einem Attentat der CIA, ausgeführt von ihrer Gladio-Truppe, umgebracht wurde. Insgesamt zählten die Staatsunternehmen einige Tausend Großbetriebe, von denen in den 1990er Jahren bereits etwa 600 Beteiligungen aufgegeben wurden.

Der starke staatskapitalistische Sektor war eine wichtige Basis für die die Erkämpfung umfangreicher sozialer und Arbeiterrechte, so auch des jetzt beseitigten Kündigungsschutzes. Bis in die 1990er Jahre hinein mussten die Löhne automatisch an die Inflationsrate angepasst werden. Die großen Privatkonzerne mussten mitziehen. Die Existenz der Staatsunternehmen nährte die reformistische These vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus und sollte die Arbeiterkämpfe in Zaum halten.

Ein Neben- oder wohl besser Hauptprodukt war, dass die Staatsbetriebe unter den Mitte-Links-Regierungen (Christdemokraten und Sozialisten) zu einer Domäne für Manager der Regierungsparteien wurden und ein Korruptionssumpf ohnegleichen entstand. Unrühmlich bekannt wurden sie durch die Korruptionsprozesse („mani pulite“ – saubere Hände) der 1990er Jahre, die offenlegten, dass die Manager ihren Parteiführungen, die ihnen diese Posten verschafften, Millionen Dollar von Tangenten (Schmiergelder) zukommen ließen.

Die Gewerkschaften sind grundsätzlich gegen den Ausverkauf der Staatsbetriebe, die nur kurzfristig die Staatsverschuldung stoppen, aber längerfristig dem Abbau der Arbeiterrechte dienen. Sie haben durchgesetzt, dass bei der jetzigen Arbeitsmarktreform Entlassungen in den Staatsbetrieben vorerst ausgesetzt werden müssen.

Gerhard Feldbauer

Die eigenen Interessen selbst in die Hand nehmen!

In Groningen fand am vergangenen Wochenende die 10. Vier-Parteien-Konferenz zwischen der KP Luxemburgs, der DKP, der Partei der Arbeit Belgiens (PVDA) und der gastgebenden Neuen KP der Niederlande statt. Wie es aussieht, könnte es bald „Fünf-Parteien-Konferenz“ heißen, denn zwei Leitungsmitglieder der Partei der Arbeit der Schweiz nahmen erstmals als Beobachter teil und wollen 2016 gern wiederkommen.

Sie zeigten sich begeistert von der Zusammenkunft, die in diesem Jahr unter dem Titel „Wie können wir unter den gegebenen Umständen in unseren Ländern die kommunistische Partei stärken, ihren Einfluss in der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Strukturen vergrößern?“ theoretische Fragen bearbeitete.

Die belgische PVDA referierte zu ihrem gewonnenen Masseneinfluss, hat aber im Gegensatz zu Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden keine linkssozialdemokratische bzw sozialistische Partei zwischen sich und den die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ tragenden Parteien. Daher gingen die Redebeiträge der KPen aus diesen Ländern auf andere Bedingungen ein. Dabei zeigte sich bei ihnen weitgehende Übereinstimmung. Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele verwies in seinem Beitrag hinsichtlich der notwendigen Stärkung der Partei auf „die Entwicklung einer kommunistischen Interessenvertretungspolitik. Was heißt das? Wir müssen überall, wo wir es können, die Einzelwidersprüche, die der Kapitalismus vieltausendfach hervorruft, aufgreifen und darauf orientieren, dass die Betroffenen für ihre Interessen mit uns in Bewegung kommen. Dabei brechen wir damit, dass man die Vertretung seiner Interessen delegiert, sondern orientieren darauf, dass die Menschen sie selbst in die Hand nehmen.“ Der Neuaufbau der KP in den Niederlanden nimmt Formen an, wie man an der jungen Delegation sehen konnte, wenn es auch noch an vielem mangele. Die Kommunist/inn/en Luxemburgs sehen wie die anderen KPen eine Hauptaufgabe in der Gewinnung neuer Mitglieder.

In den letzten Konferenzstunden befassten sich die etwa vierzig Delegierten mit ihren Erfahrungen in der Medienarbeit. Dabei zeigten sich ähnliche Möglichkeiten und ähnliche Probleme in den vier Ländern.

Der eineinhalbtägigen Konferenz ging eine Demonstration voraus, an der gut einhundertfünfzig Menschen teilnahmen, darunter Dutzende Mitglieder der DKP aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die den teils recht weiten Weg in den Norden der Niederlande auf sich genommen hatten. Die Demonstration stand unter dem Motto „Stopp den Angriffen auf die Arbeiterklasse! Kampf ist der einzige Weg!“. Die Groninger Einwohnerschaft stand den vielen roten Fahnen interessiert und keineswegs abweisend gegenüber. Mehrere Medien berichteten am Samstag und Sonntag über das ungewohnte Bild in der beschaulichen Universitätsstadt.

Für die DKP hat sich die Teilnahme gelohnt. Viele Erfahrungen konnten verglichen und Ideen können nutzbar gemacht werden. Der Delegation gehörte auch der SDAJ-Vorsitzende Paul Rodermund an, der Kontakte zu Jugendverbandsmitgliedern nutzen konnte um über die Vorbereitungen des am 7. und 8. März in Frankfurt stattfindenden „Treffens europäischer kommunistischer Jugendorganisationen“ zu berichten.

Günter Pohl

Foto: Tom Brenner (8)

Foto: Uwe Koopmann

Karikatur: Bernd Bücking

Ein erster Riss

Spielräume für Interpretationen und für linke Politik – die Linkspartei und die Abstimmung über das „Hilfsprogramm“ für Griechenland. Gespräch mit Andrej Hunko

UZ: *Du hast bei der Abstimmung über das Hilfsprogramm am Freitag mit Ja gestimmt. Was waren deine Gründe dafür?*

Andrej Hunko: Ich habe lange geschwankt zwischen Enthaltung und Ja. Ich habe mich dann entschieden, mit Ja zu stimmen. Der Hauptgrund dafür war, dass ich der griechischen Regierung einen Zeitgewinn zubilligen wollte. Man kann ja die Vereinbarung unterschiedlich interpretieren: Einerseits als Fortsetzung des Krisenregimes, das wir ablehnen. Wir haben das auch in unserem Antrag noch einmal deutlich gemacht: Die Kontrolle der Institutionen, ehemals Troika, bleibt bestehen. Man kann die Vereinbarung aber auch anders interpretieren: Als ersten Riss in diesem Krisenregime, und man kann darauf setzen, diesen Riss zu vergrößern. Um diesen Prozess zu fördern, habe ich mit Ja gestimmt.

UZ: *Bisher hat die Fraktion der Linkspartei immer gegen die sogenannten Hilfsprogramme gestimmt. Jetzt hat sie mehrheitlich zugestimmt.*

Andrej Hunko: Es hat sich auch einiges verändert in den letzten Monaten: Nun gibt es eine linke Regierung in Griechenland, die alles tut, um diese rein neoliberalen austeritätsorientierten Bedingungen zu überwinden. Dabei hat sie einigen Spielraum erwirken können. Das ist natürlich nicht genug, aber es gibt eine deutliche Verschiebung zu dem, was vorher war. Ich glaube, das muss sich auch im Abstimmungsverhalten ausdrücken. Umgekehrt drückt sich das ja auch in den vielen Nein-Stimmen vom rechten Flügel der CDU aus – denen geht die Vereinbarung zu weit.

UZ: *Ihr wart euch in der Fraktion einig, dass ihr das Spardiktat ablehnt, habt aber unterschiedlich abgestimmt. Gleichzeitig hat die Mehrheit eurer Fraktion für den Antrag des Finanzministeriums gestimmt, ist aber gegen die Politik Schäubles. Wie passt dieses Abstimmungsergebnis zu den tatsächlichen politischen Gegensätzen im Bundestag?*

Andrej Hunko: Was jetzt zur Abstimmung stand war ja die Verlängerung der bestehenden „Finanzhilfefazilität“ um vier Monate, also die Verlängerung der Möglichkeit für die griechische Regierung, weiterhin im Rahmen des Euro agieren zu können. Nun hätten wir sagen können: Das wollen wir nicht. Aber das hätte zu einem kompletten Bruch mit dem Kurs geführt, den Syriza in Griechenland eingeschlagen hat. Und das wollten wir nicht.

Aber auch hier gibt es unterschiedliche Interpretationen: Die Bundesregierung hat es innenpolitisch so dargestellt, als ob Schäuble sich vollständig durchgesetzt hätte. Das ist sicherlich falsch. Es gibt einige Punkte, die Varoufakis in den Verhandlungen durchsetzen konnte – zum Beispiel, diesen irrsinnigen Primärhaushaltsüberschuss von viereinhalb Prozent zu reduzieren. In Griechenland haben Tsipras und Varoufakis das auch als Erfolg dargestellt, sicherlich mehr als es ist. Aber es ist schon eine deutliche Verschiebung zu den bisherigen Programmen. Das ist natürlich nicht ausreichend, aber ein Nein hätte bedeutet, der griechischen Regierung keine Chance zu geben. Ich glaube, das wäre im Augenblick falsch.

UZ: *Wie war denn die Diskussion darüber in eurer Fraktion? Es gab ja auch Stimmen, die ein „Nein“ gefordert haben.*

Andrej Hunko: Von uns haben 41 Abgeordnete mit Ja gestimmt, zehn haben sich enthalten, drei haben mit Nein gestimmt. Wir waren uns einig, dass das, was Varoufakis in den Verhandlungen erreicht hat, mehr ist als nichts. Es geht nicht einfach so weiter wie vorher. Aber es ist auch natürlich viel zu wenig, um von einem vollen Erfolg zu sprechen – das liegt an den

> Andrej Hunko ist Abgeordneter der Partei „Die Linke“ im Bundestag und vertritt sie im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU.

Kräfteverhältnissen. Diejenigen, die für eine Zustimmung diskutiert haben, haben stärker die Erfolge in den Verhandlungen betont und stark an die Solidarität mit der Syriza-Führung appelliert. Es gab ja auch direkte Bitten der Syriza-Führung an uns, dem Antrag zuzustimmen. Diejenigen, die für eine Enthaltung diskutiert haben, haben gesagt: Was erreicht wurde, ist zwar zu wenig. Aber wir müssen sichtbar machen, dass diese Einigung nicht das Gleiche ist wie das Memorandum, und das bringen wir am besten mit einer Enthaltung zum Ausdruck. Ich habe, wie gesagt, bis zum letzten Augenblick geschwankt und mich dann für die Zustimmung entschieden.

UZ: *In der Vereinbarung ist festgelegt, dass soziale Maßnahmen keine „negativen fiskalischen Auswirkungen“ haben dürfen. Welche Spielräume hat diese Regierung überhaupt um Verbesserungen durchzusetzen?*

Andrej Hunko: Viele Punkte sind – wie soll ich sagen – relativ flexibel formuliert …

UZ: *… die „produktive Undeutlichkeit“, von der Varoufakis gesprochen hat …*

Andrej Hunko: Genau. Diesen Punkt mit den „negativen fiskalischen Auswirkungen“ kann man auch so interpretieren, dass es auch positive Effekte auf den Haushalt haben kann, wenn man den Ärmsten der Armen etwas zukommen lässt: Diese Mittel fließen ja wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück. Für mich war die Frage der Privatisierungen ein ganz zentraler Punkt. Da gibt es folgende Unterteilung: Die bisher abgeschlossenen Privatisierungen können jetzt nicht rückgängig gemacht werden – wohlgemerkt: in den vier Monaten, für die die Vereinbarung geschlossen wurde. Dann sollen, zweitens, laufende Privatisierungen überprüft werden. Und, drittens, neue Privatisierungen sind nicht vorgesehen. Wenn ich das mit den alten Memoranden vergleiche, dann ist das ein deutlicher Unterschied, da gibt es Spielräume.

UZ: *Selbst wenn jetzt die Schuldenlast für Griechenland ein bisschen reduziert werden würde, das Problem der deutschen Exportwalze und das Problem der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU würde trotzdem bestehen bleiben. Wie ist es möglich, beim Kampf gegen das Spardiktat nicht nur die Symptome zu bekämpfen, sondern auch die Ursachen?*

Andrej Hunko: Das Handelsungleichgewicht in der Eurozone ist ein Kernproblem, das hier in Deutschland überhaupt nicht diskutiert wird. Ich habe das in allen Debatten immer wieder eingebracht. Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands liegt mittlerweile bei über acht Prozent – so entstehen natürlich Defizite in anderen Ländern. Mittelfristig ist ein Überleben des Euro nur möglich, wenn dieser Überschuss abgebaut wird. Das ist zum Beispiel durch Lohnerhöhungen in Deutschland möglich – eines der Probleme ist schließlich die Niedriglohnpolitik bei uns. Das ist aber auch durch stärkere öffentliche Investitionen möglich, zum Beispiel in die Infrastruktur. Alle anderen europäischen Länder sehen dieses Problem, nur in Deutschland wird das völlig ausgeblendet. Da muss innenpolitisch der Druck erhöht werden. Aber ein Erfolg der Verhandlungsführung von Syriza ist, dass mittlerweile in Europa, auch in Deutschland, von vielen gesehen wird: Die Austeritätspolitik führt in eine Sackgasse.

UZ: *Du sagst, wir müssen den Druck erhöhen und den Riss in der neoliberalen Politik ausweiten. Was sind dafür die nächsten Schritte für „Die Linke“ in Deutschland?*

Andrej Hunko: Wir setzen das im Bundestag immer wieder auf die Agenda und sprechen die Probleme an. Aber natürlich geht es auch, zum Beispiel, um die Unterstützung der Blockupy-Proteste gegen die EZB-Eröffnung. Da demonstrieren wir gegen die neoliberale Krisenpolitik am Beispiel der EZB, die ja Teil der Troika war. Und wir werden weiter auf allen Ebenen – in der Öffentlichkeit, im Bundestag und in den sozialen Bewegungen – gegen diese Politik sprechen und für ein Ende der Troika-Diktatur, auch wenn die jetzt „Institutionen“ heißt, und für eine radikale Umorientierung der Wirtschaftspolitik in der EU.

Das Gespräch führte Olaf Matthes

Gastkolumne von Lucas Zeise

Die Spaltung der Arbeiterklasse

Der industrielle Kern der Arbeiterklasse hat sich verkleinert, heißt es im Entwurf des Leitantrags zum DKP-Parteitag. Das ist wohl richtig. Die Industrie ist relativ zur Gesamtwirtschaft kleiner geworden. Hier handelt es sich um einen schon lange, mindestens seit Mitte des vorigen Jahrhunderts dauernden Prozess. In anderen reifen kapitalistischen Ländern ist der relative Bedeutungsverlust der Industrie noch stärker als in Deutschland.

Großbritannien ist das klassische Beispiel für bewusst herbeigeführte Deindustrialisierung und extreme Förderung des Finanzsektors. Die Strukturänderung einer Volkswirtschaft ist nur zu einem Teil zurückzuführen auf veränderte Produktivkräfte, die Entwicklung der Technik und die dadurch erzwungene veränderte Arbeitsorganisation. Der mindestens ebenso wichtige Faktor ist die Politik des Kapitals. Das Kapital (und sein Staat) organisiert den gesellschaftlichen Arbeitsprozess, es formt damit auch die Arbeiterklasse.

Im Leitantrag wird demzufolge auf die „Spaltung der Arbeiterklasse in Stammbelegschaften, Leiharbeiter und andere Niedriglöhner, Prekarisierte und Erwerbslose“ – vor allem durch Schröders Agenda 2010 – hingewiesen. Es ist eine seit langem bewährte Taktik des Kapitals, die Lohnabhängigen in verschiedene Gruppen zu gliedern, sie völlig unterschiedlich zu behandeln und damit ihren solidarischen Kampf zu erschweren. Diese vom Kapital betriebene Politik hat wenig zu tun mit der strukturellen Veränderung der Ökonomie, weg von Industrie, Landwirtschaft und Bergbau hin zu mehr Dienstleistungen. Die Trennung der Leiharbeiter von der Stammbelegschaft fand mitten in den industriellen Großbetrieben statt. Andererseits sind durch die Zerschlagung der Post und die Privatisierung kommunaler und staatlicher Betriebe durchaus kampferprobte Abteilungen der Arbeiterklasse voneinander isoliert und geschwächt worden. Der Zusammenschluss zur Gewerkschaft ver.di hat die Schwächung durch Spaltung nicht aufhalten können. Die Zerschlagung der DDR-Wirtschaft und die Diskriminierung der Arbeiterklasse Ost kommt als besonderes deutsches Problem dazu.

Die ständigen Umorganisationen, das Kaufen und Verkaufen von Unternehmen, die Zusammenfassung, dann wieder die Aufspaltung von Unternehmensteilen, die Zergliederung der Produktion über die Kontinente hinweg, all das ist nur zum geringsten Teil ein Erfordernis der Effizienz oder der Ökonomie der Zeit, es ist vor allem das laufende Bemühen, sich die Lohnabhängigen gefügig zu machen. Auch die Initiative ‚Industrie 4.0‘ von Bundesregierung und Unternehmerverbänden ist kein Ausdruck für die vom technischen Fortschritt erzwungene Anpassung der Produktionsmethoden, sondern ein Versuch, die Früchte des Produktivitätsfortschritts deutschen (statt ausländischen) Kapitalisten zukommen zu lassen. Von der „Intelligenten Fabrik“, die da gefordert und gefördert wird, geht an sich keine Gefahr für die Arbeiter aus. Sie werden wie bisher von der Firmenleitung zum Zwecke der Renditeverbesserung im Auftrag des Kapitals freigesetzt.

Gastkolumne von Georg Fülberth

Abwarten

Evangelos Venizelos, der Vorsitzende der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung PASOK, schimpft: Den Regierungen, die von seiner Partei oder von der konservativen Nea Demokratia gestellt wurden, habe die Troika Bedingungen diktiert, und sie seien dafür kritisiert worden, dass sie sich diesen ge-

beugt hätten. Die Koalition aus Syriza und den „Unabhängigen Griechen“ habe ihr Unterwerfungspapier selbst verfasst und dabei sich von den „Institutionen“ (EZB, IWF, Eurogroup) deren Wünsche soufflieren lassen.

Genüsslich berichtete die FAZ am 25. Februar: Die Kommunistische Partei Griechenlands wolle einen Antrag ins Parlament einbringen, wonach alle Gesetze, die seit 2010 unter Troika-Diktat beschlossen wurden, aufgehoben sein sollen. Tsipras und Varoufakis waren inzwischen an ihre Vereinbarungen mit den „Institutionen“ gebunden. Das Abstimmungsverhalten von Syriza werde nicht nur Kommunisten eine Freude bereiten, schrieb die FAZ.

Dass eine Opposition eine Regierung vorführt, indem sie diese mit gebrochenen Wahlversprechen konfrontiert, ist eine legitime parlamentarische Taktik. Wer mehrere tausend Kilometer entfernt im Trockenen sitzt, sollte sich aber mit hämischen Kommentaren zurückhalten. Griechenland hat den Strick um den Hals. Für Heroismus ist da nicht viel Platz. Gewiss: Thomas Pikettys Vorschlag, dass Staatsschulden durch eine einmalige Abgabe auf die größten Vermögen zu tilgen seien, wäre die richtige Lösung. Doch die griechischen Verbindlichkeiten sind mittlerweile so hoch, dass nicht nur die einheimischen Oligarchen herangezogen werden müssten, sondern ihre Klassenbrüder im gesamten Euro-Raum.

Wer von Deutschland aus nach Hellas blickt, sollte sich daran erinnern, dass die Misere des Südens hierzulande ihren Ursprung hat und dass die hiesigen Syriza-Kritiker bisher nicht die Power aufbrachten, Merkel zu stoppen. Noch nicht einmal die Rückzahlung der Zwangsanleihe, die Griechenland 1942 von Nazi-Deutschland aufgezwungen wurde, ist von irgendeiner linken Opposition erkämpft worden.

Wer eine solche politische Leistungsbilanz aufzuweisen hat, sollte abwarten, ob Syriza für die Ärmsten der Armen trotz aller Kompromisse doch noch etwas herausholen kann, und seien es Essengutscheine oder ein Stopp von Zwangsversteigerungen.

Im Übrigen gilt Paragraph 1 der Internationalen Solidarität, welcher lautet: „Du sollst nicht auf anderer Leute Gesäß durchs Feuer reiten.“

Warum der 8. März und kein anderes Datum?

Im August 1910 auf der zweiten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen in Kopenhagen schlug Clara Zetkin vor, „als einheitliche internationale Aktion einen alljährlichen Frauentag zu begehen.“ Der Vorschlag, der in der Tradition gewerkschaftlicher Frauenkämpfe in den USA stand (8. März 1857, 1858, 8. März 1908, 1909)*, wurde von 100 delegierten Frauen aus 17 Nationen einstimmig angenommen. Im Beschluss hieß es: „Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“ Es war klar, dass der Internationale Frauentag auch ein Mittel zum Kampf gegen Militarismus und Krieg sein sollte. Die untrennbare Verbindung von Friedenskampf und Kampf um die Rechte der Frau und sozialen Fortschritt wurde durch den Internationalen Frauentag als einem weltweiten gemeinsamen Kampftag der Arbeiterbewegung auf eine neue höhere Stufe gehoben. Clara Zetkin nannte allerdings kein festes Datum für den Frauentag. Und es ist kein Zufall, dass die Auseinandersetzung um die wirkliche Geschichte des 8. März als Frauentagsdatum nicht selten unter den Tisch gekehrt wird. Denn die internationale Einbürgerung des 8. März stellt einen Erfolg der von Lenin initiierten und geschaffenen Kommunistischen Internationale, ihres von Clara Zetkin geleiteten Internationalen Frauensekretariats und der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung dar.

Auf der ersten internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz, die am 30. Juli 1920 während des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau getagt hatte, unterbreiteten bulgarische Genossinnen den Vorschlag, künftig den internationalen Frauentag einheitlich in allen Ländern am 8. März zu begehen. Die 82 Vertreterinnen aus 28 Nationen und Nationalitäten begrüßten diesen Vorschlag. Auf Grund dessen fasste das Internationale Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale im Frühjahr 1921 einen entsprechenden Beschluss, der 1922 in Kraft trat.** Die Wahl fiel auf den 8. März, weil bereits in den vorangegangenen Jahren in Sowjetrussland der Internationale Frauentag an diesem Datum begangen wurde. Schon 1914 und 1917 war dies der Fall. Mit dem Datum verband sich insbesondere das Gedenken an den 8. März 1917 (23. Februar nach dem alten russischen Kalender). An diesem Tag hatten Massendemonstrationen Petrograder Arbeiterfrauen mit zur Auslösung der russischen Februarrevolution beigetragen. Sie hatten den Auftakt gegeben für den machtvollen Generalstreik und die Verbrüderung der Petrograder Garnisonen mit dem Volk.

Zu einem weltweit durchgeführten Kampftag konnte der Frauentag erst auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der internationalen Arbeiterbewegung und revolutionären Entwicklung werden. Der 8. März ist nicht von der Oktoberrevolution und ihrem Widerhall zu trennen.

Herbert Münchow

* Die unmittelbare Anregung dürfte von dem Beschluss der amerikanischen Sozialisten (1909) ausgegangen sein, am letzten Februarsonntag große Propaganda für das Frauenwahlrecht und die Idee des Sozialismus zu veranstalten. Wobei Clara Zetkin auch bemerkte, dass der Kopenhagener Beschluss letztlich vor allem unter dem Einfluss der revolutionären Bewegung von 1905 im zaristischen Russland zu sehen ist.

** Bis 1921 war aus Gründen größerer Mobilisierungsmöglichkeiten jeweils ein Sonntag in den Monaten März bis Mai gewählt worden. Um dem Kampftag größere Wirkung zu verleihen, sollte ein Datum unabhängig vom Wochentag gewählt werden.

Literatur zur Entstehung des Internationalen Frauentages:

Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig, 70 Jahre Internationaler Frauentag, Verlag für die Frau, DDR Leipzig 1980, S. 40 ff.
Siegfried Scholze, Zur Geschichte des 8. März als Datum des Internationalen Frauentages, Frauen im Kampf für den Frieden, Zum 75. Internationalen Frauentag, Leipzig 1985, S. 31 ff.
Renate Wurms, Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht, Der Internationale Frauentag, Zur Geschichte des 8. März, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1980.

Gedanken zum Internationalen Frauentag 2015

Nahezu 105 Jahre sind vergangen, seit die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Vorschlag von Clara Zetkin und Käte Duncker den Beschluss fasste, jährlich einen Frauentag als einheitliche internationale Aktion der Frauen durchzuführen. In diesem Jahr fällt der Internationale Frauentag 2015 mit einem bedeutenden Ereignis zusammen: dem 20. Jahrestag der Pekinger Weltfrauenkonferenz 1995. Frauen in der ganzen Welt werden diesen Frauentag nutzen, um die Umsetzung der in Peking beschlossenen Aktionsplattform unter die Lupe zu nehmen. 189 Staatenvertreterinnen und –vertreter haben sich im Konsens über die Aktionsplattform geeinigt und sich verpflichtet, sie in ihren Ländern in die Tat umzusetzen.

Wie aber sieht es damit aus? Vieles hat sich in den vergangenen Jahren getan. Historisch betrachtet, haben Frauen in ihrem Ringen für gleiche Rechte für Frauen schon einiges erreicht. Das Bewusstsein, dass Gleichstellung zwischen Frauen und Männern nicht nur ein Grundrecht, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist, hat sich zunehmend durchgesetzt. Einen wesentlichen Beitrag dazu hat das Internationale Jahr der Frau, das auf Initiative von Frauenverbänden 1975 von der UNO proklamiert wurde und deren Höhepunkte der Weltkongress in Berlin und die UN-Weltfrauenkonferenz in Mexiko waren, geleistet. Die sich anschließende UNO-Dekade für die Frau „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ mit ihren beiden Weltfrauenkonferenzen in Kopenhagen 1980 und Nairobi 1985 und schließlich die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking sind weitere markante Punkte. Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang auch das einzige völkerrechtlich verbindliche Dokument, das Übereinkommen für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau CEDAW, das 1979 von der UNO-Generalversammlung angenommen wurde und dem bis heute 188 Staaten beigetreten sind.

Trotz vieler gesetzlicher Regelungen in den Mitgliedsstaaten der UNO und auch in Deutschland, der Schaffung von Mechanismen institutionalisierter Gleichstellungspolitik und Umsetzung von „zeitweiligen Sondermaßnahmen zur beschleunigten Herbeiführung der De-facto-Gleichberechtigung von Mann und Frau“, wie es in Artikel 4 von CEDAW gefordert wird, haben wir die Gleichstellung von Frauen und Männer immer noch nicht erreicht. Wir leben in einem Staat, der im Artikel 3 des Grundgesetzes formal Frauen und Männern gleiche Rechte garantiert. 1994 wurde diesem Artikel ein Zusatz hinzugefügt, in dem der Staat aufgefordert wird, für die „tatsächliche Durchsetzung“ der Gleichberechtigung und die „Beseitigung bestehender Nachteile“ Sorge zu tragen.

Auch in der Europäischen Union ist die Gleichstellung der Geschlechter ein Grundprinzip ihrer Politik und des Gemeinschaftsrechtes. Bereits in den Römischen Verträgen von 1957 wurde der Grundsatz der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit festgeschrieben. Im Vertrag von Lissabon wird die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern als Grundwert und Ziel der Europäischen Union festgeschrieben.

Wahre Gleichbehandlung der Geschlechter macht es zwingend notwendig, die grundlegenden Ursachen der sozialen, politischen und wirtschaftlichen geschlechterspezifischen Unterschiede anzugehen. In den vergangenen Jahren wurden häufig nur die Symptome der Ungleichstellung bekämpft. Wenn die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sich nicht intensiv mit den der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern zugrunde liegenden Mechanismen, mit den Ursachen ungleicher Ressourcen- und Machtverteilung beschäftigen und diesbezüglich radikale Veränderungen in Angriff nehmen, wird auch in den nächsten Jahrzehnten keine völlige Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden. Die Europäische Kommission hat in ihrem Jahresbericht zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern festgestellt, dass es bei Beibehaltung des jetzigen „Tempos“ zur Umsetzung von Geschlechtergleichstellung 30 Jahre dauern wird, bis das Ziel einer 75-Prozent-Vollzeitbeschäftigungsrate von Frauen erreicht sein wird. 70 Jahre werden vergehen, bevor das Lohngefälle beseitigt sein wird. 20 Jahre wird es dauern, bis Parität in den Parlamenten erreicht wird, und 40 Jahre, bis Hausarbeit zu gleichen Teilen wahrgenommen wird.

Der diesjährige Internationale Frauentag wird auch in diesem Jahr deutlich machen, dass Frauen auch in Zukunft ihre Rechte einfordern müssen. Schon Louise Otto-Peters hat 1849 gemahnt: „Mitten in den großen Umwälzungen, in denen wir uns alle befinden, werden sich die Frauen vergessen sehen, wenn sie an sich selbst zu denken vergessen“.

Brigitte Triems, Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V.

Foto: Die Linke/Christian Mang

Von Putzmännern und Ministerinnen

„Wenn wir zusammen gehen,
geht mit uns ein neuer Tag.
Her mit dem ganzen Leben -
Brot und Rosen!“

Ein ganzes Jahr lang haben sie demonstriert und gestreikt, haben gekämpft und verloren – die 500 griechischen Putzfrauen von Athen. Zwar hatte die neue Syriza- Regierung als eine ihrer ersten Maßnahmen ihre Wiedereinstellung verfügt. Doch machte ihnen das oberste Gericht, der Areopag, jetzt einen Strich durch die Rechnung. Erst im Oktober soll der Fall dort verhandelt werden.

Vorläufig erfolglos endete seinerzeit auch der Streik der (vorwiegend) weiblichen Reinigungskräfte in Los Angeles, dokumentiert in dem bekannten Film von Ken Loach aus dem Jahr 2000. Trotz des Mutes der illegal eingewanderten Maya, trotz der Spaltungsversuche der Bosse und trotz dynamischen Beistands durch den jungen Gewerkschaftsorganizer unterliegt die tapfere Putzkolonne – geschlagen, aber nicht entmutigt.

„Brot und Rosen“ heißt dieser Film, in Anspielung auf die gleichnamige Hymne der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung, die während des legendären Erzwingungsstreiks der Näherinnen in Lawrence (Massachusetts) vor über 100 Jahren „geboren“ wurde. Seitdem hat dieses Lied von den „Frauen, die sich wehren“ Erfolge und Niederlagen begleitet; Fortschritte und bittere Rückschläge.

„Brot und Bildung und Freiheit“ – das skandierten die Studierenden am Athener Polytechnikum im November 1973. Daran erinnerte in einem Interview anlässlich des 40. Jahrestags der blutigen Niederschlagung dieses Aufstands die griechische Ökonomin und Publizistin Nadia Valavani. Die damals 19-Jährige hatte am Widerstand gegen die Obristen-Diktatur teilgenommen. Wie viele wurde sie eingekerkert und gefoltert. Ein gutes halbes Jahr später war es vorbei mit der faschistischen Junta, nach sieben langen Jahren.

Nie und nimmer, sagt Valavani, hätte sie sich vorstellen können, dass vier Jahrzehnte danach die Forderung nach „Brot, Bildung, Freiheit“ noch so brennend aktuell sein würde. Dass es wieder Massenarbeitslosigkeit und Hunger geben könnte; Säuglingssterblichkeit und Kinderhandel, Prostitution und Selbstmorde, Tag für Tag mehr; Schließungen von Schulen und Krankenhäusern und und und …

Protestierende erweitern heute diese Parole oft um den Zusatz „Die Militärjunta hat nicht 1973 geendet.“ Die Schocktherapie der EU-Sparkommissare und -Kommissarinnen (!), im Bunde mit den großen Konzernen und Banken sowie deren Kumpanen in der eigenen Regierung hat Griechenland ein weiteres Mal gründlich verheert.

Diesem Elend ein Ende zu setzen, dafür haben die linken Parteien mit ihren zusammengezählt 42 Prozent Wählerstimmen ein überwältigendes Mandat erhalten. Schon zieht die herrschende Klasse alle Register, um die Glaubwürdigkeit der leider ohne Beteiligung der KKE gebildeten Syriza-Regierung zu unterminieren. Auch das jüngste Gerichtsurteil verheißt da nichts Gutes. Jedwede Hoffnung auf ein durchschlagendes Comeback der Linken – nach der Niederlage der sozialistischen Länder 1989 in Europa – soll im Keim erstickt werden. Denn von der griechischen „Wiege der Demokratie“ könnte ja tatsächlich „ein Wechsel beginnen, der die Entwicklung in ganz Europa beeinflusst“, so Nadia Valavani im Interview. Seit Januar ist sie stellvertretende Finanzministerin.

Ministerin? Feministinnen äußern Misstrauen gegenüber dieser „Männerbund“-Regierung (nachzulesen in „TAZ“ und „Missy“). Nur sechs Frauen im Kabinett, das ist schon weng wenig, und dann lediglich als Vize-Ministerinnen. Welch ein Rückfall hinter erkämpfte Quotierungsstandards!

Demgegenüber vorbildlich wäre also die Groko-Regierung, angefangen bei Angela Merkel und Ursula von der Leyen bis hin zu Schwesig und Hendricks? Eine Kanzlerin, die nicht nur in Athen die Hassfigur Nummer Eins ist, und eine Verteidigungsministerin, die fast überall in der Welt Bundeswehrpanzer auffahren lässt? Mit der demokratischen Frauenbewegung haben doch diese Damen – und wenn sie noch so viele Kitas eröffneten – nicht einmal einen Besenstiel gemeinsam!

Selbst die erhoffte Wiederkehr der kämpferischen Putzfrauen stößt auf feministische Kritik: Sollen sich die Frauen wirklich danach drängen, nun aufs Neue den Männern im Parlament hinterherzuputzen? Moment – da ist was dran! Vorschlag zur Güte: Vielleicht sollten sich die Reinigungsdamen mit den übrigens ähnlich streikfreudigen Männern von der Athener Müllabfuhr zusammentun, um gemeinsam für mehr Gender-Gerechtigkeit zu kämpfen?

Spaß beiseite. Freie Berufswahl, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Frauen in Leitungsfunktionen – solche grundlegenden Frauenrechte waren zwar in der sozialistischen DDR weitgehend garantiert. (Und das allgemeine Recht auf Arbeit obendrein.) Im real existierenden Kapitalismus jedoch werden wir uns weiterhin danach abstrampeln müssen.

Heute allerdings muss es uns um weit mehr gehen: Die Demokratie in Europa ist bedroht und der Frieden schon lange. „Wohl bedarf auch die Proletarierin der sozialen Gleichberechtigung als Geschlechtswesen“, befand Clara Zetkin, die spätere KPD-Reichstagsabgeordnete, bereits 1899, „aber vor allem zu dem Zwecke, um mit aller Wucht gegen die kapitalistische Ordnung kämpfen zu können.“ Vorwärts zu einem kämpferischen und solidarischen 8. März!

Eva Petermann

Der richtige Stoff

Zum 90. Geburtstag des Schriftstellers André Müller sen.

Wenn ein Schriftsteller Thema und Stoff, Gattung und Stilgestalt beim literarischen Kunstwerk unterscheiden kann, gehört er eigentlich nicht in die dumme Gegenwart, sondern in eine Vergangenheit, deren Verschwinden wir bedauern dürfen, oder in die Zukunft, für die wir arbeiten sollten. Denn in der Gegenwart findet man leider kaum noch jemanden, zumal in Deutschland, der zum Beispiel weiß, dass und warum etwa Goethe und Thomas Mann für ihren jeweiligen „Faust“ zwar denselben Stoff – eben die Faustlegende –, aber nicht nur verschiedene Gattungen, nämlich Roman und Stück, sondern auch verschiedene Themen bearbeitet haben. André Müller sen. hat die Unterschiede und Beziehungen von Thema und Stoff, Gattung und Stilgestalt in zwei Büchern über Shakespeare von der analytischen Seite aus erhellt. Er tat das an diesem größten aller literarischen Gegenstände so gründlich, dass der Forschung nur noch die Aufgabe bleibt, Milliarden von Einzelheiten zu klären, die Müllers Lesart freilich alle bestätigen werden.

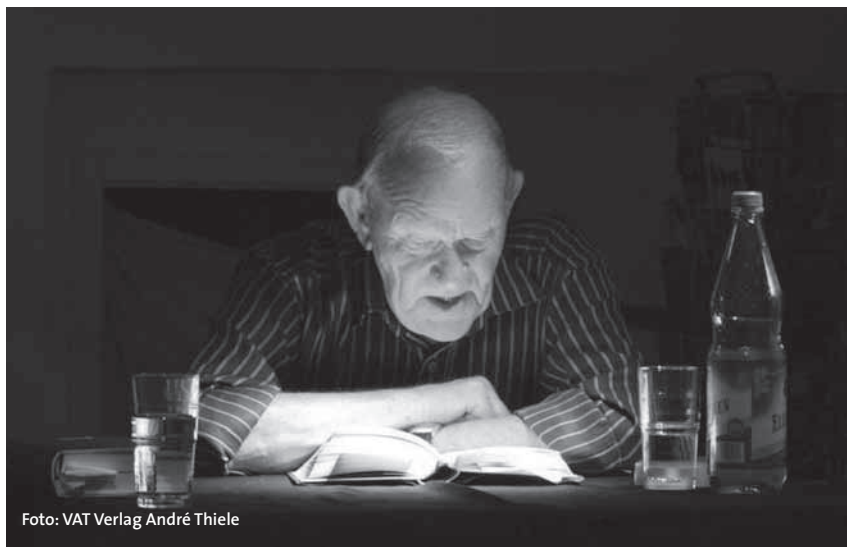


Foto: VAT Verlag André Thiele

Peter Hacks an André Müller, 6.4.1989: „... Du auch hattest Geburtstag. Ich erwähne den nicht, weil ich Dich als noch fortwirkend und keinen Rückgriff auf die Erinnerung für notwendig erachte. Das Wetter ist sichtbar von Jelzin veranlasst. Alles Liebe, P.“ **Aus: Nur daß wir ein bischen klärer sind, Eulenspiegel Verlag 2002**

Außer analytischen Taten hat Müller auch synthetische, im engeren Wortsinn schöpferische Leistungen erbracht. Hierbei hat er stets gewusst, welche Gattung zu welchem Thema und welches Thema zu welchem Stoff passt. Die politische und ästhetische Kümmerlichkeit der Hauptströmung von „Achtundsechzig“ (es gab auch interessante Nebenereignisse) hat er als Gammlergroteske in „Am Rubikon“ erzählt. Dass sich die Figur „nützlicher Idiot“ nicht nur für Politik eignet, sondern auch für Kunst, hat er in der Fraktionsmacher- und Fraktionsüberwinder-Satire „Die Partei der Knoblauchfreunde“ schlagend bewiesen (Kunst über einen nützlichen Idioten geht nur, wenn der nützliche Idiot nicht in erster, sondern nur in zweiter dialektischer Linie ein Idiot ist, in erster Linie aber wirklich nützlich; bei Müller ist er sogar erbaulich).

Dass die Deutschen einmal ein Land hatten, in dem sie Dinge ausprobieren durften, die anderen Nationen ihre ganze Ehre gestiftet haben, Produktives, Emanzipiertes, und dass die Deutschen dieses Land dann leider nicht halten konnten – für dieses bedeutende, schlimme Thema fand Müller abermals den richtigen Stoff, eine Liebesgeschichte, und die richtige Gattung: den großen Roman. Er heißt „Anne Willing“.

Wer die Stimmigkeit der Konstellationen von Stoff, Thema und Gattung an Müllers Werken kennen und schätzen gelernt hat, wird auch keine Mühe haben, die höchste Ebene der Lektüre zu erreichen: Die, auf der sich das Wesen der Werke in ihrer richtigen Stilgestalt verwirklicht. Bei André Müller gibt es für den bestimmenden Wesenszug dieser Stilgestalt einen sehr kurzen, einfachen Namen: Hochdeutsch.

Wenn dieser Schriftsteller in „Am Rubikon“ nicht „Demonstranten“ sagt, sondern „Umzügler“, und wenn er in „Die Partei der Knoblauchfreunde“ statt „dialektische Analyse“ die Wendung „Kunst der sich widereinander bewegenden Zergliederung“ sagt, dann sind das nicht die Mätzchen, die Humoristen treiben, wenn sie den Zerfall der einstigen Fähigkeit des Bürgertums, die Welt auf den Begriff zu bringen, mit melancholischen Scherzen begleiten wie dem, statt „Hosen“ immer mal wieder „Beinkleider“ zu sagen. Was bei den Spaßmachern, selbst den besten, Spaltprodukte einer zerbröselnden Nationalsprache sind, Partikel einer nicht mehr verfügbaren Draufsicht aufs Ganze, das sind bei André Müller bewusst gesetzte Akzente der Erinnerung an solche Draufsicht: Es gab einmal das vollständige Deutsch, das Luther und Goethe dem Gebrummel der Stände des Mittelalters abgerungen hatten. Es meinte die ganze Welt, und die Pflicht der Schriftsteller war es seither, sich um dieses vollständige Deutsch zu mühen, als Zeichen des heute so gern beschimpften „Universalismus“, als Kampfansage an das „schlechte Besondere“ (Hegel), an Rückständigkeit und Verstocktheit. Dass einer wie Peter Hacks nicht nur den Marxisten, nicht nur den Shakespeare-Interpreten, sondern eben auch den Dichter André Müller sen. zum Freund haben konnte, rührt eben daher, dass dieser wusste: Der Kampf um die vollständige Sprache der menschlichen Erfahrung (wie bei Hacks um die vollständige Sprache der menschlichen Utopie) muss heute weniger ein Kampf dafür sein, auch kaputtes, obszönes und finsteres Vokabular in die Kunst zu holen (wie Arno Schmidt das vollbracht hat), und eher einer dafür, nicht zu vergessen, dass das Hochdeutsche Sätze hat, mit denen man sich, obwohl sie aus der Vergangenheit kommen, Gegenwart und Zukunft erklären kann. Das bedeutende Ende von „Anne Willing“ beweist dies mit einem Matthias-Claudius-Zitat, ich will es hier nicht verraten, man lese die Passage im Zusammenhang nach.

Es wird sich auch in Zukunft lohnen, Deutsch zu können – man kann dann, nämlich, beispielsweise, die Bücher von André Müller sen. lesen.

Dietmar Dath

Anzeige

Progressive Literatur **Verlag Wiljo Heinen**

Frauentag jeden Tag!

Clara Zetkin
Erinnerungen an Lenin
Gespräche zur Frauenfrage
Tb. • 47 S. • 7,– €

Lenin im Gespräch mit Clara: **»›Kratzt den Kommunisten, und der Philister erscheint.‹** Natürlich muss man an der empfindlichen Stelle kratzen, an seiner Mentalität in puncto Frau. …«

ISBN 978-3-95514-013-7 • 7,– €

www.gutes-lesen.de

Apollinaire und die Suche nach dem Schönen

Gertraude Clemenz-Kirschs Biografie über „Picassos Dichterfreund. Guillaume Apollinaire“

Im Zusammenhang mit einem Aufsatz über den aktiv in der französischen kommunistischen Partei tätigen Dichter Louis Aragon, den er „über alle Zeitgenossen“ stellte, sprach der bedeutende sozialistische Dichter und Kulturpolitiker Stephan Hermlin, der am 13. April 2015 seinen 100. Geburtstag hätte, gegenüber seinen Freunden „von einer Landschaft …, die sie nie gesehen, von einem Wein, den sie nie gekostet haben“. Es ging um die Lyrik Aragons, aber mehr um die Gesamtheit der modernen französischen Lyrik, die von den Verlagen vernachlässigt worden sei. Aber er sah auch, dass die Kulturpolitik der DDR dem bisherigen Versäumnis mit repräsentativen Buchreihen wie der sogenannten „weißen“ Lyrikreihe des Verlages Volk und Welt begegnete. Hermlin befand sich in guter Gesellschaft: Oft genug hörte ich den Literaturwissenschaftler Hans Mayer, der wie Hermlin auch als Aragon-Übersetzer hervortrat, von den französischen Neuerern sprechen, die das gesprochene Wort aus der Prosa in die Lyrik einzubringen versuchten, die ihre Zweifel an der vorgefundenen Welt und ihrer Dichtung in Fragen nach der Veränderbarkeit dieser Welt und ihrer Poesie verdichteten, sich gegen bürgerliche Beschränkungen auflehnten und auch den Protest lebten, vor allem in Gestalt des Bohemiens, und die immer wieder bei der Suche nach Antworten in ihrem persönlichen Leben scheiterten. Es waren französische Lyriker der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie Baudelaire (1821–1867), Verlaine (1844–1896), Rimbaud (1854–1891) und Apollinaire (1880–1918), die dieses große Thema bedienten und damit auch auf deutsche Dichter wie Rilke, Stefan Zweig, Karl Krolow, Paul Wiens und eben auch auf Stephan Hermlin wirkten. In Hermlins Essays, aber auch in seinen Erzählungen sind die Spuren zu finden; im Band „Lektüre“ (1973) stehen einige seiner Bekenntnisse zu diesen Lyrikern. Hermlins große kulturpolitische Leistung bestand neben dem eigenen literarischen Werk, seinen Bemühungen um junge Lyriker, seinen kongenialen Übersetzungen, darunter aus dem Französischen (u.a. Paul Éluard, Louis Aragon und Guillaume Apollinaire) und den intensiven Bemühungen um eine verbreitete Lesekultur unter anderem darin, auf weltliterarisch bedeutsame Literaturleistungen aufmerksam gemacht zu haben, die nicht selbstverständlicher Bestandteil einer sozialistischen Literatur sind, aber dennoch zu ihrer Entwicklung beigetragen haben und deshalb bekannt sein sollten. Er folgte im eigenen Werk diesen Dichtern, wie zum Beispiel in den „Variationen über zwei Themen des Paul Verlaine“ (1947) und untersetzte deren Bildwelt mit seinen politischen Erfahrungen.

Zu den propagierten Lyrikern gehört Guillaume Apollinaire (1880–1918). Auch er wurde in der genannten Lyrikreihe der DDR 1971 in einem Band veröffentlicht („Unterm Pont Mirabeau“), zu dem Hermlin Übersetzungen beigesteuert hatte. Die gleichfalls renommierte Gustav Kiepenheuer Bücherei brachte 1980 den Erzählband „Der gemordete Dichter“ heraus. Apollinaire fand mit seinem programmatischen Essay „Der neue Geist und die Dichter“ einen Platz in der Zeitschrift *Sinn und Form* (1968, Heft 4) usw.

Gertraude Clemenz-Kirsch, deren bemerkenswertes Buch „Die sieben Leben des Pablo Picasso“ hier besprochen worden war *(vgl. unsere zeit vom 14. Dezember 2007),* hat soeben eine Biografie über diesen Dichter Guillaume Apollinaire veröffentlicht. Darin geht sie nicht nur der Entwicklung des Lyrikers nach, sondern auch den Beziehungen Apollinaires zu Picasso – sie fühlten sich „besonders eng verbunden“ (42) – und wählte den Titel ihres Buches entsprechend. Bereits am Beginn zieht sie eine Verbindung zu Francois Villon und dessen Dichtungen, betont die Volkstümlichkeit, die sich aus Apollinaires Lektüre von Heinrich Heine, deutschen Volksliedern und altfranzösischen Weberliedern ergab und die Anregungen, die er bewusst suchte, in seiner von den Zeitgenossen bewunderten Lesewut, die sich auch auf Balzac, Zola und Tolstoi erstreckte. Aber auch „mittelalterliche Literatur, der Merlin-Mythos und die Lancelot-Sagen“ (65) liebte er, wie Clemenz-Kirsch schreibt. Daraus schuf er eine Dichtung, die ihn, den Nichtfranzosen – er war das Kind einer Polin und eines Italieners, was oft zu nationalistischen Angriffen auf ihn als Ausländer führte, wie die Autorin beschreibt –, zu einem Dichter der Franzosen und vor allem ihrer Hauptstadt machte. Doch bedichtete er auch deutsche Landschaften, besonders in den Rheinliedern: Eine Loreley-Variation findet sich in Rheinische Nacht, „Hört wie ein Schiffer sacht erzählt in seinem Sang/Wie er wohl sieben Fraun gesehn im Mondenschein/Flechten ihr grünes Haar bis an die Füße lang.“

Seine volksliedhaften Gedichte suchten meist nicht die Unberührtheit der Landschaft, sondern die technisch immer anspruchsvolleren Städte: „Das Beben/Des Herzens und der Stadt hat meine Hand gespürt: „Stadt, uneinnehmbar, und mein Herz, vom Leben/Jäh überrascht und riesig angerührt“ (Ü: Hermlin). Er nahm neue Themen wie Eiffelturm, Autos und die Flughafen-Hangars in seine Dichtungen auf (Zone, S. 83). Seine Neigung zum Volkslied ließ Balladen (Das Lied des Ungeliebten) entstehen, die manchmal an Bertolt Brecht erinnern (Marizibill). Die Dichtung gab ihm die Möglichkeit, sein Leben mit seinen Schwierigkeiten, Enttäuschungen und Konflikten an den historischen Prozessen, vor allem der Antike, zu prüfen. Die gleiche Neigung führte ihn auch zu dem Zöllner Henri Rousseau, einem der bedeutendsten naiven Maler, den er bewunderte: Von ihm nahm die Autorin das Bild für ihren Titel (Die Muse inspiriert den Poeten, 1909) und erreichte so eine rundum gelungene Publikation, die sich durch eine umfangreiche Materialverarbeitung und ihre schlichte und unaufdringliche Sprache auszeichnet, wodurch die eingefügten Texte Apollinaires nachdrücklich zur Geltung kommen. Clemenz-Kirsch wandelte auf Apollinaires Wegen, suchte seine Orte auf, sprach mit heutigen Besitzern seiner ehemaligen Unterkünfte. Zahlreiche Fotos, die meisten von der Autorin selbst, illustrieren Orte und das entbehrungs- und krisenreiche Leben des Dichters. Die Biografie folgt chronologisch dem Leben und sucht dabei die Belege für Apollinaires Absicht, „der Literatur und der Kunst nur neue Bereiche hinzufügen“ (Brief an André Billy 1918, S. 125) zu wollen. Zu diesen Bereichen gehörte Apollinaires Hoffnung, nicht auf Gott („… wer auf Gott baut der baut dumm“ Übers.: Paul Wiens), sondern auf den Menschen: „Im Menschen selbst wird man suchen/Viel mehr als man je gesucht/Man wird seinen Willen erforschen/Welche Kraft aus ihm hervorgeht/Ohne Maschine und Instrumente („Die Hügel“, Übers.: Hermlin). Clemenz-Kirsch verfolgt auch, dass der Erste Weltkrieg und seine Zerstörung eines seiner Themen war („Stürb ich da draußen“, S. 94) – er wurde 1916 schwer verwundet; Ernüchterung breitete sich aus, er hatte sich freiwillig für den Krieg gemeldet, um seine Zugehörigkeit zu Frankreich zu beweisen. Mit einem anderen Thema machte er sich zum Anwalt der Proletarier („Dem Proletarier“): „Doch edler als der Glanz der Sterne gilt mir eben/Dein Blut und deine Kraft dein proletarisch Leben“ (Übers.: Lothar Klünner). Seine Wirkung auf Aragon und Éluard, auf die politische Dichtung Frankreichs hing insbesondere mit seinen auf das Sprechen ausgerichteten Gedichten zusammen, die Züge der politischen Lyrik trugen, die er selbst jedoch nicht bewusst pflegte; dafür war sein politisches Denken zu zwiespältig, zu widersprüchlich und zu wenig sozial engagiert. Über den Freund Picasso hatte er geschrieben: „Die Suche nach dem Schönen bestimmte seine Bahn.“ (47) Das traf auch auf ihn selbst zu, zumal er im Schönen auch das aus dem Volke kommende künstlerische Vermögen sah. Die Biografie ist dazu eine lesenswerte Anleitung.

Rüdiger Bernhardt

Gertraude Clemenz-Kirsch: Picassos Dichterfreund. Guillaume Apollinaire. Querfurt: Dingsda-Verlag, 2015, 144 S., 19,95 Euro

Je suis Lola

Eine Zeichnung spaltet

Ganz so schlimm ist es nicht, aber doch recht bemerkenswert. Worum geht es? Der Essener DKP-Frauenarbeitskreis hat zum Internationalen Frauentag eine Anti-Kriegs-Revue erarbeitet, die satirisch die kriegstreiberische Politik der NATO und der deutschen Politiker_innen entlarvt. Eine „Bombenstimmung“ herrscht bei den Imperialisten, der Osten ist zum Greifen nahe, der Nahe Osten soll neu aufgeteilt werden …

Diese „Bombenstimmung“ wird vom Frauenarbeitskreis mit Hilfe einer kleinen Zeichnung verdeutlicht, auf der ein Revue-Girl Bomben auf dem silbernen Tablett serviert. Aber – huch – das Revue-Girl hat lange Beine und ein knappes Höschen an. Ist das denn noch linkspolitisch korrekt? Die Empörung vieler Genossinnen und Genossen ist groß. Was für ein Frauenbild wird hier vom Frauenarbeitskreis verbreitet?

Liebe Genossinnen und Genossen, auch und gerade wir Essener Frauen wehren uns seit Jahrzehnten, nicht nur bei unseren Frauentags-Veranstaltungen, gegen die Vermarktung von weiblichen Körpern in der Werbung, in Fernsehshows oder Pornomagazinen. Wir fordern energisch ein Verbot der Prostitution, die Frauen und Sexualität zur Ware degradiert, aber wir werden einem Bomben servierendem Revue-Girl, welches die Dekadenz dieser Gesellschaft ausdrücken soll, keinen wadenlangen Rock anziehen.

Wir freuen uns über ganz viele Besucher_innen bei unserer Revue, die sich dort von unserem antiimperialistischen, antifaschistischen, aber keinesfalls frauenfeindlichem Anliegen überzeugen können.

Barbara Kuprat

Verbessern, nicht verwässern

Diskussion zum Leitantrag an den 21. Parteitag der DKP

In der letzten UZ veröffentlichten wir Auszüge aus den Referaten von Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP, und Klaus Stein, Bezirksvorsitzender der DKP Rheinland-Westfalen, die sie zum Thema „Imperialismus heute“ auf der theoretischen Konferenz am 21. Februar in Hannover hielten. Die Konferenz diente der Parteidiskussion um den Entwurf des Leitantrags des Parteivorstandes an den 21. Parteitag mit dem Titel „DKP in Aktion – Bilanz ziehen, Neues erkennen, Chancen nutzen – gegen Monopolmacht, Kriegspolitik und Rechtsentwicklung“. In dieser Ausgabe folgen die Beiträge von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP und Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender der DKP im Saarland, zum Thema „Die Kommunistische Partei heute“. In der folgenden Ausgabe dokumentieren wir Auszüge der Beiträge von Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP, und Uwe Fritsch, Mitglied des Parteivorstandes zur „Entwicklung der Produktivkräfte und Arbeiterklasse heute“.

Foto: Tom Brenner

Patrik Köbele, *Vorsitzender der DKP*

Im Entwurf des Leitantrags formulieren wir: „Die DKP steht für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus. Als marxistisch-leninistische Partei geht sie vom gesellschaftlichen Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und der Notwendigkeit der revolutionären Überwindung des Kapitalismus aus.“

Die Formulierung, dass wir eine marxistisch-leninistische Partei sind, ist strittig. Im heute gültigen Parteiprogramm formulieren wir: „Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt. Sie kämpft für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus.“ Diese Formulierung lässt Spielraum zur Interpretation. Leo Mayer ging hier bis zu der Aussage, dass die DKP keine marxistisch-leninistische Partei sei. Im Programm von 1978 hatten wir eine andere Formulierung: „Die DKP gründet ihre Politik auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Sie kämpft für die freie Verbreitung der Weltanschauung der Kommunisten, des Marxismus-Leninismus in der Bundesrepublik.“ Das ist wesentlich deutlicher, aber auch hier nicht die Formulierung von der marxistisch-leninistischen Partei.

Marxismus-Leninismus

Was war der Hintergrund? Zentraler Hintergrund für die Formulierung von 1978 war das KPD-Verbot. Intern haben wir uns immer als marxistisch-leninistische Partei verstanden. Und was war die Ursache für die Abschwächung im Programm von 2006? Aus meiner Sicht eine Kompromissformulierung, weil wir das Programm in einer Phase beschlossen, in der wir über zentrale Bestandteile der Leninschen Weiterentwicklung der marxistischen Weltanschauung stritten, zum Beispiel über die Imperialismusanalyse. Ich bin der Meinung, da sind wir heute weiter. Wir sind weiter, weil wir heute eindeutig erkennen, dass es keinen aktuellen Marxismus gibt, wenn Lenin über Bord geworfen wird. Denn das hieße, die Analyse von der Weiterentwicklung des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium über Bord zu werfen – mit all den Konsequenzen für die Staats- und Revolutionstheorie, aber auch für die Parteifrage.

Wohin das führt, das zeigen aus meiner Sicht durchaus aktuelle Beispiele. Wer nicht mehr vom Imperialismus, vom deutschen Imperialismus spricht, der glaubt schnell, dass eine Beteiligung am Mittelmeereinsatz zur Zerstörung syrischer Chemiewaffen der Abrüstung dient oder der landet bei Dietmar Bartsch, der angesichts von Merkels Mitwirkung an den Minsker Verhandlungen formuliert „ausnahmsweise können wir Stolz auf die Kanzlerin sein.“ So ein Unsinn. Merkel ist Kanzlerin im staatsmonopolistischen, imperialistischen Deutschland. Damit ist ihr Handeln ebenso wenig wie die Nichtbeteiligung von Schröder am Irakkrieg keineswegs dem geschuldet, dass beide zu Friedensengeln mutiert sind. Die Ursachen liegen in anderen Varianten einer Politik zur Durchsetzung der Interessen des deutschen Monopolkapitals bzw. der dominierenden Kapitalfraktionen.

Warum schlagen wir dann aber im Verhältnis zum geltenden Parteiprogramm eine Präzisierung vor? Wir wollen die Fehlinterpretationen hinsichtlich unserer weltanschaulichen Grundlagen ausschließen.

Nun wird möglicherweise eingewendet, dass der Termini „marxistisch-leninistisch“ in der Zeit in der kommunistischen Weltbewegung geprägt wurde, in der Stalin Generalsekretär der KPdSU war. Dies wundert allerdings wenig, denn dies wurde er ja bald nach Lenins Tod und Lenin sprach natürlich nicht selbst vom Leninismus, genauso wenig wie Marx vom Marxismus.

Auf der anderen Seite ist die Präzisierung, die wir vorschlagen auch ein Zeichen für den Standort der DKP in der internationalen kommunistischen Bewegung. Es gibt Parteien, die bereits in den 70iger und 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts bewusst auf diesen Terminus verzichtet haben, viele davon haben sich zu reformistischen Parteien entwickelt oder aufgelöst. Es gibt aber auch Parteien die diesen Terminus bis heute benutzen oder sich von neuem dazu bekennen. Da stellen wir uns in keine schlechte Nachbarschaft. Es sind zum Beispiel die Kommunistischen Parteien aus Kuba, Portugal, Griechenland, Irland, Luxemburg, Ungarn, Südafrika, die Brasilianische KP oder die Ungarische Arbeiterpartei.

Wir wollen also die Debatte, die es zu dieser Frage gab mit dem Parteitag zu einer Entscheidung führen.

Frage der Hegemonie

Eine zweite Formulierung, die in der Vergangenheit strittig war, ist, wie wir es im Entwurf formulieren: „In der Arbeiterklasse muss die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus heranreifen. Es bedarf der Hegemonie der revolutionären Weltanschauung in der Arbeiterklasse, damit sie sich von der Klasse an sich zur Klasse für sich formieren kann. Ein solches revolutionäres Klassenbewusstsein zu entwickeln, in der Klasse zu verankern und mehrheitsfähig zu machen, das ist die zentrale Aufgabe der kommunistischen Partei.“ Im Unterschied zum Beispiel zu den Thesen des alten PV-Sekretariats, die von Teilen der Parteiopposition immer wieder herangezogen werden, formulieren wir also als klares Ziel der kommunistischen Partei, dass sie um die Hegemonie der revolutionären Weltanschauung kämpft und dass die Entwicklung von Klassenbewusstsein ihre zentrale Aufgabe ist. Damit formulieren wir eine klare Absage an zentrale Inhalte dieser Thesen – das ist von uns gewollt, wir halten es für notwendig, aber mittlerweile eben auch ausdiskutiert.

Ebenfalls im Leitantrag formulieren wir: „Die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel sind die Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus.“ Das stimmt mit den Aussagen im gültigen Parteiprogramm überein, dort heißt es: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln.“ Aber auch diese Frage scheint mir strittig, aber entscheidbar. Strittig daher kommt sie immer wieder beim Streit um den Terminus von der Diktatur des Proletariats. Nun bedeutet Diktatur nichts anderes als Herrschaft und ja, wir gehen davon aus, dass es sich beim Kapitalismus um die Diktatur der Bourgeoisie handelt. Dass die DKP den Terminus „Diktatur des Proletariats“ in den programmatischen Dokumenten nicht verwendete, hat wiederum mit dem KPD-Verbot und dem veränderten Sprachgebrauch zu tun – es war aber doch nie eine Absage an die Richtigkeit der Aussagen beispielweise im kommunistischen Manifest.

Dem gegenüber lese ich im von Uwe Fritsch eingereichten Alternativpapier „Positionen zu den Inhalten eines Leitantrags zum 21. Parteitag“: „Wir stehen in der Tradition der kommunistischen Bewegung mit ihren Erfolgen, Niederlagen und Erfahrungen. Zu diesen Erfahrungen zählen: (…) dass ein neuer Sozialismus keiner Diktatur bedarf, sondern einer breiten demokratischen Übereinstimmung der Arbeiterbewegung mit allen linken und emanzipatorischen Bewegungen.“ Nun könnte man ja sagen, am zweiten Teil des Satzes ist vieles richtig, die Absage an den Ausdruck der Diktatur nur eine Flapsigkeit. Allein mir fehlt der Glaube. Denn klarere Aussagen findet man in anderen Dokumenten von Genossinnen und Genossen der Opposition. Walter Listl formuliert in einem Artikel mit der Überschrift „Die Bedingungen einer Transformation des neoliberalen Kapitalismus“, dass „das Konzept einer Diktatur des Proletariats nicht ernsthaft aufrecht erhalten werden kann.“ Er formuliert dort: „Es wäre falsch zu glauben, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts durch einen revolutionären Prozess entstehen würde.“*

Quasi eine Begründung dafür liefert er auch, wenn er sagt, dass „das alte Industrieproletariat kleiner geworden ist und sich in zahlreiche Fraktionen aufgeteilt (hat). Daneben entstanden sehr viele unterdrückte Klassen und Gruppen, die unter bestimmten Umständen zu wichtigen Akteuren gesellschaftlicher Veränderungen werden können.“ Das unterscheidet sich tatsächlich sehr von unserer Analyse. Wir sehen beispielsweise keine Vielzahl neu entstandener Klassen.

Mit Sicherheit wird das Argument kommen, dass diese Streitfragen doch heute kaum von Bedeutung seien. Das halte ich für grundfalsch, wir sehen an der Entwicklung der Partei Die Linke wohin es führt, wenn Grundfragen über Bord geworfen werden. Wir sehen durch die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung, dass dies eine Orientierung nach dem Motto „Der Weg ist alles, das Ziel ist Nichts“ darstellt und die hat schon immer revolutionäre Organisationen zerstört.

Demokratischer Zentralismus

Im letzten Kapitel des Leitantrags, das die Überschrift „Stärkt die DKP“ trägt formulieren wir: „Zentral für die Entwicklung der DKP ist die Entwicklung der Grund- und Bezirksorganisationen. In den Grundorganisationen kommen Menschen mit unseren GenossInnen organisiert als Partei in Berührung, hier entwickeln sich Menschen zu KommunistInnen – in Theorie und Praxis. Die Grundorganisationen sind in ihrem Organisationsgrad sehr unterschiedlich und zum Teil unterentwickelt. Sie können sich nur entwickeln, wenn örtliche und zentrale Schwerpunkte miteinander in Einklang gebracht werden und eine Unterstützung und Anleitung durch die übergeordneten Leitungen erfolgt. Wir beschließen bundesweit eine gemeinsame politische Orientierung und setzen sie angepasst an die örtlichen Bedingungen um. Das ist die beste Möglichkeit unsere Partei zu stärken und schrittweise zu entwickeln.

Freiheit der Diskussion, Einheit in der Aktion – dies ist eine Bedingung dafür, dass der Meinungsstreit mittels des Kriteriums der Praxis zu Erkenntnisfortschritten führen kann.“

Wir sehen also die Diffenziertheit der Situation unserer Gruppen und sagen trotzdem, dass der demokratische Zentralismus unverzichtbar ist. Dem erteilt aber das von Uwe eingereichte Alternativpapier eine klare Absage. Dort wird formuliert, dass „die politische Stärkung der Gruppenarbeit nicht durch Kampagnen von oben oder im Sinne eines Durchorganisierens der Partei zu erreichen (sei)“, Es heißt dort: „Die konkrete Politik muss demokratisch vor Ort entwickelt werden.“ Das alles seien „wichtige Lehren aus einem überzentralisierten Parteiverständnis des letzten Jahrhunderts.“ Nun ich halte das für eine völlig undifferenzierte Herangehensweise an unsere Geschichte und für eine Absage an den demokratischen Zentralismus. Dem entspricht aber auch die Entstehung des Alternativpapiers. Es handelt sich keineswegs um eine Auseinandersetzung mit dem Entwurf des Leitantrags, da es entstanden ist, als dieser noch gar nicht vorlag.

Dass die Absage an den demokratischen Zentralismus ernst gemeint ist, beweist nicht zuletzt das Aufkündigen des gemeinsamen Handelns durch die Durchführung einer Separatveranstaltung parallel zu unserer Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Veranstaltung in Berlin. Dass dabei der Verein marxistische Linke e.V. alles andere ist, als eine Struktur, die sich keinesfalls in die DKP einmischen will, beweisen die immer wiederkehrenden direkten Angriffe auf die UZ, den Parteivorstand oder das gemeinsame Handeln.

Zum Alternativpapier

Zum von Uwe eingereichten Papier hatte ich im Referat der 10. PV-Tagung formuliert: „Im Grundsatz ist es aus meiner Sicht tatsächlich ein nicht-kompatibles Alternativpapier. Wo sehe ich unter anderem diese Inkompatibilitäten?

★ In der Analyse: Auch, wenn das Wort imperialistisch vorkommt, eine Analyse des heutigen Imperialismus unterbleibt (…) die Tendenz ist, im Unterschied zum Parteiprogramm, das Abgehen von der Imperialismusanalyse.

★ Die Machtfrage wird eigentlich nicht gestellt bzw. sie wird als Frage der Diktatur missliebig umgangen.

★ Das Verhältnis von Klasse und Bewegung wird nivelliert.

★ Die Demokratiefrage wird klassenneutral behandelt.

★ Die Rolle der Kommunistischen Partei ist die einer Denkfabrik, ihres darüber hinaus gehenden Charakters als initiierende, agierende, mobilisierende und revolutionäres Bewusstsein verbreitende Kraft wird sie weitgehend beraubt. (…)

★ die Schwäche der DKP wird zum Anlass genommen, um den demokratischen Zentralismus seines zentralistischen Teils zu berauben.“

Dem steht der Leitantrag klar entgegen. Er zeichnet das Bild einer Kommunistischen Partei, die anerkennt, dass die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt ist, und die als zentrale Aufgabe für sich definiert die Arbeiterklasse von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich zu formieren.

Er definiert, die DKP als Kraft, die von der Erkennbarkeit der Welt ausgeht und für sich bestimmt, dass das Instrument dafür die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ist. Wir grenzen uns ab von Dogmatismus und Opportunismus. Wir sagen, dass wir, auch in nicht-revolutionären Zeiten unser Handeln daran messen, wie es der Vorbereitung der Revolution dient. Deswegen können wir niemals darauf verzichten, um die Hegemonie des Kommunismus in der Arbeiterklasse und in den Bewegungen zu kämpfen. Wenn wir das täten, würden wir auf den Sozialismus verzichten.

Und wir entscheiden uns bewusst für die Kombination aus Freiheit der Diskussion, Einheit der Aktion und damit für eine Verbindlichkeit von Beschlüssen. Dies ist eine bewusste Absage an das Aufgehen in einer Mosaiklinken.

Natürlich ist der Entwurf des Leitantrags zu verbessern und die kollektive Weisheit der Partei wird das tun. Verbessern, nicht verwässern.

Die Partei hat das Wort, der Parteitag wird entscheiden.

* Anmerkung des Autors: Zu diesem Satz erreichte mich eine Richtigstellung von Genossen Walter Listl. Dieser Satz ist nicht von Ihm, er zitiert hier Atilio Boron, mit dem er nicht völlig übereinstimmt. In seinem Artikel war dieser Satz als Teil eines Zitates zu erkennen. Ich entschuldige mich für diesen Fehler.
Patrik Köbele

Der Kompass droht verloren zu gehen

Beitrag zur Theoretischen Konferenz am 21. Februar in Hannover

Thomas Hagenhofer,
Bezirksvorsitzender der DKP Saarland

Lasst mich zu Beginn ein paar Grundüberlegungen zu diesem Themenkomplex darstellen.

1) Wir sind gefordert, Antworten für die DKP in ihrer momentanen Verfasstheit zu finden und nicht für eine nicht vorhandene breit verankerte flächendeckend organisierte kommunistische Partei. Wir müssen mit einer Situation klar kommen, in der viele Genossinnen und Genossen kaum noch kollektiv verankert sind, die von schwächer werdenden Grundorganisationen und Leitungen geprägt ist. Überlagert wird diese organisatorische Schwäche von einer politisch-inhaltlichen. Wir laufen Gefahr als theoretisierende Bedenkenträger und Besserwisser wahrgenommen zu werden. Dies hat fatale Auswirkungen auf diejenigen, die schon jetzt starke Zweifel an einer Zukunftsfähigkeit der DKP haben und wirkt gelinde gesagt nicht einladend auf unser Umfeld.

In der Gesamtschau verstärkt sich die Krise unserer Partei durch eine dem Parteiprogramm widersprechende Verengung unseres politischen Profils. Die Mehrheit in der Parteiführung setzt immer wieder auf die engste Variante politischer Aussagen. Jüngstes Beispiel ist die Forderung nach einer antimilitaristischen Friedensbewegung in einer Zeit, in der doch angesichts der Bedrohungen die Anforderung sein muss, eine breit getragene Anti-Kriegsbewegung zu entwickeln. All dies verstärkt die Rückzugstendenzen bei vielen Genossinnen und Genossen. Wir entwickeln durch eine solche Herangehensweise keine politische Attraktivität in unser Umfeld hinein sondern isolieren uns.

2) Neben der eigenen Verfasstheit verändert sich die Rolle einer KP aufgrund verschiedener Parameter:

★ aufgrund der gesellschaftlichen Situation/der Entwicklung der Widersprüche/dem Niveau der Klassenkämpfe

★ der Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterklasse

★ den Anforderungen der arbeitenden Menschen an ihre eigenen Organisationen

Was kann und was muss die DKP also heute leisten?

Die DKP kann trotz ihrer geringen Organisationskraft eine wichtige Rolle für die aktuellen Klassenauseinandersetzungen spielen. Ihre Funktion hat dabei weniger organisierenden als vielmehr Impulse gebenden Charakter. Sie kann attraktiv sein durch ein hohes Niveau der Politikentwicklung, wenn es gelingt, ausgehend von einer Analyse der heutigen gesellschaftlichen Situation eine – in einer gemeinsamen Debatte entwickelte – Politik in die Auseinandersetzungen einzubringen. Um wirksam zu werden, braucht die DKP ein gut entwickeltes Umfeld und Partnerinnen und Partner für ihre Politik. Hierzu zählen insbesondere Bewegungen und Bündnisse. Dabei müssen wir den Zusammenhang beachten zwischen der Weiterentwicklung der Bewegungen und der eigenen Stärkung. Nur eine stärkere DKP kann die wachsenden Anforderungen in den Bewegungen auch in Zukunft meistern. Es geht also nicht um das Aufgehen in Bündnissen sondern darum zu begreifen, dass Bündnisse zu entscheidenden Bewegungsformen im Klassenkampf werden können. Dies wiederum setzt voraus, dass Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und gemeinsamer Kampf und gemeinsames Lernen in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden.

Auf zentraler Ebene findet stattdessen eine schleichende Entpolitisierung der DKP durch den Abschied von einer attraktiven Politikentwicklung statt. Das Konzept eines zu erkämpfenden Politikwechsels, von breiten gesellschaftlichen Allianzen wird ersetzt durch eine verengte Bündnispolitik zum Beispiel die nach einer antimonopolistische Bewegung und durch platte Losungen. Am Ende bleibt nur der Kampf ums Teewasser also Interessenvertretung und die Sozialismuspropaganda. Dazwischen gibt es nichts mehr, worauf sich die Entwicklung einer ausstrahlenden Politik der DKP gründen könnte.

Beispiel Griechenland

Ein drastischer Beleg für diese Zustandsbeschreibung ist das Versagen in Zusammenhang mit den Entwicklungen in Griechenland. Seit Wochen ist der Umgang mit dem Regierungswechsel in Griechenland von Besserwisserei, Notenvergeben und einer regelrechten Anti-Syriza-Phobie geprägt, leider auch in der UZ.

Tatsache ist doch, dass die Parteien, die Griechenland im Dienst des großen Kapitals regiert haben und zusammen mit der EU verantwortlich sind für die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Desasters, eine Niederlage erlitten haben. Dieses Wahlergebnis ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis von Widerstand und inhaltlicher Auseinandersetzung mit der Politik der Herrschenden. Das war doch ein vielseitiger erfolgreicher Prozess. Bei den Wahlen kamen die tiefe Unzufriedenheit und der Wille zu politischer Veränderung des griechischen Volkes zum Ausdruck. Es will ein besseres Leben! Stellen wir uns vor, bei uns gäbe es eine ähnliche Entwicklung! Ist das nicht – trotz aller Widersprüche, ja, wie denn sonst – genau die Chance auf einen Politikwechsel, der bis zum letzten Parteitag unsere Aussagen zur kurzfristigen Strategie und Taktik der DKP bestimmt haben?

Ist es nicht unsere Aufgabe auch mit einer kämpferischen und die eigentlichen Gegner ins Visier nehmenden Politik zu helfen, Druck von der Regierung in Griechenland zu nehmen um deren Spielräume, auch zur Realisierung von Wahlversprechen, zu erweitern?

Ist es nicht dringend erforderlich und überfällig, dass der Parteivorstand der DKP entsprechende politische Forderungen an die Bundesregierung, an die etablierten Parteien und Parlamente entwickelt?

Wäre dies einer kommunistischen Partei nicht angemessener als fortlaufend einen stattfindenden oder bevorstehenden „Verrat" von Syriza zu diagnostizieren und in die politische Agitation zu bringen? Dies ist nichts anderes als die Verweigerung der antiimperialistischen Solidarität und führt in die politische Sackgasse!

Die Lebenssituation in den südeuropäischen Ländern ist nicht mit denen bei uns vergleichbar und doch leiden wir unter der gleichen Politik. Wir versuchen derzeit als Bezirksorganisation aus der Sicht und unter den Bedingungen unseres Bundeslandes im Saarland Antworten auf die Herausforderungen der Austeritätspolitik zu entwickeln, setzen auf eine eigene Kampagne und versuchen, bei der Entstehung neuer Bündnisse zu helfen.

Aus unserer Sicht, der der DKP Saarland, hilft angesichts der fatalen Auswirkungen der kapitalistischen Krise nur ein radikaler Politikwechsel. Es geht uns jetzt um die Bündelung der Kräfte, die sich im Widerspruch zu der neoliberalen Politik befinden und nach Lösungen suchen.

Das heißt jetzt: Die Entwicklung des vernetzten und gemeinsamen Widerstandes, die Schaffung von trag- und handlungsfähigen Mehrheiten auf der Basis überzeugender inhaltlicher Alternativen.

Die entsprechende Passage im Parteiprogramm der DKP 2006 lautet:

„In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt."

Dem gegenüber steht das, was Patrik auf der 7. PV-Tagung zur Bündnispolitik ausführte: „Dabei ist immer zu beachten, dass wir Bündnisse eingehen, um etwas zu erreichen UND um die Positionen von Bündnispartnern zu verändern oder sie auch als Partner für die proletarische Revolution, den sozialistischen Aufbau zu gewinnen…" Wo leben wir denn?

Diese Art von Bündnispolitik würde doch mit Recht Instrumentalisierung genannt und wir verstärkten unsere Isolation! Bleibt nur zu hoffen, dass unsere Bündnispartner dieses Referat nicht lesen und uns nicht vorhalten! Was für eine Diskrepanz zu den Ausführungen im Parteiprogramm:

„Die Existenz einer breiten Schicht von ausgebeuteten und Ausgegrenzten eröffnet die Möglichkeit und die Notwendigkeit, alle Betroffenen in einem alternativen politischen und sozialen Projekt zusammenzuführen, sie als Gesamtheit in ihrer Vielfalt und Autonomie zu vereinen." Soweit das Programm.

Wir bemühen uns in unserem Bezirk auf dem Boden des gültigen Parteiprogramms zu arbeiten, es kreativ unter unseren Bedingungen anzuwenden und umzusetzen. (…)

Politikentwicklung vor Ort

Die DKP ist als Bundespartei existentiell bedroht. Die Zahl der Mitglieder geht ständig zurück, die Überalterung schreitet voran. Die Strukturen werden oft nur noch vorgehalten, ohne dass dort real politisch gearbeitet werden kann. Nur ein Teil der Gruppen führt regelmäßige Gruppenabende durch, Betriebs-, Kommunal- und Landespolitik kann nur begrenzt entwickelt werden. Zwar ist die Lage unterschiedlich, aber die Haupttendenzen entwickeln sich negativ.

In dieser Situation Auswege zu finden und zu gehen erfordert ein hohes Maß an Solidarität, innerparteilicher Demokratie und der Bereitschaft zum selbstlosen Engagement!

Die DKP kann dann attraktiv werden, wenn sie sich vor Ort stärker in die politischen Auseinandersetzungen einbringt. Hierzu bedarf es vor allem einer politischen Stärkung der Grundorganisationen sowie der Genossinnen und Genossen, die in ihrem politischen Umfeld arbeiten, um ihr aktives Eingreifen zu sichern.

Die Menschen spüren sehr deutlich, ob wir mit eigenen selbst entwickelten Aussagen und Forderungen zu aktuellen Fragen auftreten oder pauschale vereinfachende „Wahrheiten" ohne Bezug zu den sie bewegenden Fragen in Betrieb und Gewerkschaft, in den Kommunen, Regionen und Bündnissen verkünden. Deshalb müssen die Grundorganisationen der DKP, die Genossinnen und Genossen in ihrem jeweiligen politischen Tätigkeitsfeld, sich wieder stärker dazu befähigen, eigenständig Politik zu entwickeln und einzugreifen. Voraussetzung dazu ist eine stärkere Vermittlung der Kernbestandteile unseres Parteiprogramms.

Die DKP kämpft nicht nur um das Teewasser und die Revolution, sie hat eine Strategie, die aktuell den Kampf für einen Politikwechsel und die Bildung von strategischen Allianzen gegen neoliberale Politik in den Mittelpunkt rückt. Genossinnen und Genossen erarbeiten sich in Grundorganisationen gemeinsame Positionen zu den Fragen, die den Menschen vor Ort auf den Nägeln brennen. Diese sollen dann sowohl in den Aktionen der Gruppen als auch

Foto: Tom Brenner

im eigenständigen Auftreten in Betrieb, Gewerkschaft, Bündnis, in der Schule oder der Stadtteilarbeit vertreten werden.

Die politische Stärkung der Gruppenarbeit ist nicht durch Kampagnen von oben oder im Sinne eines Durchorganisierens der Partei zu erreichen. Selbstständige Politikerarbeitung auf der Grundlage des Parteiprogramms erfordert die politische Qualifizierung der Mitglieder. Parteiweite Kampagnen benötigen eine breite Diskussion in der gesamten Partei und die Überzeugung der aktiven Genossinnen und Genossen vor Ort, um Wirkung zu erzielen. Die konkrete Politik muss demokratisch vor Ort entwickelt werden.

Gerade in nicht-revolutionären Zeiten mit großen Veränderungen, sich zuspitzenden Krisen und permanenten Kriegen ist es in einer kommunistischen Partei erforderlich, ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie und Debattenkultur, an Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik zu verwirklichen. Nur dann können neue Entwicklungen inhaltlich durchdrungen und Schlussfolgerungen für Programmatik und Politik gezogen werden. Die demokratische Erarbeitung von politischen Standpunkten und die anschließende demokratische Beschlussfassung auf der Grundlage gemeinsamer Positionen sind Voraussetzung für kollektive Umsetzung. Kontroverse Themen müssen in der Partei weiter diskutiert werden können. Dies steht nicht im Widerspruch zur gemeinsamen Aktion auf Grundlage beschlossener Positionen.

Die besondere Bedeutung der Grundorganisationen als politikentwickelnde Einheiten und die Vorbereitung von politischen Initiativen der gesamten Partei durch eine breite Diskussion sind wichtige Lehren aus einem überzentralisierten Parteiverständnis des letzten Jahrhunderts. Genossinnen und Genossen bringen sich als überzeugte Kommunistinnen und Kommunisten eigenständig, mit ihrer eigenen Persönlichkeit in die Kämpfe ihrer Zeit ein und erwarten ein Höchstmaß an Einflussmöglichkeiten auf die Politik der DKP und demokratischer Beteiligung als Grundlage für das gemeinsame Handeln. Die Bereitschaft, sich dauerhaft in einer Partei zu organisieren, ist in der heutigen Gesellschaft stark rückläufig. Das Engagement fußt gerade bei jungen Menschen eher auf der Attraktivität von Projekten und Initiativen als auf der einer Programmatik. Die DKP muss sich diesen Veränderungen stellen und neue Möglichkeiten der Mitarbeit in der DKP entwickeln.

Gemeinsame Debatte

Die Zerrissenheit der DKP ist nicht zu überwinden durch die Verweigerung der gemeinsamen Debatte. Wenn die DKP die momentane Krise überstehen soll, dann brauchen wir Bewegungsformen, die zentrale Umsetzung der entwickelten Politik gewährleistet, ohne diejenigen aus der Partei hinauszudrängen, die Teile dieser Politik nicht mittragen können. Das kann nur so, wie es das Statut vorgibt, nach den folgenden drei Grundprinzipien funktionieren: Breit geführte Debatte, keine Behinderung der Umsetzung von Mehrheitsbeschlüssen, kein Zwang, gegen die eigene Überzeugung handeln zu müssen. Bestes Beispiel für dieses Prinzip ist die heutige Konferenz selbst. Der Charakter dieser Konferenz als Versuch des streitbaren Dialogs war ja auch im Parteivorstand umstritten, ein Lernprozess. Man kann ihn wohl so zusammenfassen: Alle Versuche, einen Bruch in der Partei herbeizuführen, der einen Teil dieser Partei aus derselben hinausdrängt, riskieren den Zusammenbruch der DKP. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis in allen Teilen der Partei durchsetzt. Die Forderung nach Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit der marxistischen Linken oder das Verbot des Infostands auf dem Pressefest ist kein Zeichen von Stärke sondern von Isolation und inhaltlicher Abschottung.

Mit dem Parteiprogramm von 2006 hat die DKP nicht nur wichtige Schlussfolgerungen aus dem Zusammenbruch und der Zerschlagung des Sozialismus in Europa gezogen. Sie hat sich auch ein schlüssiges Konzept, einen programmatischen Kompass auf dem Weg zu einem neuen Ausbruch aus dem Kapitalismus, zu einer sozialistischen Gesellschaft erarbeitet. Dieser Kompass droht verloren zu gehen und damit die Einzigartigkeit unserer Partei.

Diskussionstribüne

In den kommenden Monaten besteht die Möglichkeit die Parteidebatte mit Beiträgen von maximal 4500 Zeichen (mit Leerzeichen) von Gliederungen der DKP, aber auch von einzelnen GenossInnen zu unterstützen.
Dabei bitten wir um eine auf Inhalte bezogene Sachdebatte im Interesse der gesamten Partei, bei Achtung aller GenossInnen.
(a) Die Redaktion behält sich bei Überlänge Kürzungen vor. Bitte signalisiert, wenn ihr eine Abstimmung möchtet.
(b) Beiträge von Parteigliederungen werden zunächst gegenüber Beiträgen einzelner GenossInnen bevorzugt.
(c) Zweit- oder Drittbeiträge werden in die Warteschlange gestellt.

Ein Diskussionsforum bietet außerdem das Nachrichtenportal des DKP-Parteivorstandes news.dkp.de
Der Leitantrag steht unter: www.dkp-online.de/pv/10pv2 014/leit21pt.pdf

Unser Genosse

Oskar Rothstein

4. 12. 1923 – 15. 2. 2015

ein Kämpfer gegen Faschismus, Verfolgung und Unrecht, für Gerechtigkeit, Frieden und eine bessere Welt, musste den Kampf aufgeben. Schon als Jugendlicher musste er vor den Faschisten fliehen und kam mit einem Transport jüdischer Kinder nach England.

Oskar organisierte sich nach 1945 in der KPD und 1968 in der DKP. Viele Jahre betreute er das Archiv des Parteivorstandes und der UZ in Düsseldorf.

Bis kurz vor seinem Tod verfolgte er die Entwicklung in unserem Land und in der Welt genau und kommentierte das Geschehen von seinem Standpunkt aus. Ihn bedrückte, dass er selbst nicht mehr am Tagesgeschehen aktiv teilhaben konnte.

So allein, wie er 1939 Familie und Heimat verlassen musste, so allein verließ er jetzt die Welt.

DKP Kreis Duisburg
VVN-BdA Kreisvereinigung Duisburg
DKP-Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
DKP-Parteivorstand

Die Trauerfeier für Oskar findet statt am Mittwoch, 11. März 2015 um 10 Uhr in der Trauerhalle des Katholischen Friedhof, Möhlenkampstr. 44-48, 47139 Duisburg-Beeck

Statt Blumen o. ä. bitten wir im Sinne von Oskar Rothstein um Spenden auf das Konto des Kampffonds der DKP. Konto DE36 4306 0967 4002 487502
GLS Gemeinschaftsbank e. G. Bochum

Einladung zur Diskussionsveranstaltung der DKP Baden-Württemberg:

DKP in Aktion – Bilanz ziehen, Neues erkennen, Chancen nutzen – gegen Monopolmacht, Kriegspolitik und Rechtsentwicklung

Zum Entwurf des Leitantrags für den 21. Parteitag der DKP

- Werden die aktuellen Zuspitzungen, national und international, zutreffend eingeschätzt?
- Was kann und soll verbessert werden, ohne ihn zu verwässern?
- Welche Kriterien wollen wir anlegen, um die größtmögliche Klarheit in der Partei zu erreichen?

Vortrag und Diskussion mit Dr. Hans-Peter Brenner, Stellvertretender Vorsitzender der DKP

am Sonntag, 22. März 2015 um 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr
in Stuttgart-Ost, Restaurant Theater Friedenau, Rotenbergstr. 127

MARX ENGELS STIFTUNG
www.marx-engels-stiftung.de

Die Marx-Engels-Stiftung lädt ein zu zwei Seminaren im Marx-Engels-Zentrum, Gathe 55, Wuppertal:

Seminar zur „Neuen Marx-Lektüre“
mit dem Wirtschaftswissenschaftler H. Wendt
Samstag, 14. März, 11-17 Uhr

Die „Neue Marx-Lektüre“ ist an bundesdeutschen Universitäten zum hegemonialen Paradigma der Marx-Interpretation aufgestiegen. Gegen die als „Traditionsmarxismus“ oder „Arbeiterbewegungsmarxismus“ bezeichnete Theorietradition gerichtet, beansprucht sie, ein authentisches Verständnis des Marxschen Werkes gegen seine Verfälschung durch Friedrich Engels und dessen Nachfolger zu verteidigen. Kerninhalte marxistischen Denkens werden unter Ideologieverdacht gestellt und verworfen.
Anspruch und wissenschaftliche Wirklichkeit sind jedoch zweierlei. Die Frage, wie es um die theoretische Konsistenz und das gesellschaftskritische Potenzial der Neuen Marx-Lektüre bestellt ist, soll auf dieser Veranstaltung untersucht und diskutiert werden.

Seminar „Von Thales zu Heraklit – eine philosophische Archäologie“
mit dem Philosophen W.-D. Gudopp
Sonntag, 15. März, 11-17 Uhr

Unser Seminar zu Solon von Athen (um 600 v. u. Z.) im März letzten Jahres war ein Experiment – und wurde ein großer Erfolg: 20 aufmerksame und begeisterte Teilnehmer/innen, trotz des scheinbar so abgelegenen Themas.
Das ermuntert uns und den Referenten, mit der philosophischen Archäologie fortzufahren – wobei es diesmal um gleich mehrere der frühen griechischen Denker gehen soll: Thales, Anaximander, Anaximenes, Xenophanes, Parmenides, Heraklit.
Wir hoffen erneut auf eine große Zahl von Leuten, deren Neugier weiter zurückreicht als bis ins 19. Jahrhundert ...
Nähere Infos unter http://www.marx-engels-stiftung.de/files/von-Thales-zu-Heraklit.pdf

Kostenbeitrag für die Seminare (inkl. Mittagsimbiss und Getränke): je 6 Euro, ermäßigt 4 Euro.
Wir bitten um Anmeldung bis Mittwoch, 11. März, bei Marx-Engels-Stiftung, Gathe 55, 42107 Wuppertal, unter marx-engels-stiftung@t-online.de oder über 0211-680 28 28 (Hermann Kopp).

Wir gratulieren ganz herzlich unserer Genossin

Marianne Wilke

zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes

Liebe Marianne,

mit großer Freude haben wir von dieser Auszeichnung erfahren und freuen uns mit Dir und Deiner Familie. Du gehörst zu den wenigen, die diese Ehrung wirklich verdienen! Mit Deiner jahrzentelangen Zeitzeugen- und Gedenkstättenarbeit hast Du es Dir wirklich erarbeitet. Deine antifaschistischen Aktivitäten haben überall Spuren hinterlassen.

Dein Vorbild spornt uns weiterhin an, die immer noch notwendigen Auseinandersetzungen gegen Faschismus und Krieg unermüdlich weiterzuführen – Mit dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus werden wir ein deutliches Zeichen dafür setzen.

Wir wissen, dass Du, liebe Marianne, mit Deinem Mann und Kampfgefährten Günther weiter Deine Stimme erheben wirst.

Als Zeitzeugin bist Du oft gefordert und die Termine häufen sich. Teile Deine Kräfte ein, denn wir brauchen Dich noch lange.

Dir und Deiner Familie möchten wir von ganzem Herzen danken.

Wir sind froh, Dich in unserer Reihen zu haben und mit Dir gemeinsam zu kämpfen.

Deine Genossinen und Genossen aus Schleswig-Holstein

Internationaler Frauentag 2015

Frauen für den Frieden
Situation der Frauen in Deutschland, der Türkei und Kurdistan-Irak

Samstag, 7. März 2015 – Beginn: 16.00 Uhr
Ort: Türkisches Volkshaus e.V.
Werrastraße 29, 60486 Frankfurt-Bockenheim

Veranstaltung der DKP Frankfurt/Main
unterstützt durch Referentinnen vom Türkischen Volkshaus e.V
und Haukari e.V. Frankfurt/Main

Frauen im Widerstand
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Porträts saarländischer Antifaschistinnen

Dienstag, 10. März 2015, 19.00 Uhr

Theater Blauer Hirsch
Saargemünder Straße 11
66119 Saarbrücken.

mit den KünstlerInnen: Élodie Brochier, Wollie Kaiser und Musikandes

Eintritt frei, um Spende wird gebeten.

Eine Veranstaltung der DKP Saarland zum Internationalen Frauentag

---

Gemeinsam diskutieren - die DKP Nürnberg lädt ein:

Frauen im Widerstand
Irene Salberg, ver.di-Regensburg
Freitag, 6. März, 19.00 Uhr
im Andreasstadl, Regensburg, Andreasstr. 26

„Frauen gegen Hitler"
Dr. Martha Schad liest aus ihrem Buch
Montag, 16. März, 19.00 Uhr
Stadtbücherei Hof / Saale (Wörthstr. 18)
Veranstaltung der VVN-BdA Hof-Wunsiedel

Kantine statt Küche!
Hintergründe zur Frauenpolitik in der DDR

8. März 2015
14:00 Uhr
Rotes Zentrum, Reichstr. 8

In der DDR gab es flächendeckend kostenlose Kitaplätze? Familie und Beruf sollen leichter miteinander vereinbar gewesen sein? Wie anders war die Frauenpolitik in der DDR? Und wie muss eine Gesellschaft ausschauen, in der Frauen tatsächlich gleichgestellt sind?

Dazu haben wir Nina Hager eingeladen. Die ehemalige Professorin der Humboldt Universität und Chefredakteurin der Wochenzeitung „Unsere Zeit“ wird sich mit uns über Frauenpolitik im Sozialismus unterhalten. Welche Bedeutung die ökonomischen Rahmenbedingungen dafür haben und über ihre Erfahrungen mit der Familien- und Bildungspolitik der DDR.
Eine leckere Soljanka erwartet alle, die bereits etwas früher vorbeischauen.

DKP

V.i.S.d.P.: Walter Bauer, Reichstr. 8, 90408 Nürnberg

Der Sozialismus
beweist uns, wo man ihn in neuester Zeit
abschaffte, seine Unentbehrlichkeit.

Peter Hacks

André Müller sen. zum 90. Geburtstag

Lieber André, es ist uns eine Freude, Dich heute beglückwünschen zu dürfen.

Dein Werk wie Dein Leben sind eine solide Lehre für standhafte Gegner der Unvernunft und des Imperialismus. An Deiner Arbeit über Shakespeare werden Generationen von Wissbegierigen Freude haben. Von Ausbeutung und Unterdrückung befreit, werden die Menschen einst bei Dir lernen können, wie gutes Theater geht. Und nicht zuletzt wird man bei der Zubereitung von Fasan oder Wildkaninchen à la française die Müllersche Kochliteratur loben.

Der faschistischen Haft entronnen, bist Du nach 1945 in die KPD in Köln eingetreten, wurdest Schreiner und Redakteur der Parteizeitung; von dort aus Theatermann und Schriftsteller. Die großartige Verbindung von kommunistischer Standhaftigkeit und lehrreicher Heiterkeit ist es, die uns Dich so schätzen lässt.
Für Dein tiefgründiges, lebenslanges Lob des Kommunismus danken wir Dir.

Verbunden mit den allerbesten Wünschen gratulieren wir herzlich!

Volker Braun, Klaus Emmerich, Georg Fülberth, Anna Gudera-Mach, Klaus Hartmann, Ute Hladki, Silvia Holz-Markun, Stefan Huth, Manfred Idler, Tom Klingenberg, Hans-Joachim Knoben, Patrik Köbele, Tobias Kriele, Monika Krotter-Hartmann, Jutta Markowski, Mathias Meyers, Hacki Münder, Renate Münder, Hubert Piske, Ingeborg Piske, Klaus von Raussendorff, Karoline Roscher, Ann Rupp, Rainer Rupp, Helmut Schmidt, Uta Schneider, Klaus Steiniger, Armin Stolper, Hans-Günter Szalkiewicz

---

Festveranstaltung zum 90. Geburtstag Robert Steigerwalds

Am 24. März 2015 wird der marxistische Philosoph und Politiker Dr. Robert Steigerwald 90 Jahre alt.
Die Marx-Engels-Stiftung, die Redaktion Marxistische Blätter, der Parteivorstand der DKP und die Fraktion „DIE LINKE.Eschborn“ laden aus diesem Anlass alle Interessierten ein zu einer wissenschaftlich-politischen Festveranstaltung.
Sie findet am Samstag, 21. März, im Stadtverordnetensaal der Stadt Eschborn, Rathausplatz 36 statt. Einlass 10.15 Uhr, Beginn 11.00 Uhr; Ende gegen 17.30 Uhr.

U. a. werden sprechen:
- Prof. Dr. Gretchen Binus, Berlin: Zum staatsmonopolistischen Funktionsmechanismus unter dem Zwang internationaler Kräfteverschiebungen
- Prof. Dr. András Gedö, Budapest: Postmoderne Marxismen?
- Willi Gerns, Bremen: Robert Steigerwalds Beitrag zur Herausarbeitung der strategischen Orientierung des Kampfes um antimonopolistische Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus
- Prof. Dr. Heinz Karl, Berlin: Wichtige Denkanstöße
- Patrik Köbele, Essen: Theoretiker der Praxis, Praktiker der Theorie
- Prof. Dr. Alfred Kosing, Antalya: Wie sozialistisch war der reale Sozialismus?
- Dr. Manfred Lauermann, Hannover: Hegel nach Marx
- Dr. Arnold Schölzel, Berlin: Marxismus und die Ursprünge der Frankfurter Schule
- Erich Schaffner, Mörfelden, steuert einen musikalisch-literarischen Beitrag zum Programm bei.

Kostenbeitrag (inkl. Mittagsimbiss und Getränke):
12,- Euro, ermäßigt 8,- Euro.
Wir bitten um Anmeldung – bis spätestens Dienstag, 17. März – bei Marx-Engels-Stiftung, Gathe 55, 42107 Wuppertal, unter marx-engels-stiftung@t-online.de oder (ab 8. März) über 0211-680 28 28 (Hermann Kopp).

„Griechenland, die Wahlen und die Perspektiven"
Referent von der KKE: Genosse Lukas Anastasopoulos

Donnerstag, den 12. März 2015, Bürgerhaus Bilk, Himmelgeister Straße 107, Beginn 19.00 Uhr

Eine Veranstaltung der DKP Düsseldorf

Entschleunigung:
Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark. 2 FeWo je 2–3 Pers. ganzjährig in Kratzeburg-Granzin. Havel & Havelseen, Boot & Rad.
Info: www.trinogga.de
Tel.: 0331/870796 (AB)

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Urlaub im schönen Havelland

– wald- und wasserreich – Nähe Berlin-Spandau preiswerte Ferienwohnung für 5 Personen (2 Zimmer, Wohnküche – Herd, Kühlschrank, Bad, Dusche, WC). Preis nach Vereinbarung. Näheres Tel./Fax: 033 231/60661

Toskana, nah am Meer
www.toskana-biohof.de | 0039.0566. 85478

Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.

Antifaschistische und antiimperialistische Orientierung

Betr.: „Die Mauer des Schweigens durchbrechen"; UZ vom 27. 2.

Aus den Veröffentlichungen für die Vorbereitung des 21. Parteitages der DKP hat die UZ einen politisch und theoretisch besonders wichtigen Beitrag in der Ausgabe vom 27. 2. veröffentlicht. Dies ist der Beitrag über die antifaschistische Karawane in den Donbass. Die antifaschistische und antiimperialistische Orientierung dieses Beitrages könnte die Dokumente zur Vorbereitung des Parteitages politisch und theoretisch bereichern. Hier sind die Erfahrungen unserer antifaschistisch-demokratischen Reformen noch wirksam. Sie fehlen in den bisherigen Dokumenten, obwohl sie für die Gegenwart von besonderer Bedeutung sind.

Hans Kölsch, Berlin

Irrungen und Verwirrungen

Betr.: Wahlsieg von Syriza

Wer am Wahlabend wie einer meiner griechischen Freunde die Gelegenheit hatte, nach den letzten Hochrechnungen, die den grandiosen Sieg von Alexis Tsipras anzeigten, durch die Athener Innenstadt zu spazieren, erlebte ein völlig normal frequentiertes Straßenbild. Dem entgegengesetzt waren nach den Wahlsiegen von Salvador Allende (1970) oder Hugo Chávez (2000, 2006, 2012) die Straßen von Santiago de Chile bzw. Caracas von Millionen von Menschen überflutet. Diese Massen demonstrierten, dass die Arbeiterklasse sich selbst als Akteur der Veränderungen verstand und diese nicht allein dem Parlament überlassen wollte.

Mehrere Leserbriefschreiber/innen betonen in der UZ jüngst gebetsmühlenartig die These, die KKE verweigere sich gleichsam wie eine Betonmauer jedweder Koalitionsregierung. Das Gegenteil ist der Fall. Die KKE verweigert sich einer Koalition, die in der EU ein demokratisches Vertragssystem und in der NATO ein friedliebendes Militärbündnis sieht. Diese These verschweigt, dass explizit Tsipras es ist, der seit seiner Übernahme des Vorsitzes von Syriza sich überhaupt nur die Frage nach einem Bündnis mit der KKE verbittet. Welchen Koalitionspartner er sich indes ausgeheckt hat, wäre selbst den ärgsten Syriza-Feinden im Traum nicht eingefallen: ANEL, hierzulande Afd genannt, heißt die Kröte, die nun alle Syriza-Sympathisanten schlucken müssen.

Dieselben Leserbriefschreiber/innen kolportieren den Unsinn, die KKE-Genossen/innen gingen geringschätzig mit den bevorstehenden, von der neuen griechischen Regierung angekündigten sozialen Verbesserungen um. Das Gegenteil ist auch hier der Fall: Die KKE hat stets ausdrücklich erklärt, dass sie im Parlament jede Maßnahme unterstützt, die eine Verbesserung für die arbeitende Klasse, die Arbeitslosen und die Rentner/innen bewirkt. Sie hat in der Vergangenheit ständig eigene Reformanträge ins Parlament eingebracht, z.B. die Anhebung des Mindestlohnes auf den Stand von 2009, also auf den Stand vor der Krise. Nicht ein Antrag fand die Zustimmung von Syriza. Im Übrigen versichern KKE und die klassenbewusste Gewerkschaft PAME, dass sie ihr konkretes Reformprogramm auch in Zukunft ins Parlament und durch Massenmobilisierung auf die Straße tragen werden.

Udo Paulus, Hildesheim

Jeder, der wirklich links ist …

Betr.: Solidarität mit linken Kräften

Solidarität mit anderen linken Kräften muss nicht – kann aber auch – ein hundertprozentiges Übereinstimmen mit allen Schritten der politischen Freunde voraussetzen. Wichtig ist, dass man als Linke/r die in Bewegung gesetzten Prozesse in Richtung Fortschritt sieht und unterstützt. In dieser vor-vor-vor … revolutionären Zeit, in der wir uns in Europa befinden, haben sich schon lange starke Kräfte gegen alles, was links steht, formiert. Diese Kräfte besitzen unglaublich umfangreiche Erfahrungen von Jahrzehnten der Unterdrückung und genauso viele militärische Möglichkeiten, um den Fortschrittsprozess zu unterbinden. Es wird mit verschiedenen Mitteln gekämpft, die einem alle erst mal bewusst werden müssen, um dagegenhalten zu können: Zwischen Desorientierung der Menschen (falsche Freunde loben, „vertrauenswürdige" Persönlichkeiten kritisieren in Grund und Boden, etc., etc.), über Provokationen, bis hin zu echten Lügen wird alles aufgefahren.

Linke dürfen auf all das nicht hereinfallen – sie müssen immer die Seite der Freunde hören, für die sie Solidarität entwickeln. Sie fiebern mit, ihnen tut jede Niederlage weh und jeder Sieg ist ein Sieg für alle.

Syriza diskutierte jetzt intern ausführlich die Vereinbarung mit der „Euro-Gruppe". Die Meinungen wurden von allen bewertet und am Ende stand die Entscheidung: Wir machen es richtig, wir machen weiter und zeigen jetzt, wie wir unser Programm, zusammen mit der Bevölkerung, durchsetzen.

Und jeder, der ein politisches linkes Herz hat, wird keine Häme empfinden, wenn es zu (Zwischen-) Niederlagen kommt, wird nicht auf sein Rechthaben pochen, sondern Solidarität üben.

Bettina Mandellaub, Frankfurt

Ostermärsche nutzen!

Betr.: Venezuela, Putsch verhindert; UZ vom 20. 2.

Putschversuch gegen die die Regierung Venezuelas (ähnlich wie 1973 gegen Chile). Wieder hatten die Amis ihre schmutzigen Hände im Spiel!

Die forcierte Provokation im Osten. Eine nie dagewesene NATO/US-Aufrüstung im Osten Europas. Die Destabilisierung Afrikas und des Nahen Ostens. Die Kreuz- und Ostlandritter reiten wieder. Auch innerhalb der EU wird die Austeritätspolitik vor allem gegen Griechenland forciert. Nur gut, dass die antiimperialististischen globalen Kräfte und Bündnisverhältnisse sich verbessern konnten. Nichtsdestotrotz muss der Kampf für Frieden und Abrüstung auch in der BRD verstärkt werden. „Denn der Feind steht im eigenen Land:" (K. Liebknecht) Nutzen wir die diesjährigen Ostermärsche vehement.

Falk Moldenhauer, Bochum

Wir bitten darum, uns kurze Leserzuschriften zuzusenden. Sie sollten unter der Länge von einer Spalte bleiben. Die Redaktion behält sich außerdem vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die Redaktion

termine@unsere-zeit.de

SA ★ 7. MÄRZ

Nürnberg: „Busse und Bahnen: Bezahlbar für alle!" Podiumsdiskussion mit Manfred Eber, Gemeinderat der KPÖ in Graz (Österreich), Sabine Leidig MdB „Die Linke", Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Berthold Söder, Mitglied im Vorstand des Verkehrsclub Deutschland (VCD) im Großraum Nürnberg. Veranstaltung der Linken Liste Nürnberg, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Kurt Eisner Verein. Nachbarschaftshaus Gostenhof, Aula, Adam-Klein-Straße, 18.00 Uhr.

Stuttgart: Vernissage „Ungebeugt durch die Haft – endlich frei. Antonio Guerrero – Bilder aus dem Gefängnis in den USA". Galerie Rolf Hartung, Im Mühlenbach 18, Köln, 18:00 Uhr. Die Ausstellung ist bis zum 31. März zu sehen.

MO ★ 9. MÄRZ

Dortmund: Jahreshauptversammlung der DKP-Gruppe Dortmund-Süd. Gildenstraße 20, 19.00 Uhr.

DI ★ 10. MÄRZ

München: „Neue globale Machtverteilung – Kriege und Kriegsgefahr", Gruppenabend der DKP Moosach-Pasing mit Conrad Schuhler. KommTreff, Holzapfelstraße 3, 19.30 Uhr.

MI ★ 11. MÄRZ

Röthenbach/Pegnitz: Jahreshauptversammlung der DKP Nürnberger Land mit dem DKP-Bezirksvorsitzenden Gustl Ballin. „Floraheim", 19.00 Uhr.

München: Diskussion der DKP München-Ost zum Hauptantrag an den 21. Parteitag mit Walter Listl. KommTreff, Holzapfelstraße 3, 19.00 Uhr.

DO ★ 12. MÄRZ

Essen: „Die Miami 5 sind frei – Die Kuba-Solidarität geht weiter – Macht mit!" Öffentliche Mitgliederversammlung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Essen. Themen: Kuba aktuell, Berichte, Auswertungen und Aktionsplanungen. Weitere Infos: www.cubafreundschaft.de. Gaststätte Linker, Oberdorfstraße 34 (Nähe Haltestelle Helenenstraße), 18.00 Uhr.

FR ★ 13. MÄRZ

Schweinfurt: Jahreshauptversammlung der DKP Gruppe Schweinfurt/Haßberge. Gabelsbergerstraße 1, 19.00 Uhr.

SO ★ 15. MÄRZ

Dinslaken: Kranzniederlegung für die Opfer des Kapp-Putsches, Kommunalfriedhof an der B8, 12.00 Uhr,

Lübeck: Jahreshauptversammlung der DKP Lübeck. Interkulturelle Begegnungsstätte e.V. (IKB) „Haus der Kulturen „, 19.30 Uhr.

Veranstaltungen der DKP zum Internationalen Frauentag

FREITAG, 6. MÄRZ

Offenbach: „Wir wollen Brot und Rosen". mit der Sängerin Sonja Gottlieb. Lieder und Texte zum Kampf der Frauen über 100 Jahre um Gleichberechtigung. Offenbach/Bieber, Wiener Hof, Saal, Langener Str. 23, Eintritt 8 Euro/5 Euro

SAMSTAG, 7. MÄRZ

Frankfurt/Main: „Frauen für den Frieden". Zur Situation der Frauen in Deutschland, der Türkei und Kurdistan-Irak. Eine Veranstaltung der DKP Frankfurt mit Unterstützung vom Türkischen Volkshaus e.V. Frankfurt und Haukari e.V. Werrastr. 29, 60 486 Frankfurt-Bockenheim, 16.00 Uhr.

SONNTAG, 8. MÄRZ

Dortmund: „Erinnern an Erna Moerchel". Die DKP Dortmund erinnert mit einer Lesung an die Dortmunder Genossin Erna Moerchel. Z, Oesterholzstraße 27, 16.00 Uhr.

Essen: „Bombenstimmung". Der DKP-Frauenarbeitskreis Essen bringt eine Anti-Kriegs-Revue auf die Bühne, die nicht ernst ist, aber ernst zu nehmen, und bei der einem das Lachen im Halse stecken bleibt. Entlarvende Blicke auf Merkel & Co machen deutlich, wer vom Krieg profitiert und wer die Leidtragenden sind. Veranstaltung der DKP Essen. Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 12.00 Uhr. Eintritt 5,00 Euro, erm. 3,00 Euro.

Hamburg: „Frauen im Kampf gegen Faschismus und Krieg". Lesung der DKP Hamburg mit Texten gegen Krieg und Faschismus, von für und über Frauen. Von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, über den Widerstand gegen den Faschismus, gegen den Angriffskrieg gegen Jugoslawien hin zu den Kämpferinnen in Kobane. Mit Esther Bejarano und Doris Gercke. Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee 72, 20 259 Hamburg, 17.00 Uhr.

Nürnberg: „Kantine statt Küche". Veranstaltung der DKP Gruppe Nürnberg mit Nina Hager zur Frauenpolitik in der DDR zuökonomischen Voraussetzungen, Bildungszugängen Familienpolitik. Wir diskutieren, wie eine Gesellschaft aussehen muss, in der Frauen tatsächlich gleichgestellt sind. Rotes Zentrum, Reichstraße 8, 14.00 Uhr.

Siegen: „Typisch für ‚Frauenberufe'". Veranstaltung der DKP Siegen. VEB Politik Kunst und Unterhaltung, Marienborner Straße 16, Siegen; 14.30 Uhr.

Stuttgart: „Frauen gegen den Krieg". Veranstaltung der DKP Baden-Württemberg mit Susann Witt-Stahl. Borsigstraße 5 (bei der DIDF), Stuttgart-Feuerbach, 14.00 Uhr.

FREITAG, 14. MÄRZ

Berlin: „Anti-Kriegs-Revue". Veranstaltung der DKP Berlin mit der Revue des DKP-Frauenarbeitskreises Essen. Habbema Bühne der Peter-Hacks-Gesellschaft, Mülhauser Straße 6 (Hofgebäude/Ecke Prenzlauer Allee), 15.00 Uhr.

Der Kampffonds der DKP – die erste Spendenadresse für Kommunistinnen und Kommunisten!

Kontoinhaber: DKP Parteivorstand
Konto Nr.: 4002 487 502
GLS Bank Bochum
BLZ 430 609 67
IBAN: DE36 4306 0967 4002 4875 02
Stichwort: Spende für die DKP

DKP KAMPFFONDS

UZ Jetzt abonnieren und Prämie sichern!

Hiermit abonniere ich die UZ – Wochenzeitung der DKP. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird. (Bitte eine Aboprämie auswählen)

☐ **NEU! 3 - Monats - Abo zum Kennenlernen (Sonderpreis 10,- €)**

☐ Jahresabo (Preis nach eigenem Ermessen)
- ☐ Normalabo (126,- € / Jahr)
- ☐ Ermäßigter Preis (72,- € / Jahr)
- ☐ Förderabo (mindestens 160,- € / Jahr)*

Ich zahle mein UZ-Abonnement
☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

*Alle Preise inkl MwSt. und Versand (Sie sparen bis 6,- € pro Jahr durch die Erteilung einer Einzugsermächtigung).

Ihre Prämie für ein Jahresabonnement (bitte ankreuzen)

Harald Neubert: Europäische Nachkriegsordnung (Buch, 300 S.) ☐

Ihre Prämie für ein 3-Monats-Abo (bitte ankreuzen)

Josef Schleifstein: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin (Buch, 165 S.) ☐

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon, E-Mail

☐ **Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat**

KTO / IBAN

BLZ / BIC

Datum, Unterschrift:

Coupon einsenden oder per Mail schicken: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum

unsere zeit (UZ) – Zeitung der DKP (ISSN 0943–4216)

Herausgeber:
Parteivorstand der DKP
Erscheint wöchentlich

Redaktion:
Nina Hager (0201/1778–8914, Chefredakteurin, v. i. S. d. P.), Paul Kranefeld, Manfred Idler, Olaf Matthes, Lars Mörking, Werner Sarbok

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernehmen allein die Autor/inn/en die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Telefon: 0201/225447
Internet: www.unsere-zeit.de
E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Anschrift der Redaktion
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Druck
Union Druckerei Berlin GmbH

Verlag
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Geschäftsführer: August Ballin
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Abo-Service und Anzeigenbetreuung
Walter Herbster/Ben Richter
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Anzeigenschluss
Jeweils Montag, 12.00 Uhr
(für die kommende Ausgabe).

Bankverbindung
Postbank Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr.: 417099507
IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07
BIC: PBNKDEFF

Spendenkonten des DKP-Parteivorstandes:

Für zentrale Arbeit:
GLS Bank, Bochum, BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 248 7500
IBAN: DE90 4306 0967 4002 4875 00, BIC: GENODEM1GLS
Für internationale Solidarität:
Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 253 525 502
IBAN: DE93 3701 0050 0253 5255 02, BIC: PBNKDEFF

Meine progressive Woche

Vom 21. bis 27. Februar

Samstag

BLÖD *und die übrige Kampfpresse werden nicht müde zu verbreiten, dass „der Grieche“ „uns“ auf der Tasche liegt. Da es weder „den“ Griechen noch „den“ deutschen Steuerzahler gibt, ist das von vornherein Unsinn. Zumal „wir“ Steuerzahler keine „Völker“ aushalten müssen, sondern „nur“ die Banken und das internationale Finanzsystem.*

Besonders schrill wird BLÖD, *wenn die griechische Regierung auf die bis heute ausbleibenden Reparationen aufmerksam macht, die für die Schäden anfallen, die der deutsche Faschismus in der dreijährigen Besatzungszeit angerichtet hat. Dazu drei Zahlen: Im ersten Jahr der Besatzung pressten die deutschen Faschisten das Dreifache der gesamten Staatseinnahmen ab, 47,5 Mrd. Drachmen zu 15 Mrd. Das gesamte Volkseinkommen von 1941 hatte 45 Mrd. Drachmen betragen. Das Wirtschaftsleben brach zusammen. Die Waren verschwanden vom Markt – vor allem die Lebensmittel. Hunderttausende verhungerten. So ist es Frau Merkel, die Herren Schäuble und Gabriel! Und nicht anders.*

Sonntag

Halit Yozgat, Betreiber eines Internetcafés, wurde am 6. April 2006 in Kassel von den Mördern des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) durch zwei Kopfschüsse getötet. Am Tatort anwesend war der Informant des hessischen Verfassungsschutzes Andreas T. Der behauptet seitdem, nichts mitbekommen zu haben.

Heute lese ich in der Welt am Sonntag, *dass der Geheimschutzleiter der Behörde am 9. Mai 2006 zu Andreas T. sagte: „Ich sage ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert, bitte nicht vorbeifahren.“ Warum eigentlich nicht? Die Geheimdienste sollen doch beobachten. Z. B. die Morde, die sie vielleicht selbst eingefädelt haben. Nur rauskommen, rauskommen darf freilich nix.*

Donnerstag

„Ich kann nur sagen, wenn mit Waffen aus Deutschland Verbrechen begangen werden, dann ist es für mich ein Anlass, mich dafür zu entschuldigen.“ Das sagte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Christoph Strässer zu einigen Angehörigen der 43 Studenten, die in Mexiko ermordet wurden – unter anderem mit deutschen Sturmgewehren G36 von Heckler & Koch.

Wenn Strässer das ernst meint, wird er in Zukunft zu nichts anderem mehr kommen. Es gilt bekanntlich, „deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt.“ Allerdings wird es ihm am Hindukush, zwischen Euphrat und Tigris oder in der Sahelzone möglicherweise schwer fallen, seine salbungsvollen Worte anzubringen. Herren wie er müssen dort mit einem kurzen Gruß aus der deutschen Heimat rechnen – z. B. vom Kaliber 5,56 × 45 mm NATO alias .223 Remington.

Freitag

Boris Nemzow war einst ein enger Mitarbeiter von Wladimir Putin. Heute wird er in der Nähe des Kreml auf offener Straße erschossen. Er war zu diesem Zeitpunkt ein „Regierungskritiker“, wie unsere Presse das nennt – über die Inhalte seiner Kritik wird von dieser Seite meist strengstes Stillschweigen bewahrt.

Worum es ging, verstehen wir besser, als Herr Klitschkow – Boxweltmeister – sich meldet: „Nemzow war mein Freund.“ Das glauben wir. Man kannte sich, man sah sich, man war im gleichen Auftrag unterwegs.

Adi Reiher

Düsseldorfer Polizei unterläuft OVG-Urteil

Foto: Bettina Ohnesorge

Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hatte – wie immer – den Weg für die Neonazis von Dügida freigeurteilt. Am Montag, den 2. März, gab es allerdings eine neue Situation: Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hob die Entscheidung auf und gab den Demonstrationsweg für „Düsseldorf stellt sich quer“ (Dssq) frei. Seit 18 Uhr versammelten sich die Nazi-Gegner, abgesperrt durch Polizeigitter, vor dem Mintropplatz. Um 18.45 Uhr kam die Entscheidung des OVG, dass der Zugang zum Platz frei zugängig sein müsse. Die Polizei widersetzte sich allerdings dem OVG-Spruch mit dem Hinweis, die Entscheidung des OVG müsse von der Polizei zunächst geprüft werden. Dann hieß es, sie läge nicht schriftlich vor. Um 19 Uhr, dies war der offizielle Beginn der Dssq-Aktion, wurde der Platz immer noch nicht freigegeben. Erst geraume Zeit später gab es einen schmalen Schlauch, stark bewacht von der Polizei, auf dem Dssq, zu dem auch die DKP gehört, den Platz nicht erreichen, aber ihn passieren konnte. Damit hatten sich Polizeioffizier Anton Hamacher und Polizeipräsident Norbert Wesseler nicht nur der Entscheidung des OVG widersetzt, sondern zugleich auch den Weg für die Neonazis freigeboxt. In der Diskussion ist nun eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Hamacher und Wesseler. Die ginge allerdings über den Schreibtisch des Innenministers, wo Wesseler zuvor persönlicher Referent zweier SPD-Innenminister war. Mit einem eindrucksvollen Flashmob hatten die Dssq-Demonstranten zum Auftakt eine historische Protestform aufgegriffen: Mit Handtaschen „bewaffnet“ wurde an eine Aktion der Schwedin Danuta Danielsson angeknüpft, die mit einer Handtasche einen schwedischen Nazi attackiert hatte. **UK**

Das Abkommen von Varkiza

Griechenland Februar 1945. Teil 3

Nachdem nationalistische Polizeieinheiten – unter Duldung der britischen Streitkräfte – am Dezember in Athen das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten eröffnet und viele getötet oder verletzt hatten, brachen im ganzen Land offene Kämpfe aus zwischen der ELAS (Volksbefreiungsarmee) einerseits und dem britischen Expeditionskorps sowie den nationalistisch-monarchistischen griechischen Truppen andererseits.

Die vierwöchigen Kämpfe gingen als die „Schlacht um Athen“ oder Dekemvriana in die Geschichte ein. Unmittelbar nach Ausbruch der Kämpfe, am 5. 12., schrieb Churchill an General Scobie, den britischen Oberbefehlshaber in Griechenland: „Zögern Sie nicht, so zu handeln, als ob sie sich in einer besetzten Stadt befinden, in der ein örtlicher Aufstand ausgebrochen ist (…) Wir müssen Athen halten und beherrschen“.

ELAS und EAM (Befreiungsfront) waren vom aggressiven Verhalten der Briten bitter enttäuscht. Einer der führenden Militärs, Stefanos Sarafis, schrieb am 7. 12. an Scobie: „Die britische Regierung wünscht offensichtlich, einem Volk, das seit acht Jahren gegen den Faschismus und gegen die Okkupanten kämpft, eine Staatsführung aufzuzwingen, die nicht das Vertrauen des Volkes besitzt …“ Eine Einschätzung, die zu diesem Zeitpunkt zweifellos richtig war.

Die Enttäuschung machte aber auch deutlich, dass ELAS und EAM die Briten falsch beurteilt hatten. Das rächte sich beim Angriff der ELAS auf Athen, denn auch die Kampfkraft der Briten und Nationalgriechen war unterschätzt worden. Der erste Ansturm wurde zurückgeschlagen, doch bis zum 12. 12. hatte die ELAS neun Zehntel Athens unter seiner Kontrolle – dies auch dank der Unterstützung der Bevölkerung.

Inzwischen war General Alexander, der britische Oberkommandierende im Mittelmeerraum, in Athen eingetroffen. Angesichts der bedrängten Lage beorderte er umgehend zwei britische Division von Italien nach Athen. Das Vorgehen Churchills fand im britischen Parlament keine Mehrheit. Am 8. 12. sprachen ihm von 680 Abgeordneten nur 279 ihr Vertrauen aus, 371 enthielten sich, 30 stimmten gegen ihn. An seiner Politik änderte das nichts, obwohl auch US-Präsident Roosevelt ihn in einem Telegramm am 13. 12. aufforderte, einigen Forderungen der EAM – z. B. nach Auflösung der Riminibrigade und der Heiligen Schar – nachzugeben. Die sowjetische Presse beschränkte sich auf die Wiedergabe westlicher Agenturmeldungen. Die sowjetische Militärmission befand sich im Athener Hotel „Grand Bretagne“ in der britischen „Zone“. Über Kontakte zur EAM, ELAS oder KKE gibt es keine gesicherten Erkenntnisse.

Mitte Dezember machte die ELAS General Scobie das Angebot, die Kämpfe einzustellen und das Athener Stadtgebiet zu räumen. Im Gegenzug sollten die Briten ihre Intervention einstellen, die griechischen Nationalisten sollten entwaffnet und eine Regierung der „wirklichen nationalen Einheit“ gebildet werden. Scobie lehnte ab.

Während – auch international – die Drähte weiter glühten, griff die ELAS weiter an und scheiterte beim Versuch ganz Athen unter Kontrolle zu bekommen. Die ELAS verlor die militärische Initiative und Weihnachten 1944 kontrollierte Scobie bereits die Hälfte des athenischen Stadtgebietes. Im Rest Griechenlands blieb die militärische Lage unentschieden. Die Engländer erkannten, dass sie die ELAS zu diesem Zeitpunkt militärisch nicht bezwingen konnten und forcierten eine Verhandlungslösung. Sie schlugen den Erzbischof von Athen Damaskinos zum Regenten vor. Damaskinos hatte Widerstand gegen den griechischen Diktator Metaxas geleistet und war während der Besatzung durch die deutschen Faschisten zur wichtigsten Figur des bürgerlichen Widerstandes geworden.

Am 25. 12. 1944 traf Winston Churchill persönlich in Athen ein und lud auch die ELAS zur „Weihnachtskonferenz“. Ein Angebot, dass diese kaum ablehnen konnte. **AR**

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Von wegen „ewiges Derby“

Das Verhältnis von Borussia Dortmund und Schalke 04

Jetzt war es wieder soweit: Dortmund und Schalke haben gegeneinander gespielt und Medien und Fans allerorten fieberten dem „ewigen Derby“ entgegen. Allerdings ist dieses Derby gar nicht so alt, wie oft behauptet wird. Jetzt wird erklärt, warum.

Grund 1: Die Vereine haben lange Zeit gar nicht auf Augenhöhe gespielt. Während Schalke 04 bereits in den 1930er Jahren ein etablierter Verein war, der mehrere deutsche Meisterschaften vorweisen konnte und im Rest des Landes als der Repräsentant des Ruhrgebietsfußballs galt, war Borussia Dortmund selbst in den 1940er Jahren noch ein Dortmunder Verein unter vielen, der ein bestimmtes Milieu und ein bestimmtes Stadtviertel (die Nordstadt um den Borsigplatz) repräsentierte. Dieses Ungleichgewicht zwischen landesweiter und stadtweiter Bekanntheit kippte erst gegen Ende der 1940er Jahre, als Borussia Dortmund den S04 überraschend im Finale um die Meisterschaft der Oberliga West schlug. Zu dieser Zeit war es auch noch üblich, dass man dem anderen Verein viel Glück im Wettbewerb mit

„Zecken“ gegen „Zahnlose“

den anderen Mannschaften wünschte oder sogar Spieler transferierte: Als es 1935 einmal ganz schlecht um den BVB stand, wurde die Schalker Legende Ernst Kuzorra sogar zum Trainer des heutigen Hassgegners.

Grund 2: Das Derby hat keine über den Fußball hinausreichende Sprengkraft. Anders als etwa beim Derby zwischen Celtic Glasgow und den Rangers aus eben jener Stadt, sind bei den Spielen zwischen Dortmund und Schalke keine besonderen politischen, religiösen, ethnischen oder sozialen Konflikte der Aufhänger der Feindschaft. Während etwa Celtic Glasgow traditionell der Verein der katholischen Bevölkerung mit oft irisch-proletarischem Migrationshintergrund ist, sind die Anhänger der Rangers meist beinharte protestantische Loyalisten, besingen die Queen und fordern die Ausreise aller Iren aus Schottland. Über derartiges Potenzial verfügt das Revierderby nicht; hier sind Sozialstruktur und Milieus zu gleich, als dass das Derby Ausdruck ernsthafter politischer oder sonstiger Spannungen sein könnte. Hier ist der Fußball selbst der Grund des Hasses.

Grund 3: Das Derby konnte erst dort zum Derby werden, als sich Dortmunder und Schalker gleichermaßen als Teil des Ruhrgebiets fühlten – die Rivalität erwuchs parallel zur Identifikation mit der Region. Der Begriff Ruhrgebiet begann erst ab dem Zeitpunkt eine wirkliche Bedeutung für die Menschen in der Region zu erhalten, als das charakteristische Merkmal des Reviers zu schwinden begann: Die große Bedeutung der Montanindustrie (Bergbau plus Schwerindustrie), in der die Mehrheit der Bevölkerung des Ruhrgebiets arbeitete. Das Revierderby gewann in dem Maße an Bedeutung, in dem Schalke bzw. Borussia Dortmund darum buhlen konnten, die repräsentative Fußballmannschaft des Ruhrgebiets zu sein – vorher ging das nicht, da der Begriff Ruhrgebiet keine große Rolle für die Menschen spielte.

Grund 4: Auch die Medien haben ihren Anteil am Mythos des Revierderbys. Wirft man einen Blick auf die Berichterstattung in den regionalen Medien, galt das Spiel zwischen Dortmund und Schalke zwar lange Zeit als „Fußballschlager an der Ruhr“ oder „Revierkracher“, allerdings nicht als Derby im eigentlichen Sinn. Erst im Zuge der 70er Jahre begannen die Medien, die verstärkte Rivalität zwischen den Vereinen aufzunehmen und zuzuspitzen. Klar ist, dass die Medien das Derby nicht erfunden haben – jedoch haben sie einen wesentlichen Anteil daran, dass sich junge Fußballfans aus dem Ruhrgebiet früh entscheiden, ob sie den „Zecken“ oder den „Zahnlosen“ die Treue halten – und die anderen zumindest am Wochenende verachten.

Maurice Böse

Der rote Kanal

***Fukushima – Nichts ist, wie es war,* D 2014**
Der Film zeigt, was Mitarbeiter der regionalen Fernsehstation Fukushima Central Television erlebt haben und bis jetzt erleben. Sie waren die ersten, die das Desaster selbst mitten in der Katastrophe kontinuierlich filmten. Bis heute sind sie die Chronisten der Ereignisse und des stetigen Kampfs der Region um eine neue Perspektive.
Sa., 7. 3., 22.30–23.55 Uhr, phoenix

Weltfrauentag
Über zehn Stunden sendet *arte* heute zum Thema Weltfrauentag. Eine Tour über die Kontinente – warum fehlen Amerika und Australien?
So., 8. 3., 13.25–0.05 Uhr, arte

***Eins, Zwei, Drei,* USA 1961**
Vor zehn Jahren stand in der *Zeit*: „Noch heute kann man sich mit Eins, Zwei, Drei (1961) intelligent amüsieren. Kein Kultur-Klischee über Deutsche und Amerikaner, Kommunisten und Kapitalisten wird ausgespart, aber eben so ironisch gespiegelt, wie es nur Wilder, der Berliner aus Hollywood, konnte. Allein wegen Lilo Pulver lohnt es sich, diesen Film 44 Jahre später immer wieder anzuschauen. Sekretärin und Geliebte von McNamara, spielt die ansonsten als Quietschente berühmt gewordene Pulver den Part so sexy wie selbstironisch – subtiler als Mae West, witziger als Marilyn Monroe in ‚Manche mögen's heiß'.“
Recht haben sie, auch wenn es ganz ohne Antikommunismus nicht geht. Aber da stellen wir uns ‘mal drüber.
Mo., 9. 3., 0.05–2.10 Uhr, tele5

***Der gläserne Schlüssel,* USA 1942**
Nicht die schlechteste Verfilmung von Hammetts gleichnamigem Kriminalroman, in dem er die Verquickung von organisiertem Verbrechen und Politik schildert. In den fünfziger Jahren ging Hammett in den McCarthy-Knast, weil er sich weigerte Genossen zu verpfeifen.
Mo., 9. 3., 22.20–23.45 Uhr, arte

***Der Untertan,* DDR 1951**
Staudtes kongeniale Verfilmung von Heinrich Manns Schilderung der deutschen Kleinbürgerseele (nicht nur) zur Kaiserzeit.
Mo., 9. 3., 23.40–1.30 Uhr, mdr